



Karsten Nowrot

# **Vertragskonkurrenz zwischen Menschenrechtsverträgen und Wirtschaftsabkommen in der internationalen Rechtsordnung**

Überlegungen zu einem aktuellen  
völkervertragsrechtlichen  
Hierarchisierungskonzept

Rechtswissenschaftliche  
Beiträge der  
Hamburger Sozialökonomie

Heft 41

Karsten Nowrot

# **Vertragskonkurrenz zwischen Menschenrechtsverträgen und Wirtschaftsabkommen in der internationalen Rechtsordnung**

Überlegungen  
zu einem aktuellen  
völkervertragsrechtlichen  
Hierarchisierungskonzept

Rechtswissenschaftliche  
Beiträge der  
Hamburger Sozialökonomie

Heft 41

**Professor Dr. Karsten Nowrot, LL.M. (Indiana)**

Professor für Öffentliches Wirtschaftsrecht mit Schwerpunkt  
Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht am Fachbereich  
Sozialökonomie der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
an der Universität Hamburg; Zweitmitglied der Fakultät für  
Rechtswissenschaft der Universität Hamburg; stellvertretender Leiter  
des Masterstudiengangs „European and European Legal Studies“ am  
Europa-Kolleg Hamburg.

**Impressum**

Kai-Oliver Knops, Marita Körner, Karsten Nowrot (Hrsg.)  
Rechtswissenschaftliche Beiträge der Hamburger Sozialökonomie

Karsten Nowrot  
Vertragskonkurrenz zwischen Menschenrechtsverträgen und  
Wirtschaftsabkommen in der internationalen Rechtsordnung:  
Überlegungen zu einem aktuellen völkervertragsrechtlichen  
Hierarchisierungskonzept  
Heft 41, Oktober 2020

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikations in der  
Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter  
<http://dnb.dnb.de> abrufbar.  
ISSN 2366-0260 (print)  
ISSN 2365-4112 (online)

Reihengestaltung: Ina Kwon  
Produktion: UHH Druckerei, Hamburg  
Schutzgebühr: Euro 5,-

Die Hefte der Schriftenreihe „Rechtswissenschaftliche Beiträge der  
Hamburger Sozialökonomie“ finden sich zum Download auf der  
Website des Fachgebiets Rechtswissenschaft am Fachbereich  
Sozialökonomie unter der Adresse:

[https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/  
koerner/fiwa/publikationsreihe.html](https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/koerner/fiwa/publikationsreihe.html)

Fachgebiet Rechtswissenschaft  
Fachbereich Sozialökonomie  
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Universität Hamburg  
Von-Melle-Park 9  
20146 Hamburg

Tel.: 040 / 42838 - 3521

E-Mail: [Beate.Hartmann@uni-hamburg.de](mailto:Beate.Hartmann@uni-hamburg.de)

# Inhalt

<b>A.</b>	<b>Der Ausgangsbefund: Wirtschaftsabkommen und Menschenrechte - Keine Liebe auf den ersten Blick</b> .....	5
<b>B.</b>	<b>Der Innovationsimpuls: Völkervertragsrechtlicher Hierarchisierungsansatz der <i>2017 Elements</i></b> ...	16
<b>C.</b>	<b>Der Kern: Vorrangklauseln und ihre völkerrechtlichen Wirkungskreise</b> .....	20
<b>D.</b>	<b>Das Umfeld: Institutionelle und prozedurale Rahmenbedingungen</b> .....	29
<b>E.</b>	<b>Die Folgen: Meilenstein auf dem Weg zu einem Individualvölkerrecht</b> .....	31
<b>F.</b>	<b>Die Fragen: Wollen wir das und erreichen wir es auf diese Weise?</b> .....	32
<b>G.</b>	<b>Die (vorläufige) Antwort: Das weitere Schicksal des Hierarchisierungskonzepts</b> .....	33
	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	40



## A. Der Ausgangsbefund: Wirtschaftsabkommen und Menschenrechte – Keine Liebe auf den ersten Blick\*

Das völkerrechtliche Verhältnis zwischen Menschenrechtsverträgen und internationalen Wirtschaftsabkommen ist kein gleichsam „klassisches“ Thema der internationalen Rechtswissenschaft und -praxis. Vielmehr haben sich die beiden zentralen Bereiche des Internationalen Wirtschaftsrechts einerseits und des Regimes des internationalen Schutzes der Menschenrechte andererseits nach verschiedentlich vertretener Auffassung seit der Mitte des 20. Jahrhunderts über eine lange Zeit hinweg weitgehend in „splendid isolation“ voneinander entwickelt.<sup>1</sup> Vor diesem Hintergrund wurden sie denn auch regelmäßig als zwei getrennte Rechtsgebiete wahrgenommen, deren normative „Schnittmenge“ sich allenfalls als marginal darstellte.<sup>2</sup>

Die Situation hat sich jedoch bekanntermaßen bereits seit einiger Zeit grundlegend geändert. Namentlich in den vergangenen zwei Jahrzehnten lässt sich eine intensive und kontrovers geführte Diskussion in der Völkerrechtslehre und -praxis nachweisen, auf welche Weise der Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte vor allem im Rahmen der Verpflichtungsstrukturen von Handels- und Investitionsabkommen eine angemessene Berücksichtigung finden können. Die Gründe und Motive für diesen Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung des Verhältnisses zwischen Menschenrechtsverträgen und internationalen Wirtschaftsabkommen sind im Einzelnen natürlich vielfältig. Zumindest zwei zentrale Ursachen sollen vorliegend jedoch wenigstens kurz hervorgehoben werden. Hierbei handelt es sich zum einen um den allgemeinen Strukturwandel der Völkerrechtsordnung. Zum anderen ist hier der erhebliche Bedeutungszuwachs zu nennen, welche weite Bereiche des Internationalen Wirtschaftsrechts insbesondere seit Beginn der 1990er Jahre erlangt haben.

Bereits seit einiger Zeit ist zu Recht ein Strukturwandel des Völkerrechts von einem ursprünglich durch die Interessen und den Willen einzelner Staaten geprägten Recht der ausschließlich zwischenstaatlichen Beziehungen<sup>3</sup> hin zu einem „comprehensive blueprint of social

\* Der Beitrag beruht im Grundsatz auf einem Vortrag des Verfassers im Rahmen des von der Humboldt-Universität zu Berlin und der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg veranstalteten Workshops „Ein internationales Abkommen zu Unternehmen und Menschenrechten: Hintergrund, Funktion und Elemente“ an der Humboldt-Universität zu Berlin am 19./20. Juli 2018. Die Vortragsform wurde verschiedentlich beibehalten.

1 *Cottier*, *Journal of International Economic Law* 5 (2002), 111 (112); ähnlich statt vieler *Hilf/Hörmann*, *AVR* 43 (2005), 397 (415 f.); *Dolzer*, in: Herdegen u.a. (Hrsg.), *Festschrift für Roman Herzog*, 55 (62); vgl. allerdings auch zu früheren – und aktuellen – Verbindungslinien *Tietje*, *Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich*, 5 ff.; *Dupuy/Vinuales*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), *International Investment Law*, 1739 (1742 ff.); *Klein*, *Das Investitionsschutzrecht als völkerrechtliches Individualschutzrecht*, 29 ff.; *Cotula*, *Journal of International Economic Law* 23 (2020), 431 (442 ff.); *Hilpold*, *AVR* 45 (2007), 484 (485 f.); *Nelson*, *Journal of World Investment & Trade* 12 (2011), 27 (28 ff.).

2 Siehe z.B. speziell bezogen auf das internationale Investitionsrecht *Dupuy*, in: ders./Francioni/Petersmann (Hrsg.), *Human Rights in International Investment Law and Arbitration*, 45 („International investment law and human rights law are still perceived [...] by a number of scholars and practitioners as two separate branches of international law, with no substantial overlap.“); *ders./Vinuales*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), *International Investment Law*, 1739 (1740); *Hirsch*, in: Baetens (Hrsg.), *Investment Law within International Law*, 85 (92 ff.) („sociocultural distance between investment and human rights laws“); *Choudhury*, *Columbia Journal of Transnational Law* 49 (2011), 670 (676) („International human rights law and international investment law continue to be viewed by some as mutually exclusive bodies of law.“); *Klein*, *Goettingen Journal of International Law* 4 (2012), 199 (205) („Traditionally, IHRL [international human rights law] and IIL [international investment law] are seen as completely separated fields of international law [...].“).

3 So zur Charakterisierung des klassischen Völkerrechtsverständnisses statt vieler *Zemanek*, *RdC* 266 (1997), 9 (112); *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/1, 2 ff.; *Ruffert/Walter*, *Institutionalisiertes Völkerrecht*, Rn. 61.

life“<sup>4</sup> bzw. einem „Weltinnenrecht“<sup>5</sup> konstatiert worden. Kennzeichnend für diesen Paradigmenwechsel ist insbesondere der Umstand, dass das Völkerrecht in wachsendem Umfang auf die Verwirklichung globaler Gemeinwohlbelange wie dem Schutz der Menschenrechte und der Umwelt, der Bekämpfung von Korruption sowie der Durchsetzung von Arbeits- und Sozialstandards ausgerichtet ist.<sup>6</sup> Schon aus dem Umstand, dass die Gemeinwohlorientierung heute also in zentraler Weise gleichsam „zur konstitutionellen Programmatik des Völkerrechts“ gehört,<sup>7</sup> ergibt sich als Konsequenz, dass auch hinsichtlich der normativen Ordnungsstrukturen des internationalen Wirtschaftssystems als Bestandteil des internationalen Systems – und damit des Internationalen Wirtschaftsrechts – der Realisierung und dem Schutz globaler öffentlicher Güter eine maßgebliche Bedeutung zugemessen wird.<sup>8</sup>

Darüber hinaus – und diesen Befund weiter verstärkend – ist auf den Umstand hinzuweisen, dass die Steuerungsmechanismen des Internationalen Wirtschaftsrechts<sup>9</sup> insgesamt in jüngerer Zeit erheblich an Relevanz gewonnen haben. Diese Entwicklung ist zum einen in faktischer Hinsicht darauf zurückzuführen, dass sein Regelungsgegenstand – die grenzüberschreitenden Wirtschaftstransaktionen – im Zuge der Prozesse der Globalisierung<sup>10</sup> einen deutlichen Bedeutungszuwachs erlangt hat. Zum anderen haben aber auch seine normativen Ordnungsstrukturen selbst in vielfacher Hinsicht eine Effektivitätssteigerung erfahren. In diesem Zusammenhang kann zunächst vor allem auf das Welthandelsrecht verwiesen werden, welches durch die Übereinkommen der WTO-Rechtsordnung und die gerade in jüngerer Zeit wachsende Anzahl regionaler Wirtschaftsintegrationsabkommen<sup>11</sup> eine deutliche Erweiterung seines personellen und sachlichen Anwendungsbereichs – gerade auch durch die verstärkte Einbeziehung nichttarifärer Handelshemmnisse<sup>12</sup> – erzielt hat und damit in einem aus historischer Perspektive präzedenzlosen Umfang die Ausgestaltung des innerstaatlichen Rechts der Mitglieder bzw. Vertragsparteien mitdeterminiert.<sup>13</sup> Von wenigstens ebenso großer Bedeutung ist aber auch die Verrechtlichung und Effektivierung der Streitbeilegungsmechanismen, welche das Welthandelsrecht gerade auf multilateraler Ebene – trotz der aktuellen Krise desselben<sup>14</sup> – durch das Dispute Settlement Understanding der WTO erfahren hat.<sup>15</sup>

4 Tomuschat, RdC 281 (1999), 9 (63).

5 Delbrück, Indiana Journal of Global Legal Studies 9 (2002), 401 ff.

6 Zur Bedeutung der Verwirklichung globaler Gemeinwohlbelange im gegenwärtigen Völkerrecht statt vieler Simma, RdC 250 (1994), 217 (229 ff.); Besson, in: Benvenuti/Nolte (Hrsg.), Community Interests Across International Law, 36 ff.; Scheyli, Konstitutionelle Gemeinwohlorientierung im Völkerrecht, 203 ff.

7 Häberle, in: Gaitanides/Kadelbach/Iglesias (Hrsg.), Festschrift für Manfred Zuleeg, 80 (87).

8 Eingehender hierzu Tietje, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 1, Rn. 133 ff., m.w.N.

9 Hierzu Nowrot, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 2 u. 40 ff.

10 Eingehender zum Begriff und den vielfältigen Prozessen der Globalisierung Hingst, Auswirkungen der Globalisierung, 19 ff., m.w.N.

11 Zum Phänomen regionaler Wirtschaftsintegration Nowrot, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 103 ff.

12 Umfassend Tietje, Normative Grundstrukturen der Behandlung nichttarifärer Handelshemmnisse in der WTO/GATT-Rechtsordnung, 1998.

13 Hierzu u.a. Tietje, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 3, Rn. 62 ff., 162 ff.; Dolzer, in: Depenheuer u.a. (Hrsg.), Festschrift für Josef Isensee, 61 (63 ff.); Nowrot, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 10; ders., Zeitschrift für Gesetzgebung 31 (2016), 1 (6 ff.).

14 Hierzu aktuell und kurz im Überblick Tietje, in: ders. (Hrsg.), Welthandelsorganisation, IX (XIX f.). Vgl. überdies z.B. Glöckle, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 31 (2020), 356 ff.; Loesewitz, Das WTO Dispute Settlement System in der Krise, 5 ff.; sowie in diesem Zusammenhang auch WTO, Multi-Party Interim Appeal Arbitration Arrangement Pursuant to Article 25 of the DSU, WTO Doc. JOB/DSB/1/Add.12 v. 30. April 2020.

15 Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten v. 15. April 1994, abgedruckt in: Tietje (Hrsg.), Welthandelsorganisation, 355 ff.; eingehender hierzu ders., in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, § 3, Rn. 9 ff.; Matsushita/Schoenbaum/Mavroidis/Hahn, The World Trade Organization, 83 ff.; Qureshi/Ziegler, International Economic Law, 476 ff.; Hilf/Salomon, in: Hilf/Oeter (Hrsg.), WTO-Recht, § 7, Rn. 1 ff., jeweils m.w.N.

Dieses deutlich verstärkte rechtliche Potential des Welthandelsrechts birgt sowohl Chancen als auch Risiken für die Verwirklichung weiterer globaler Gemeinwohlbelange wie dem Schutz der Menschenrechte und der Umwelt.<sup>16</sup> Und vor diesem Hintergrund – sowie im Lichte des skizzierten Strukturwandels des Völkerrechts insgesamt – erscheint es denn im Ergebnis auch wenig überraschend, dass im Schrifttum bereits verschiedentlich darauf hingewiesen worden ist, dass der WTO als der zentralen internationalen Organisation der globalen Welthandelsordnung über das noch im Rahmen des GATT 1947 im Sinne eines „*fire wall*-Ansatz[es]“<sup>17</sup> allein verfolgte Ziel der Liberalisierung des Welthandels<sup>18</sup> hinaus in zunehmendem Maße die Aufgabe zuwächst, auftretende Spannungsverhältnisse zwischen ihren ökonomischen Zwecksetzungen und anderen (nicht-ökonomischen) Staatengemeinschaftsinteressen<sup>19</sup> in einen angemessenen Ausgleich im Sinne der Herstellung einer praktischen Konkordanz zu bringen.<sup>20</sup> Hingewiesen sei hierbei nur auf die weiterhin intensiv geführten Diskussionen über das Verhältnis von Freihandel und Umweltschutz sowie die Einbeziehung des Schutzes der Menschenrechte sowie der Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen und sozialen Mindeststandards in das Rechtsregime der WTO.<sup>21</sup> Dieser Befund beschränkt sich im Bereich des Welthandelsrechts jedoch nicht allein auf das WTO-Recht. Gleiches gilt vielmehr namentlich seit dem vergangenen Jahrzehnt, also mit leichter zeitlicher Verzögerung, auch für den Regelungskreis regionaler Wirtschaftsintegrationsabkommen.<sup>22</sup>

Eine ähnliche Entwicklung ist überdies – und aktuell bezogen auf die völkerrechtliche Vertragspraxis wohl in der Tat im Vergleich zum Welthandelsrecht in noch deutlich akzentuierterer Weise – für das internationale Investitionsrecht kennzeichnend. Seit Anfang der 1990er Jahre hat sich dieser Regelungsbereich des Internationalen Wirtschaftsrechts in vergleichsweise kurzer Zeit bekanntermaßen zu einem der gegenwärtig dynamischsten und wirkungsmächtigsten Sachgebiete der internationalen Rechtsordnung insgesamt entwickelt.<sup>23</sup> Dies ist nicht allein auf den Umstand zurückzuführen, dass der Regelungsgegenstand dieses Rechtsgebietes, die

- 16 So speziell bezogen auf die WTO auch bereits *Hilf/Hörmann*, AVR 43 (2005), 397 (398) („Dieses Potential kann sie [die WTO] sowohl zugunsten als auch zulasten von Menschenrechten nutzen: zugunsten, sofern menschenrechtliche Belange im Rahmen der WTO-Rechtsordnung Beachtung finden, zulasten, sofern sich der Primat der Wirtschaft gegenüber kollidierenden Menschenrechten durchsetzt.“).
- 17 *Hilf/Oeter*, in: dies. (Hrsg.), WTO-Recht, § 33, Rn. 11. Vgl. demgegenüber im Rahmen der WTO-Rechtsordnung bereits WTO, *United States – Standards for Reformulated and Conventional Gasoline*, Report of the Appellate Body v. 29. April 1996, 17 („That direction reflects a measure of recognition that the *General Agreement* is not to be read in clinical isolation from public international law.“).
- 18 So statt vieler *Benedek*, in: Wolfrum/Philipp (Hrsg.), United Nations, Bd. 1, 532 (534 f.).
- 19 Zum Begriff des Staatengemeinschaftsinteresses *Frowein*, in: Hailbronner u.a. (Hrsg.), Festschrift Doehring, 219 ff.
- 20 Vgl. statt vieler *Tietje*, in: Prieß/Berrisch (Hrsg.), WTO-Handbuch, Abschn. A.II., Rn. 53; *Nettesheim*, in: Classen u.a. (Hrsg.), Liber amicorum Thomas Oppermann, 381 (406); *Weber*, in: Leible/Ruffert (Hrsg.), Völkerrecht und IPR, 71 (87 f.); *Tietje/Lang*, in: Benvenuti/Nolte (Hrsg.), Community Interests Across International Law, 191 ff.; deutlich zurückhaltender allerdings beispielsweise *Dolzer*, in: Herdegen u.a. (Hrsg.), Festschrift für Roman Herzog, 55 (62 ff.). Grundlegend zur Ordnungsidee praktischer Konkordanz selbst *Hesse*, Grundzüge des Verfassungsrechts, Rn. 317 ff.; vgl. hierzu auch jüngst z.B. *Hoffmann-Riem*, AöR 144 (2019), 467 ff., m.w.N.
- 21 Im Hinblick auf die mittlerweile beinahe zahllosen Beiträge zu diesen Fragestellungen vgl. exemplarisch statt vieler *Petersmann*, Journal of World Trade 37 (2003), 241 ff.; *Herrmann/Weiß/Ohler*, Welthandelsrecht, Rn. 1095 ff.; *Hilf/Hörmann*, AVR 43 (2005), 397 ff.; *Hörmann*, in: *Hilf/Oeter* (Hrsg.), WTO-Recht, § 27, Rn. 1 ff.; *Meng*, in: Bröhmer u.a. (Hrsg.), Festschrift Ress, 165 ff.; *Stoll*, ZaöRV 63 (2003), 439 ff.; *Kluttig*, Welthandelsrecht und Umweltschutz, 5 ff.; *Neumann*, Koordination des WTO-Rechts, 112 ff.; *Trebilcock/Howse*, Minnesota Journal of Global Trade 14 (2005), S. 261 ff., jeweils m.w.N.
- 22 Hierzu am Beispiel des Umweltschutzes unter anderem *Nowrot*, Zeitschrift für Europarechtliche Studien 20 (2017), 493 ff., m.w.N.
- 23 Exemplarisch zu dieser Wahrnehmung statt vieler *Collins*, International Investment Law, 1-2 („Yet, within a relatively short period of time this area of law witnessed a phenomenal growth to become one of the most dynamic and intensively studied spheres of international law.“); *Braun*, Ausprägungen der Globalisierung, 16 („Es gehört zu den dynamischsten Gebieten des Völkerrechts [...]“); *Salacuse/Sullivan*, Harvard International Law Journal 46 (2005), 67 („International investment law has undergone a remarkable transformation in a relatively short time.“).

Tätigung ausländischer Direktinvestitionen, selbst seit den 1980er Jahren erheblich an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen hat. Einen zweiten wesentlichen Faktor stellte vielmehr die deutliche Verstärkung der normativen Ordnungsstrukturen des materiellen Investitionsrechts dar, welche insbesondere in der Statuierung von Schutzstandards für ausländische Investoren in den aktuell über 2800 bilateralen Investitionsabkommen sowie beinahe 400 weiteren völkerrechtlichen Verträgen mit entsprechenden investitionsbezogenen Regelungen ihren positivrechtlichen Ausdruck finden.<sup>24</sup> Schließlich, und dies ist unter Gesichtspunkten der Praxisrelevanz als wenigstens ebenso bedeutsam einzuschätzen, haben die Rechtsverwirklichungsstrukturen im internationalen Investitionsrecht insbesondere in Gestalt von transnationalen Schiedsverfahren zwischen Gaststaaten und Investoren in jüngerer Zeit eine erhebliche Effektivitätssteigerung erfahren. Zwar ist diese Form der „gemischten“ Streitbeilegung – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der für den Investor mit der Möglichkeit des Rechtsschutzes vor den innerstaatlichen Gerichten des Gaststaates und der Ausübung diplomatischen Schutzes durch den Heimatstaat verbundenen Herausforderungen<sup>25</sup> – in der Praxis im Grundsatz bereits seit den 1930er Jahren bekannt.<sup>26</sup> Während jedoch entsprechende Staat-Investor-Streitbeilegungsverfahren vormals durch *ad hoc* Schiedsgerichte entschieden worden sind, werden sie in jüngerer Zeit ganz überwiegend im Rahmen einer institutionalisierten Schiedsgerichtsbarkeit durchgeführt. Hiermit einhergehend vollzog sich auch ein Wandel hinsichtlich der Rechtsgrundlage der für die Einleitung eines Verfahrens zwingend erforderlichen Schiedsvereinbarung. Während entsprechende Schiedsklauseln vormals so gut wie ausschließlich in „state contracts“ zwischen Gaststaat und Investor niedergelegt waren,<sup>27</sup> verlagerte sich die typische normative Basis dieser Klauseln in jüngerer Zeit in die bilateralen Investitionsabkommen zwischen Heimat- und Gaststaat, welche nunmehr die in der Praxis bedeutsamste Rechtsgrundlage für die Durchführung von Streitbeilegungsverfahren bilden.<sup>28</sup>

Die Dynamisierung und normative Wirkungssteigerung des internationalen Investitionsrechts blieb naturgemäß nicht ohne Auswirkungen auf das Rechtsverhältnis zwischen Gaststaat und privatem Investor. Zum einen haben Investoren – und damit gerade auch transnationale Unternehmen – auf der Grundlage der dargelegten neueren Entwicklungen insbesondere im Bereich der gemischten Investitionsschiedsgerichtsbarkeit eine erhebliche völkerrechtliche Aufwertung im Sinne eines Status als internationale Berechtigungssubjekte erlangt. Die grundsätzlich vorbehaltlose Zuweisung eines völkerrechtlichen Anspruchs auf Durchführung eines Schiedsverfahrens in bilateralen Investitionsverträgen und anderen investitionsbezogenen zwischenstaatlichen Abkommen begründet für die privaten Investoren eine „klare völkerrechtliche Rechtsposition“<sup>29</sup> und bildet auf diese Weise „another step in their transition from objects to

24 UNCTAD, World Investment Report 2020, International Production beyond the Pandemic, 2020, 106.

25 Hierzu u.a. *Dolzer/Schreuer*, Principles of International Investment Law, 232 ff.; *Muchlinski*, in: Binder u.a. (Hrsg.), Essays in Honour of Christoph Schreuer, 341 ff.

26 Hierzu sowie im Überblick zur weiteren Entwicklung *Reinisch*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 18, Rn. 16, m.w.N.

27 Hierzu sowie zur rechtsdogmatischen Einordnung der „state contracts“ *Nowrot*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 73 ff., m.w.N.

28 Allgemein und eingehender zum internationalen Investitionsrechtsschutz auf der Grundlage von Investor-Staat-Schiedsverfahren statt vieler *Tietje*, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, § 4, Rn. 1 ff.; *Reinisch*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 18, Rn. 15 ff.; *Sabahi/Rubins/Wallace*, Investor-State Arbitration, 47 ff.; *De Luca/Sacerdoti*, in: Krajewski/Hoffmann (Hrsg.), Research Handbook on Foreign Direct Investment, 193 ff., jeweils m.w.N.

29 *Tietje*, Grundstrukturen und aktuelle Entwicklungen, 16; vgl. auch *David Aven et al. v. Costa Rica*, UNCITRAL Arbitration, Case No. UNCT/15/3, Final Award v. 18. September 2018, para. 738 („Under international law of investments, particularly under DR-CAFTA, the investors enjoy by themselves a number of rights both substantive and procedural, including the right to sue directly the host State when it breaches its international obligations on foreign investment (Section A of Article 10 in DR-CAFTA.)“); *BG Group Plc. v. Argentina*, UNCITRAL Arbitration, Award v. 24.

subjects of international law“<sup>30</sup>

Hat somit der ausländische Investor insbesondere durch die Gewährung effektiver Rechtsschutzmöglichkeiten eine – gerade auch im Vergleich zum Welthandelsrecht<sup>31</sup> – signifikante Stärkung seiner Rechtsstellung erfahren, stellt sich zum anderen die Frage, welche Auswirkungen diese neueren Entwicklungen auf die Regelungshoheit des Gaststaates haben. Obgleich sich auch übereinstimmende Interessen von Investor und Gaststaat nachweisen lassen, ist das internationale Investitionsrecht schon immer in zentraler Weise gerade auch durch das Spannungsverhältnis zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Investors und der Regulierungsautonomie des Gaststaates geprägt.<sup>32</sup> In diesem Zusammenhang ist im Lichte seiner normativen Wirkungssteigerung zu konstatieren, dass dieses Rechtsgebiet – wenigstens in gleichem Maße wie das Welthandelsrecht – in zunehmender Weise sowohl die Ausgestaltung des innerstaatlichen Rechts mitdeterminiert, als auch über ein erhebliches Potential verfügt, die Regulierungsautonomie der Gaststaaten zu beschränken.<sup>33</sup> Den Grund hierfür bildet nicht allein die Dynamisierung des internationalen Investitionsrechts durch die Anerkennung individueller Klagerechte für Investoren. Vielmehr folgt dieser Effekt aus einer wechselseitigen Verstärkung von prozessualen und materiellrechtlichen Aspekten. Auf materiellrechtlicher Ebene kommt in der Schiedsgerichtspraxis heute nicht mehr im Schwerpunkt dem klassischen Typus der direkten Enteignung bzw. Nationalisierung, sondern dem ebenfalls in den meisten modernen bilateralen Investitionsabkommen statuierten Schutz vor indirekten Enteignungen

Dezember 2007, para. 145 („The proliferation of bilateral investment treaties has effected a profound transformation of international investment law. Most significantly, under these instruments investors are entitled to seek enforcement of their treaty rights by directly bringing action against the State in whose territory they have invested.”); *Corn Products International, Inc. v. Mexico*, ICSID Case No. ARB(AF)/04/01, Decision on Responsibility v. 15. Januar 2008, paras. 167 ff. („In the Tribunal’s view, the NAFTA confers upon investors substantive rights separate and distinct from those of the State of which they are nationals. It is now clear that States are not the only entities which can hold rights under international law; individuals and corporations may also possess rights under international law. [...] In the case of Chapter XI of the NAFTA, the Tribunal considers that the intention of the Parties was to confer substantive rights directly upon investors. That follows from the language used and is confirmed by the fact that Chapter XI confers procedural rights upon them.”). Siehe hierzu auch beispielsweise *Lauterpacht*, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 4 (1997), 259 (274); *Krajewski*, in: Giegerich (Hrsg.), *Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht*, 35 (45); *Schöbener/Herbst/Perkams*, *Internationales Wirtschaftsrecht*, 60 f.; *Braun*, in: Hobe (Hrsg.), *Globalization*, 51 (55); *Schwartzmann*, *Private im Wirtschaftsvölkerrecht*, 98; *Happ*, *Schiedsverfahren zwischen Staaten und Investoren*, 138 ff.; sowie *Spiermann*, *Arbitration International* 20 (2004), 179 (185) („It would take an excessively narrow, albeit not unprecedented standard of interpretation to find that bilateral investment treaties do not vest rights in the investor as a subject of international law.”).

- 30 *Plama Consortium Ltd. v. Bulgaria*, ICSID Case No. ARB/03/24, Decision on Jurisdiction v. 8. Februar 2005, para. 141 („For all these reasons, Article 26 ECT provides to a covered investor an almost unprecedented remedy for its claim against a host state. [...] By any standards, Article 26 is a very important feature of the ECT which is itself a very significant treaty for investors, marking another step in their transition from objects to subjects of international law.”); vgl. auch *Tietje*, in: Giegerich (Hrsg.), *Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht*, 11 (32) („Besonders herausragend zu nennen ist hierbei sicherlich der Umstand, dass gerade auf Grund der Rechtsentwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte man heute kaum noch bestreiten kann, dass jedenfalls im investitionsschutzrechtlichen Bereich multinationale Unternehmen Völkerrechtssubjekte sind.”); *Braun*, *Ausprägungen der Globalisierung*, 162 ff.
- 31 Eingehender zu einer solchen vergleichenden Betrachtung *Nowrot*, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 18 (2011), 803 (808 ff.), m.w.N.
- 32 Vgl. u.a. *Tietje*, *Internationales Investitionsschutzrecht*, 5 ff.; *Krajewski*, *Wirtschaftsvölkerrecht*, Rn. 543; *Salacuse*, *The Law of Investment Treaties*, 46 ff.; *García-Bolivar*, *ICSID Review – Foreign Investment Law Journal* 24 (2009), 464 ff.; *Nowrot*, *Ein notwendiger “Blick über den Tellerrand”*, 15; *Perkams*, *Internationale Investitionsschutzabkommen*, 21 ff.
- 33 Siehe hierzu u.a. *Tietje*, *Internationales Investitionsschutzrecht*, 10 ff.; *Dolzer*, in: Dehenheuer u.a. (Hrsg.), *Festschrift für Josef Isensee*, 61 (65 ff.); *ders.*, *New York University Journal of International Law and Policy* 37 (2005), 953 ff.; *Krajewski/Ceyssens*, *AVR* 45 (2007), 180 ff.; *Kaushal*, *Harvard International Law Journal* 50 (2009), 491 (525 ff.); sowie *Collins*, *International Investment Law*, 2 („It often has a significant public dimension because of the legal consequences of regulations pursued in the interest of society at large. International investment law has far-reaching implications with respect to both international commerce as well as fundamental issues of sovereignty and by extension the constitutional role of states – essentially the way in which a country governs itself.“).

sowie unter anderem der Verpflichtung zur gerechten und billigen Behandlung des Investors praktische Relevanz zu. Hierbei handelt es sich um Schutzstandards, welche – beispielsweise durch Vorgaben hinsichtlich der Ausgestaltung von Verwaltungsverfahren – zumindest potentiell einen erheblichen Einfluss auf die Rechtsordnungen der Gaststaaten ausüben.<sup>34</sup>

Zwar wird mit dem Abschluss von Investitionsabkommen selbstverständlich auch die Zwecksetzung verfolgt, auf der Grundlage völkerrechtlicher Verpflichtungen des Gaststaates dessen Regelungshoheit zu begrenzen und auf diese Weise verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen für ausländische Investoren zu schaffen. Gleichwohl ist hierbei zu berücksichtigen, dass diese innerstaatliche Regulierungsautonomie keinen Selbstzweck darstellt, sondern im Grundsatz gerade auch der Verwirklichung von Gemeinwohlbelangen wie dem Schutz der Menschenrechte dient.<sup>35</sup> Angesichts der Effektivierung und Erweiterung des Anwendungsbereichs des internationalen Investitionsrechts sind somit vermehrt Fallkonstellationen denkbar, in denen die von den Schutzstandards eines Investitionsabkommens erfassten, wirtschaftlichen Interessen eines Investors durch eine Maßnahme des Gaststaates beeinträchtigt werden, welche dieser unter Rekurs auf menschenrechtliche Belange der Bevölkerung rechtfertigt.<sup>36</sup> Und in der Tat lassen sich in der Praxis bereits entsprechende Beispiele nachweisen. So rechtfertigte beispielsweise Argentinien in einer Reihe von Streitbeilegungsverfahren die vom ausländischen Investor beanstandeten staatlichen Maßnahmen unter anderem unter Hinweis auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen dieses Staates im Hinblick auf den Schutz der Menschenrechte.<sup>37</sup>

Vor diesem Hintergrund stellt sich somit gerade auch bezogen auf das internationale

- 34 Eingehender zu den im Einzelnen weiterhin umstrittenen Regelungsgehalten des Schutzes vor indirekten Enteignungen und der Verpflichtung zur gerechten und billigen Behandlung des Investors statt vieler *Dolzer/Schreuer*, Principles of International Investment Law, 101 ff., 130 ff.; *Reinisch*, International Investment Law, 18 ff., 42 ff.; *de Nanteuil*, International Investment Law, 289 ff., 319 ff.; *Lim/Ho/Paparinskis*, International Investment Law and Arbitration, 263 ff.; 334 ff.; *Jacob/Schill*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), International Investment Law, 700 ff.; *Cox*, Expropriation in Investment Treaty Arbitration, 42 ff.; *Bonmitcha*, Substantive Protection under Investment Treaties, 143 ff.; *Kriebaum*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), International Investment Law, 959 (970 ff.).
- 35 Vgl. im vorliegenden Kontext auch *Schorkopf*, in: Ehlers/Wolffgang/Schröder (Hrsg.), Rechtsfragen internationaler Investitionen, 137 (146) („Entscheidendes Differenzierungskriterium dürfte sein, den staatlichen Handlungsfreiraum nicht per se, sondern nur zur Verwirklichung des Gemeinwohls zu stärken.“); *Nowrot*, International Investment Law and the Republic of Ecuador, 17 f.
- 36 So und kritisch zur vermeintlichen Dominanz von Investitionsabkommen in diesem Kontext vgl. u.a. UN Human Rights Council, Business and Human Rights: Towards Operationalizing the ‘Protect, Respect and Remedy’ Framework, Report of the Special Representative of the Secretary-General on the Issue of Human Rights and Transnational Corporations and Other Business Enterprises, UN Doc. A/HRC/11/13 of 22 April 2009, para. 30 („Nevertheless, recent experience suggests that some treaty guarantees and contract provisions may unduly constrain the host Government’s ability to achieve its legitimate policy objectives, including its international human rights obligations.“); siehe überdies beispielsweise bereits Human Rights Council, Protect, Respect and Remedy: A Framework for Business and Human Rights, UN Doc. A/HRC/8/5 7 April 2008, para. 12 („Take the case of transnational corporations. Their legal rights have been expanded significantly over the past generation. This has encouraged investment and trade flows, but it has also created instances of imbalances between firms and States that may be detrimental to human rights. The more than 2,500 bilateral investment treaties currently in effect are a case in point. While providing legitimate protection to foreign investors, these treaties also permit those investors to take host States to binding international arbitration, including for alleged damages resulting from implementation of legislation to improve domestic social and environmental standards – even when the legislation applies uniformly to all businesses, foreign and domestic.“); sowie aus dem Schrifttum statt vieler *Sornarajah*, The International Law on Foreign Investment, 267 ff.; *de Nanteuil*, International Investment Law, 389 f.
- 37 Siehe beispielsweise *CMS Gas Transmission Company v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/01/8, Award v. 12. Mai 2005, paras. 114 u. 121; *Siemens AG v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/02/8, Award v. 6. Februar 2007, paras. 75, 79 u. 312; *National Grid PLC v. Argentina*, UNCITRAL Arbitration, Award v. 3. November 2008, paras. 136 u. 245; *Suez et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/17, Decision on Liability v. 30. Juli 2010, paras. 232 u. 240; *SAUR International S.A. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/04/4, Décision sur la Compétence et sur la Responsabilité v. 6. Juni 2012, paras. 32 u. 328 ff.; *EDF International S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/23, Award v. 11. Juni 2012, paras. 191 ff., 909 ff. Vgl. in diesem Zusammenhang auch *Urbaser S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/07/26, Award v. 8. Dezember 2016, paras. 1110 ff., 1156 ff.

Investitionsrecht – und dies ist mittlerweile jedenfalls im Grundsatz weitgehend unbestritten – sowohl auf der Ebene der Gestaltung von Investitionsabkommen als auch im Rahmen von Investitionsschiedsverfahren die Herausforderung, dass Spannungsverhältnis zwischen den völkerrechtlich geschützten und legitimen Interessen des Investors sowie der Regelungshoheit des Gaststaates zum Schutz und der Förderung weiterer, nichtökonomischer Gemeinwohlbelange wie namentlich auch der Verwirklichung der Menschenrechte zu einem neuen, angemesseneren Ausgleich zu bringen.<sup>38</sup> Exemplarisch sei hier im Hinblick auf diese Wahrnehmung in diesem Zusammenhang auf das Prinzip 9 der am 16. Juni vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen mit seiner Resolution 17/4 angenommenen United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights verwiesen: „States should maintain adequate domestic policy space to meet their human rights obligations when pursuing business-related policy objectives with other States or business enterprises, for instance through investment treaties or contracts.“<sup>39</sup>

Und in der Tat finden sich in der aktuellen internationalen Vertragspraxis bereits zahlreiche Regelungsansätze, die darauf abzielen, andere völkerrechtliche Sachbereiche wie den Schutz der Menschenrechte sowie weitere öffentliche Interessen in die Regelungsstrukturen von Investitionsübereinkommen einzubeziehen.<sup>40</sup> Hierzu gehören – um nur einige zu nennen – die ausdrückliche Erwähnung der Bedeutung nichtökonomischer Gemeinwohlbelangen für die Vertragsparteien in den Präambeln von Investitionsverträgen,<sup>41</sup> Ansätze zur Begrenzung des Interpretations- und Entscheidungsspielraums in zukünftigen Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren durch Präzisierung der Vertragsbestimmungen, namentlich durch eine Konkretisierung der Investitionsschutzstandards,<sup>42</sup> die Aufnahme von Rechtfertigungsklauseln sowie von Bestimmungen, welche die Regulierungsautonomie der Gaststaaten betonen,<sup>43</sup> Regelungen über die Zulässigkeit von *amicus curiae*-Schriftsätzen im Rahmen von investitionsrechtlichen

38 Vgl. hierzu unter anderem bereits Nowrot, in: Hindelang/Krajewski (Hrsg.), *Shifting Paradigms in International Investment Law*, 227 (232) („it is by now increasingly recognized among governments of industrialized and developing countries, practitioners and scholars alike, that at the level of designing investment agreements as well as in the realm of investor-State arbitration proceedings, the central challenge lawmakers and arbitrators are as of today ever more faced with is to provide for an appropriate and thus acceptable balance between the legally protected economic interests of foreign investors and the domestic steering capacity or policy space of host States to allow the later to pursue the promotion and protection of other public interest concerns“); Tietje, *ICSID Review – Foreign Investment Law Journal* 24 (2009), 457 (461) („The need for a ‘policy space’ for governments, i.e. autonomy in national policy-making without constraints by international law and particularly international investment protection law, is one of the most significant consequences of the proliferation of investment law and the fragmentation of international law in general. We are currently witnessing discussions about the necessary policy space in the area of foreign investment, on both the national and international levels.“); Broude/Haftel/Thompson, in: Roberts/Stephan/Verdier/Versteeg (Hrsg.), *Comparative International Law*, 527 ff.; Sornarajah, *Journal of International Economic Law* 23 (2020), 413 ff.; Lee, in: Chaisse/Lin (Hrsg.), *International Economic Law and Governance*, 131 ff.; Roberts, *American Journal of International Law* 112 (2018), 410 ff.; Nowrot, in: Justenhoven/O’Connell (Hrsg.), *Peace Through Law*, 187 (195 ff.); sowie die eingehenden Analysen von Titi, *The Right to Regulate in International Investment Law*, 32 ff.; Mouyal, *International Investment Law and the Right to Regulate*, 8 ff., jeweils m.w.N.

39 Resolution 17/4 ist wiedergegeben in: Report of the Human Rights Council, UN Doc. A/66/53 (2011), 136 ff. Für den Text der Guiding Principles vgl. Human Rights Council, *Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations ‘Protect, Respect and Remedy’ Framework*, Annex, UN Doc. A/HRC/17/31 of 21 March 2011.

40 Für einen aktuelleren Überblick siehe UNCTAD, *World Investment Report 2019, Special Economic Zones*, 2019, 104 ff.; UNCTAD, *World Investment Report 2020, International Production beyond the Pandemic*, 2020, 112 ff.; UNCTAD, *The Changing IIA Landscape: New Treaties and Recent Policy Developments*, IIA Issues Note, Issue 1, July 2020, 6 ff.

41 Hierzu beispielsweise Nowrot, *Journal of World Investment and Trade* 15 (2014), 612 (630).

42 Eingehender zu diesem Regelungsansatz vgl. Boor/Nowrot, *Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht* 7 (2016), 91 ff., m.w.N.

43 Siehe hierzu u.a. Sabanogullari, *General Exception Clauses in International Investment Law*, 54 ff.; Nowrot, *Journal of World Investment and Trade* 15 (2014), 612 (631 ff.).

Schiedsverfahren,<sup>44</sup> Bestimmungen über die Kompetenz der Vertragsparteien zur autoritativen Vertragsinterpretation<sup>45</sup> sowie die Statuierung von Investorenpflichten in Investitionsabkommen.<sup>46</sup>

Insbesondere für den Fall, dass sich – wie gegenwärtig im Hinblick auf die meisten der in den vergangenen Jahrzehnten geschlossenen Investitionsverträge noch die Regel – keine ausdrücklichen Normierungen hinsichtlich der Berücksichtigung von weiteren Gemeinwohlbelangen auf der Ebene der Investitionsübereinkommen nachweisen lassen, existieren gleichwohl eine Reihe völkerrechtsdogmatischer Ansätze, die eine positivrechtliche Möglichkeit eröffnen, dass das entsprechende Investitionsabkommen dennoch im Rahmen eines Staat-Investor-Streitbeilegungsverfahrens unter Einbeziehung anderer völkerrechtlicher Verpflichtungen des Gaststaates wie dem Schutz der Menschenrechte auszulegen ist.<sup>47</sup>

Ein Gebot zur – sogar vorrangigen – Anwendung vertragsexterner Verpflichtungen ist zunächst in Bezug auf solche völkerrechtlichen Regelungen anzunehmen, welchen im Rahmen der gegenwärtig noch vergleichsweise schwach ausgeprägten Normenhierarchie des allgemeinen Völkerrechts<sup>48</sup> ein Vorrang gegenüber den Investitionsübereinkommen zukommt. Dies gilt namentlich für den Kreis der zwingenden Normen des Völkerrechts (*ius cogens*).<sup>49</sup> Exem-

44 Eingehender hierzu beispielsweise *Born/Forrest*, ICSID Review – Foreign Investment Law Journal 34 (2019), 626 ff.; *Tams/Zoellner*, AVR 45 (2007), 217 ff.; *Witk, Amicus Curiae* before International Courts and Tribunals, 115 ff. und *passim*; *Segger*, Der Amicus Curiae im Internationalen Wirtschaftsrecht, 164 ff.; *Fach Gómez*, Fordham International Law Journal 35 (2012), 510 ff.; *Zachariasiewicz*, Journal of International Arbitration 29 (2012), 205 ff.; *Schill/Djanic*, in: Benvenuti/Nolte (Hrsg.), Community Interests Across International Law, 221 (240 ff.); *Nowrot*, Ein notwendiger „Blick über den Tellerrand“, 23 ff.; *Levine*, Berkeley Journal of International Law 29 (2011), 200 ff.; deutlich skeptisch bezogen auf den vorliegenden Kontext jedoch z.B. *Dumberry/Dumas-Aubin*, Journal of World Investment & Trade 13 (2012), 349 (371) („this option is not well-suited to raise human rights concerns in investor-State arbitration“).

45 Zur autoritativen Vertragsinterpretation im vorliegenden Kontext vgl. *Boor/Nowrot*, Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht 7 (2016), 91 (102 ff.); *Methymaki/Tzanakopoulos*, in: Kulick (Hrsg.), Reassertion of Control over the Investment Treaty Regime, 155 (162 ff.).

46 Eingehender zur Aufnahme von Investorenpflichten in Investitionsabkommen in der jüngeren Vertragspraxis siehe *Krajewski*, Business and Human Rights Journal 5 (2020), 105 (113 ff.); *Nowrot*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), International Investment Law, 1154 ff.; *ders.*, Corporate Legal and Social Responsibility as an Issue of International Investment Agreements, 5 ff., jeweils m.umf.N.

47 Vgl. hierzu auch bereits u.a. *Nowrot*, Journal of World Investment and Trade 15 (2014), 612 (624 ff.).

48 Allgemein hierzu statt vieler *Shelton*, American Journal of International Law 100 (2006), 291 ff.; *Weiler/Paulus*, European Journal of International Law 8 (1997), 545 ff.; *Koskenniemi*, European Journal of International Law 8 (1997), 566 ff.; *Carrillo Salcedo*, European Journal of International Law 8 (1997), 583 ff.; *Hernández*, International Law, 58 ff.; speziell bezogen auf das Rangverhältnis zwischen völkerrechtlichen Verträgen überdies z.B. *Verdross/Simma*, Völkerrecht, § 640; *Ghouri*, Asian Journal of International Law 2 (2012), 235 (246) („By their contractual nature, treaties are horizontal instruments that have no inherent priority over each other.“); *Matz-Lück*, Treaties, Conflicts between, Rn. 4, in: Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. September 2020); *Orakhelashvili*, Akehurst’s Modern Introduction to International Law, 51; *von Arnault*, Völkerrecht, Rn. 287; *Dörr*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 23, Rn. 1.

49 Allgemein und eingehender zu *ius cogens* Normen im Völkerrecht und den von ihnen ausgehenden Rechtswirkungen siehe beispielsweise *Fragmentation of International Law: Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law*, Report of the Study Group of the International Law Commission, finalized by *M. Koskenniemi*, UN Doc. A/CN.4/L.682 v. 13. April 2006, paras. 361 ff.; *Kadelbach*, Zwingendes Völkerrecht, 26 ff.; *Hannikainen*, Peremptory Norms, *passim*; *Kolb*, Revue belge de droit international 36 (2003), 5 ff.; *Orakhelashvili*, Peremptory Norms in International Law, 7 ff.; *Crawford*, Brownlie’s Principles of Public International Law, 581 ff.; *von Arnault*, Völkerrecht, Rn. 288 ff.; *Hobe*, Einführung in das Völkerrecht, 173 ff.; siehe überdies aus der Rechtspraxis exemplarisch ICJ, *Jurisdictional Immunities of the State* (Deutschland v. Italien), Urteil vom 3. Februar 2012, para. 95 („A *ius cogens* rule is one from which no derogation is permitted [...]“); International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia, *Prosecutor v. Anto Furundzija*, Judgment of the Trial Chamber v. 10. Dezember 1998, abgedruckt in: I.L.M. 38 (1999), 317 (349, para. 153) („Because of the importance of the values it protects, this principle has evolved into a peremptory norm or *ius cogens*, that is, a norm that enjoys a higher rank in the international hierarchy than treaty law and even ‘ordinary’ customary rules. The most conspicuous consequence of this higher rank is that the principle at issue cannot be derogated from by States through international treaties or local or special customs or even general customary rules not endowed with the same normative force.“); BVerfGE 112, 1 (27 f.); vgl. zu diesem Konzept auch seiner Zeit weit voraus bereits die „Dissenting Opinion“ des Richters *Walther Schücking* in: StIGH, *Oscar Chinn Case* (Großbritannien v. Belgien), Urteil vom 12. Dezember 1934, P.C.I.J. Ser. A/B, No. 63, 148 ff.; speziell zur Bedeutung

plarisch sei hier zunächst auf das Schiedsgericht im Verfahren *Phoenix Action, Ltd. v. Czech Republic* verwiesen, welches in seiner Entscheidung vom 15. April 2009 hervorhob, dass „[t]o take an extreme example, nobody would suggest that ICSID protection should be granted to investments made in violation of the most fundamental rules of protection of human rights, like investments made in pursuance of torture or genocide or in support of slavery or trafficking of human organs”.<sup>50</sup> Überdies findet sich auch beispielsweise in dem am 11. Juni 2012 ergangenen Schiedsspruch in dem Verfahren *EDF International S.A. et al. v. Argentina* die Aussage, dass „[i]t is common ground that the Tribunal should be sensitive to international *jus cogens* norms, including basic principles of human rights“.<sup>51</sup> Schließlich kann hier exemplarisch auch die folgende Aussage in der Entscheidung des Investitionsschiedsgerichts im Verfahren *Urbaser S.A. et al. v. Argentina* vom 8. Dezember 2016 angeführt werden: „Another illustration is given by peremptory norms of general international law (*ius cogens*) to the extent they may be of interest in an investment matter. If so, such norms must certainly prevail over any contrary provision of the BIT, as per the express statement in Article 53 of the Vienna Convention.“<sup>52</sup>

Aber auch soweit es sich nicht um solche Normen höheren Ranges des allgemeinen Völkerrechts handelt, eröffnen die Auslegungsregeln für völkerrechtliche Verträge, welche in den Art. 31 bis 33 des Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (WVRK) kodifiziert sind und darüber hinaus gewohnheitsrechtliche Geltung für sich beanspruchen können,<sup>53</sup> die Möglichkeit, andere völkerrechtliche Sachbereiche in die Interpretation von Investitionsübereinkommen einzubeziehen. Nach Art. 31 Abs. 3 lit. c WVRK ist bei der Auslegung eines Vertrages auch „jeder in den Beziehungen zwischen den Vertragsparteien anwendbare einschlägige Völkerrechtssatz“ zu berücksichtigen.<sup>54</sup> Diese Bestimmung ist Ausdruck der namentlich

dieser abweichenden Meinung *Schückings* für die Herausbildung des Konzepts des *ius cogens* insbesondere *Bodendiek*, *Walther Schückings* Konzeption, 289 ff., m.w.N.

50 *Phoenix Action, Ltd v. Czech Republic*, ICSID Case No. ARB/06/5, Award v. 15. April 2009, para. 78.

51 *EDF International S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/23, Award v. 11. Juni 2012, para. 909.

52 *Urbaser S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/07/26, Award v. 8. Dezember 2016, para. 1203.

53 Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge v. 23. Mai 1969, BGBl. 1985 II. S. 926; speziell zum gewohnheitsrechtlichen Status der Auslegungsregeln statt vieler ICJ, *Case Concerning Kasikili/Sedudu Island* (Botswana v. Namibia), Urteil v. 13. Dezember 1999, ICJ-Reports 1999, S. 1045 (1059); WTO, *United States – Measures Affecting the Production and Sale of Clove Cigarettes*, Report of the Appellate Body v. 4. April 2012, WT/DS406/AB/R, para. 258; *Chevron Corporation (USA) and Texaco Petroleum Company (USA) v. Ecuador*, UNCITRAL Arbitration, Partial Award on the Merits v. 30. März 2010, paras. 159 ff.; *Malaysian Historical Salvors SDN BHD v. Malaysia*, ICSID Case No. ARB/05/10, Decision on the Application for Annulment v. 16. April 2009, para. 56; *Saluka Investments BV v. Czech Republic*, UNCITRAL Arbitration, Partial Award v. 17. März 2006, para. 296; *Dörr*, in: ders./Schmalenbach (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties*, Article 31, Rn. 6; *Villiger*, *Commentary*, Art. 31, Rn. 37 ff.; Art. 32, Rn. 13; *Weeramantry*, *Treaty Interpretation in Investment Arbitration*, 24.

54 Allgemein hierzu *Dörr*, in: ders./Schmalenbach (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties*, Article 31, Rn. 92 ff.; *Fragmentation of International Law: Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law*, Report of the Study Group of the International Law Commission, finalized by *M. Koskenniemi*, UN Doc. A/CN.4/L.682 v. 13. April 2006, paras. 410 ff.; *Sorel/Boré Eveno*, in: Corten/Klein (Hrsg.), *The Vienna Conventions on the Law of Treaties*, Bd. I, Art. 31 Convention of 1969, Rn. 42 ff.; *Gardiner*, *Treaty Interpretation*, 289 ff.; zur Geltung dieses Auslegungsgrundsatzes als Völkergewohnheitsrecht vgl. z.B. ICJ, *Case Concerning Oil Platforms* (Iran v. USA), Urteil v. 6. November 2003, ICJ-Reports 2003, S. 161 (182, Rn. 41); speziell zur Bedeutung dieser Auslegungsregel im investitionsrechtlichen Kontext u.a. *Urbaser S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/07/26, Award v. 8. Dezember 2016, paras. 1200 ff.; *Tulip Real Estate and Development Netherlands B.V. v. Turkey*, ICSID Case No. ARB/11/28, Decision on Annulment v. 30. Dezember 2015, paras. 87 ff.; *Simma/Kill*, in: Binder u.a. (Hrsg.), *Essays in Honour of Christoph Schreuer*, 678 (691 ff.); *Simma*, *International and Comparative Law Quarterly* 60 (2011), 573 (584 ff.); *Gazzini*, *Interpretation of International Investment Treaties*, 210 ff.; *Alvarez*, *RdC* 344 (2009), 193 (466 f.); *Wälde*, in: Binder u.a. (Hrsg.), *Essays in Honour of Christoph Schreuer*, 724 (769 ff.); *Scheu*, *Systematische Berücksichtigung von Menschenrechten in Investitionsschiedsverfahren*, 160 ff.; *Schill/Djanic*, in: Benvenisti/Nolte (Hrsg.), *Community Interests Across International Law*, 221 (236 f.); *Calamita*, in: Baetens (Hrsg.), *Investment Law within International Law*, 164 (178 ff.); *Yotova*, in: Kulick (Hrsg.), *Reassertion of Control over the Investment Treaty Regime*, 182 ff.; *Dünnwald*, *Bilateral and Multilateral Investment Treaties*, 152 ff.; *Hölken*, *Systemische Integration von Investitionsschutzabkommen*, 73 ff.; *Hirsch*, in: Muchlinski/Ortino/Schreuer (Hrsg.), *International Investment Law*, 154 ff.; *Radi*, *North Carolina Journal of International Law and Commercial Regulation* 37 (2012), 1107 (1124 ff.).

im Rahmen der Vertragskonkurrenz<sup>55</sup> bedeutsamen Vermutung, dass zwei oder mehrere von denselben Vertragsparteien abgeschlossene völkerrechtliche Abkommen nicht im Konflikt zueinander stehen.<sup>56</sup> Hierbei ist zu bemerken, dass an einem gemischten Streitbeilegungsverfahren zwar nur der Investor und der Gaststaat beteiligt sind. Demgegenüber sind als Vertragsparteien i.S.d. Art. 31 Abs. 3 lit. c WVRK jedoch der Gast- und der Heimatstaat als Parteien des BIT anzusehen, zwischen denen unstrittig unter anderem auch das Regime des internationalen Menschenrechtsschutzes Anwendung findet und daher in die Interpretation des Investitionsübereinkommens im Rahmen von Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren einzubeziehen ist. Entgegen tendenziell anderslautender Äußerungen in der schiedsgerichtlichen Praxis<sup>57</sup> gilt somit zweifelsohne auch für die Vertragsregime des internationalen Investitionsrechts, dass sie „cannot be read and interpreted in isolation from public international law, and its general principles“.<sup>58</sup>

Zwar ist die investitionsrechtliche Schiedsgerichtspraxis hinsichtlich der Berücksichtigung anderer völkerrechtlicher Sachbereiche insgesamt bislang noch von einer gewissen Zurückhaltung geprägt.<sup>59</sup> Gleichwohl kommt der auf der Grundlage von Art. 31 Abs. 3 lit. c WVRK

55 Zur Vertragskonkurrenz im Völkerrecht vgl. auch noch *infra* unter C.

56 So beispielsweise *Dörr*, in: ders./Schmalenbach (Hrsg.), Vienna Convention on the Law of Treaties, Article 31, Rn. 93 („Moreover, the rule laid down in lit c has a firm basis in the principle of good faith, since according to that principle, every party to a treaty must in principle be presumed to intend to keep its treaty obligation in conformity with its other obligations under international law.“); *Gazzini*, Interpretation of International Investment Treaties, 210 („Article 31 (3) (c) is meant to enhance the coherence of the international legal order, building on the presumption that treaties are intended to respect all relevant international rules.“); anders jedoch beispielsweise *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 14, Rn. 14; allgemein zu dieser auch als „presumption against conflict“ bezeichneten Auslegungsregel exemplarisch ICJ, *Case Concerning the Right of Passage over Indian Territory* (Portugal v. Indien) (Preliminary Objections), Urteil v. 26. November 1957, ICJ-Reports 1957, 125 (142) („It is a rule of interpretation that a text emanating from a Government must, in principle, be interpreted as producing and as intended to produce effects in accordance with existing law and not in violation of it.“); WTO, *Turkey – Restrictions on Imports of Textile and Clothing Products*, Report of the Panel v. 31. Mai 1999, WT/DS34/R, paras. 9.92 ff.; WTO, *Indonesia – Certain Measures Affecting the Automobile Industry*, Report of the Panel v. 2. Juli 1998, WT/DS54/R, WT/DS55/R, WT/DS59/R, WT/DS64/R, para. 14.28, jeweils m.w.N.; aus dem Schrifttum statt vieler *Jenks*, British Yearbook of International Law 30 (1953), 401 (427 ff.); *Jennings/Watts*, Oppenheim’s International Law, Bd. I, Parts 2 to 4, 1275; *Pauwelyn*, Conflict of Norms, 240 ff.; *Nowrot*, in: Rensmann (Hrsg.), Mega-Regional Trade Agreements, 155 (165); *Finke*, in: Tams/Tzanakopoulos/Zimmermann (Hrsg.), Research Handbook on the Law of Treaties, 415 (421).

57 Siehe unter anderem deutlich *Bernhard von Pezold and Others v. Zimbabwe*, ICSID Case No. ARB/10/15 and *Border Timbers Ltd., Border Timbers International et al. v. Zimbabwe*, ICSID Case No. ARB/10/25, Procedural Order No. 2 v. 26. Juni 2012, paras. 57 f. („The Arbitral Tribunals agree in this regard with the Claimants that the reference to ‘such rules of general international law as may be applicable’ in the BITs does not incorporate the universe of international law into the BITs or into disputes arising under the BITs. [...] The Petitioners provided no evidence or support for their assertion that international investment law and international human rights law are interdependent such that any decision of these Arbitral Tribunals which did not consider the content of international human rights norms would be legally incomplete.“).

58 *Phoenix Action, Ltd v. Czech Republic*, ICSID Case No. ARB/06/5, Award v. 15. April 2009, para. 78 („It is evident to the Tribunal that the same holds true in international investment law and that the ICSID Convention’s jurisdictional requirements – as well as those of the BIT – cannot be read and interpreted in isolation from public international law, and its general principles.“); vgl. überdies in diesem Zusammenhang u.a. *Urbaser S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/07/26, Award v. 8. Dezember 2016, para. 1200 („The BIT cannot be interpreted and applied in a vacuum. The Tribunal must certainly be mindful of the BIT’s special purpose as a Treaty promoting foreign investments, but it cannot do so without taking the relevant rules of international law into account. The BIT has to be construed in harmony with other rules of international law of which it forms part, including those relating to human rights.“).

59 Zu dieser Wahrnehmung exemplarisch UNCTAD, Selected Recent Developments in IIA Arbitration and Human Rights, IIA Monitor No. 2 (2009), 3 („In practice, however, human rights issues have been relatively slow to arise in the IIA [international investment agreements] arbitration context.“); *Hirsch*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, 82 (94); *Kulick*, Global Public Interest, 300 ff.; *De Brabandere*, in: Krajewski/Hoffmann (Hrsg.), Research Handbook on Foreign Direct Investment, 619 (645); *Reiner/Schreuer*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, 82 (90); *Simma/Kill*, in: Binder u.a. (Hrsg.), Essays in Honour of Christoph Schreuer, 678 (679). Siehe allerdings beispielsweise zur Berücksichtigung der Verpflichtungen des Gaststaates aus dem UNESCO Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt die Verfahren *Parkerings v. Lithuania*, ICSID Case No. ARB/05/8, Award v. 11. September 2007,

gebotenen Einbeziehung vertragsexterner Völkerrechtsnormen gerade auch im Hinblick auf den Bereich des internationalen Menschenrechtsschutzes – aktuell und potentiell – erhebliche Praxisrelevanz zu. Zum einen haben Schiedsgerichte bereits verschiedentlich auf menschenrechtliche Garantien und die einschlägige Rechtsprechung regionaler Menschenrechtsgerichtshöfe Rekurs genommen, um – im Sinne einer *Verstärkungsperspektive* – zugunsten des ausländischen Investors materiellrechtliche Schutzstandards in Investitionsübereinkommen zu konkretisieren.<sup>60</sup> Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund sind denn auch im Schrifttum zu Recht bereits „Ansätze zu einer fortschreitenden Kohärenz von Menschenrechtsschutz und internationalem Investitionsschutzrecht“ identifiziert worden.<sup>61</sup>

Zum anderen – und dies erscheint im vorliegenden Kontext besonders hervorhebenswert – ist in der schiedsgerichtlichen Praxis aber auch schon seit längerem jedenfalls im Grundsatz anerkannt, dass die Berücksichtigung von Belangen des internationalen Menschenrechtsschutzes im Rahmen von Investitionsstreitbelegungsverfahren auf der Grundlage des Art. 31 Abs. 3 lit. c WVRK gegebenenfalls gerade auch in der Weise erfolgen muss, dass – im Sinne einer *Ausgleichsperspektive* – eine praktische Konkordanz zwischen den investitionsrechtlich geschützten Interessen eines ausländischen Investors einerseits und den menschenrechtlichen Verpflichtungen des Gaststaates gegenüber seiner Bevölkerung andererseits hergestellt wird.<sup>62</sup> Zusammenfassend kann die aktuelle Situation und Wahrnehmung somit mit den Worten des Investitionsschiedsgerichts im Verfahren *Tulip Real Estate and Development Netherlands B.V. v. Turkey* in der Tat wohl in folgender Weise zutreffend charakterisiert werden: „There is a widespread sentiment that the integration of the law of human rights into international investment law is an important concern.“<sup>63</sup>

paras. 381 ff.; sowie *Southern Pacific Properties v. Egypt*, ICSID Case No. ARB/84/3, Award v. 20. Mai 1992, paras. 154 ff.; vgl. hierzu auch *Liberti*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), *Human Rights in International Investment Law and Arbitration*, 557 (560 ff.).

- 60 Exemplarisch *Mondev International Ltd. v. USA*, ICSID Case No. ARB(AF)/99/2, Award v. 11. Oktober 2002, paras. 141 ff.; *Tecnicas Medioambientales Tecmed S.A. v. Mexico*, ICSID Case No. ARB(AF)/00/2, Award v. 29. Mai 2003, paras. 116 ff.; *Azurix Corp. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/01/12, Award v. 14. Juli 2006, paras. 311 f.; *Saipem SpA v. Bangladesh*, ICSID Case No. ARB/05/07, Decision on Jurisdiction and Recommendation on Provisional Measures v. 21. März 2007, paras. 130 u. 132. Vgl. hierzu auch u.a. *Scheu*, *Systematische Berücksichtigung von Menschenrechten in Investitionsschiedsverfahren*, 176 ff., m.w.N.
- 61 *Tietje*, *Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich*, 20; vgl. überdies beispielsweise *Nelson*, *Journal of World Investment & Trade* 12 (2011), 27 ff.; *Dupuy/Vinuales*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), *International Investment Law*, 1739 (1745 ff.); *Klein*, *Goettingen Journal of International Law* 4 (2012), 199 ff.; *ders.*, *Das Investitionsschutzrecht als völkerrechtliches Individualschutzrecht*, 121 ff.
- 62 Vgl. im vorliegenden Kontext beispielsweise *EDF International S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/23, Award v. 11. Juni 2012, para. 912 („The Tribunal does not call into question the potential significance or relevance of human rights in connection with international investment law.“); *Suez et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/17, Decision on Liability v. 30. Juli 2010, para. 240 („Argentina has suggested that its human rights obligations to assure its population the right to water somehow trumps its obligations under the BITs and the existence of the human right to water also implicitly gives Argentina the authority to take actions in disregard of its BIT obligations. The Tribunal does not find a basis for such a conclusion either in the BITs or international law. Argentina is subject to both international obligations, i.e. human rights and treaty obligations, and must respect both of them. Under the circumstances of this case, Argentina’s human rights obligations and its investment treaty obligations are not inconsistent, contradictory, or mutually exclusive. Thus, as was discussed above, Argentina could have respected both types of obligations.“); *Phoenix Action, Ltd v. Czech Republic*, ICSID Case No. ARB/06/5, Award v. 15. April 2009, para. 78; *Aguas Provinciales de Santa Fe S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/17, Order in Response to a Petition for Transparency and Participation as amicus curiae v. 17. März 2006, para. 18; *Aguas Argentinas et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/19, Order in Response to a Petition for Transparency and Participation as amicus curiae v. 19. Mai 2005, para. 19 („The factor that gives this case particular public interest is that the investment dispute centers around the water distribution and sewage systems of a large metropolitan area, the city of Buenos Aires and surrounding municipalities. Those systems provide basic public services to millions of people and as a result may raise a variety of complex public and international law questions, including human rights considerations.“); siehe hierzu auch eingehender beispielsweise *Scheu*, *Systematische Berücksichtigung von Menschenrechten in Investitionsschiedsverfahren*, 217 ff., m.w.N.
- 63 *Tulip Real Estate and Development Netherlands B.V. v. Turkey*, ICSID Case No. ARB/11/28, Decision on Annulment v. 30. Dezember 2015, para. 86. Vgl. in diesem Zusammenhang auch beispielsweise *De Brabandere*, in: Krajewski/

## B. Der Innovationsimpuls:

### Völkervertragsrechtlicher Hierarchisierungsansatz der 2017 *Elements*

Die bislang im Vorgenannten dargestellten rechtsdogmatischen Ansätze aus der völkerrechtlichen Vertragsgestaltung, der gerichtlichen und schiedsgerichtlichen Praxis sowie dem Schrifttum mit dem Ziel einer angemessenen Berücksichtigung des Schutzes und der Verwirklichung der Menschenrechte im Kontext internationaler Handels- und Investitionsabkommen<sup>64</sup> sind im Grundsatz seit nunmehr bereits längerer Zeit bekannt und wurden schon bzw. werden natürlich auch aktuell noch intensiv und kontrovers diskutiert. Ein demgegenüber vergleichsweise neues und innovatives – und schon deswegen im Prinzip auch beachtenswertes – Steuerungskonzept bildet die Statuierung völkervertragsrechtlicher Vorrangklauseln, welche eine Höherrangigkeit der Verpflichtungen der Vertragsparteien aus internationalen Menschenrechtsverträgen gegenüber Verhaltensvorgaben aus bilateralen und multilateralen Handels- und Investitionsabkommen festlegen.

Der Vorschlag für einen solchen völkervertragsrechtlichen Hierarchisierungsansatz findet sich in der aktuellen internationalen Staatenpraxis in prominenter Weise insbesondere im Kontext der im Grundsatz natürlich bereits seit längerem eingehend und kontrovers geführten Diskussion über die Existenz und Notwendigkeit einer menschenrechtlichen Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen und ihre adäquate Verankerung in der internationalen Rechtsordnung;<sup>65</sup> namentlich und konkret im Zusammenhang mit den derzeitigen Verhandlungen über die Ausarbeitung und Verabschiedung eines völkerrechtlichen Abkommens mit dem Ziel einer Regulierung von Unternehmen im Bereich des Menschenrechtsschutzes, welche am 26. Juni 2014 durch Einsetzung einer entsprechenden Arbeitsgruppe auf Grundlage der Resolution 26/9 des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen ihren Ausgangspunkt nahmen.<sup>66</sup>

Hoffmann (Hrsg.), *Research Handbook on Foreign Direct Investment*, 619 („The interaction between foreign direct investment (FDI) and human rights is without doubt one of the most contentious issues surrounding the contemporary regulation of FDI.“).

64 Vgl. *supra* unter A.

65 Die Abhandlungen zu dieser Thematik sind mittlerweile mehr als Legion. Vgl. zu dieser Wahrnehmung auch u.a. *Henriksen*, *International Law*, 82 („a booming literature“); *Rühl*, *BDGIR* 50 (2020), 89 (92 Fn. 17) („überbordenden Literatur“); *Massoud*, in: *Nikol/Bernhard/Schniederjahn* (Hrsg.), *Transnationale Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen im Völkerrecht*, 37 (41) („kaum mehr zu überschauende Anzahl unterschiedlichster Überlegungen und Abhandlungen“). Vgl. exemplarisch statt vieler *Ruggie*, *Just Business – Multinational Corporations and Human Rights*, 1 ff.; *De Schutter*, in: *Bekker/Dolzer/Waibel* (Hrsg.), *Making Transnational Law Work in the Global Economy – Essays in Honour of Detlev Vagts*, 245 ff.; *Dörr*, *BDGIR* 50 (2020), 133 ff.; *Massoud*, *Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aktivitäten*, 19 ff.; *Nowrot*, *Philippine Law Journal* 80 (2006), 563 ff.; *ders.*, in: *Krajewski* (Hrsg.), *Staatliche Schutzpflichten und unternehmerische Verantwortung*, 3 ff.; *Weissbrodt*, *Minnesota Journal of International Law* 23 (2014), 135 ff.; *Kanalan*, *Die universelle Durchsetzung des Rechts auf Nahrung gegen transnationale Unternehmen*, 213 ff.; *Heinemann*, in: *Fastenrath u.a.* (Hrsg.), *From Bilateralism to Community Interest – Essays in Honour of Judge Bruno Simma*, 718 ff.; *McCorquodale*, in: *Hestermeyer/König/Matz-Lück u.a.* (Hrsg.), *Coexistence, Cooperation and Solidarity – Liber Amicorum Rüdiger Wolfrum*, Bd. I, 453 ff.; *Kolieb*, *Georgetown Journal of International Law* 50 (2019), 789 ff.; *Droubi*, *Notre Dame Journal of International and Comparative Law* 6 (2016), 119 ff.; *Arnold*, *Business and Human Rights Journal* 1 (2016), 255 ff.; *Brune*, *Menschenrechte und transnationale Unternehmen*, 35 ff.; *Zerk*, *Multinationals and Corporate Social Responsibility – Limits and Opportunities in International Law*, 2006; *López Latorre*, *Business and Human Rights Journal* 5 (2020), 56 ff. Für einen eingehenderen Überblick über größere Teile des einschlägigen Schrifttums bis Mitte der 2000er Jahre überdies z.B. *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 510 ff., m.umf.N.

66 Vgl. allgemein und eingehender zu diesem Prozess auch z.B. *Thielbörger/Ackermann*, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 24 (2017), 43 ff.; *Simons*, in: *Deva/Bilchitz* (Hrsg.), *Building a Treaty on Business and Human Rights*, 48 ff.; *Catá Backer*, in: *Deva/Bilchitz* (Hrsg.), *Building a Treaty on Business and Human Rights*, 105 ff.; *ders.*, *North Carolina Journal of International Law* 42 (2017), 417 ff.; *Deva*, in: *Deva/Bilchitz* (Hrsg.), *Building a Treaty on Business and Human Rights*, 154 ff.; *De Schutter*, *Business and Human Rights Journal* 1 (2015), 41 ff.; *Birchall*, *Suffok Transnational Law Review* 42 (2019), 289 ff.; *Bialek*, *Goettingen Journal of International Law* 9 (2019), 501 ff.; *Lopez*, *Business and Human Rights Journal* 2 (2017), 365 ff.; *Papalia*, *Perth International Law Journal* 3 (2018), 96 ff.; *Bilchitz*,

Auf der Basis dieser allerdings nur mit einer überschaubaren relativen Mehrheit von zwanzig zu vierzehn Stimmen bei dreizehn Enthaltungen angenommenen Resolution entschied der UN-Menschenrechtsrat „to establish an open-ended intergovernmental working group on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights; whose mandate shall be to elaborate an international legally binding instrument to regulate, in international human rights law, the activities of transnational corporations and other business enterprises“.<sup>67</sup>

Bereits im Rahmen der ersten Sitzungsperiode der Arbeitsgruppe im Juli 2015 wurde aus dem Kreise der beteiligten Staatenvertreter und Repräsentanten der Zivilgesellschaft der Vorschlag vorgebracht, in das geplante Vertragswerk einen Verweis auf das Primat der Menschenrechte vor anderen Bereichen der internationalen Rechtsordnung, namentlich vor Investitionsschutzverträgen, aufzunehmen.<sup>68</sup> Eine Konkretisierung – und vertragspraxisorientierte Operationalisierung – dieser Idee erfolgte dann während der zweiten Sitzungsperiode im Oktober 2016 auf der Grundlage der wohl namentlich von Repräsentanten anwesender NGOs geäußerten Anregung, dass das geplante Abkommen zur Regulierung von Unternehmen im Bereich des Menschenrechtsschutzes „should include a hierarchical clause establishing the primacy of human rights over trade and investment agreements“.<sup>69</sup>

Dieser Regelungsansatz fand dann auch in der Tat – und für manche sicherlich durchaus überraschenderweise – Eingang in das im Einklang mit den zeitlichen Rahmenvorgaben des UN-Menschenrechtsrates<sup>70</sup> vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe vorbereitete und am 29. September 2017 veröffentlichte Dokument, welches mögliche Elemente im Sinne von Inhalten und Steuerungskonzepten eines zukünftigen Vertragsentwurfes aufzeigte (2017 Elements).<sup>71</sup>

Business and Human Rights Journal 1 (2016), 203 ff.; *Cantú Rivera*, University of New South Wales Law Journal 40 (2017), 1200 ff.; *Cassell/Ramasastri*, Notre Dame Journal of International and Comparative Law 6 (2016), 1 ff.; *McConnell*, International and Comparative Law Quarterly 66 (2017), 143 ff.; *Markiewicz*, Minnesota Journal of International Law 26 (2017), 63 ff.; *Ford/Methven O'Brien*, University of New South Wales Law Journal 40 (2017), 1223 ff. Ausführlich zu dem im Jahre 2006 eingerichteten UN-Menschenrechtsrat selbst siehe u.a. *Higgins/Webb/Akande/Sivakumaran/Sloan*, Oppenheim's International Law, United Nations, Bd. II, 755 ff., m.w.N.

- 67 UN Human Rights Council, Resolution 26/9, Elaboration of an International Legally Binding Instrument on Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Respect to Human Rights, UN Doc. A/HRC/RES/26/9 v. 14. Juli 2014, para. 1.
- 68 Human Rights Council, Report on the First Session of the Open-ended Intergovernmental Working Group on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights, with the Mandate of Elaborating an Internationally Legally Binding Instrument, UN Doc. A/HRC/31/50 of 5 February 2016, para. 52 („One delegation asked whether it would be appropriate to include a reference to the primacy of human rights over international investment instruments. Some of the panellists noted that it was necessary to clarify the hierarchy between investment treaties and human rights treaties, and that interpretation of human rights should dictate the terms under which the investment instruments are adopted.“); siehe auch *ibid.*, para. 53 („Most NGOs agreed upon the recognition of the principle of hierarchy of human rights above other fields of international law, particularly commercial rules.“); vgl. hierzu auch z.B. *Bilchitz*, Business and Human Rights Journal 1 (2016), 203 (214 ff.); *Cantú Rivera*, University of New South Wales Law Journal 40 (2017), 1200 (1204) („One of the most important issues raised was the hierarchy of international law, particularly focusing on the clash between international human rights standards and bilateral investment agreements.“).
- 69 Human Rights Council, Report on the Second Session of the Open-ended Intergovernmental Working Group on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights, UN Doc. A/HRC/34/47 of 4 January 2017, para. 34. Vgl. hierzu auch u.a. *Krajewski*, Ensuring the Primacy of Human Rights in Trade and Investment Policies, 8 („During the second session of the Open-ended intergovernmental working group, a number of speakers and discussants raised the question of how a treaty on businesses and human rights might address the potential conflict between trade and investment policies and human rights, and called for treaty elements which would ensure the primacy of human rights.“).
- 70 UN Human Rights Council, Resolution 26/9, UN Doc. A/HRC/RES/26/9 v. 14. Juli 2014, para. 3 („Further decides that the Chairperson-Rapporteur of the open-ended intergovernmental working group should prepare elements for the draft legally binding instrument for substantive negotiations at the commencement of the third session of the working group on the subject, taking into consideration the discussions held at its first two sessions; [...]“).
- 71 Elements for the Draft Legally Binding Instrument on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights v. 29. September 2017, erhältlich im Internet unter: <[http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/WGTransCorp/Session3/LegallyBindingInstrumentTNCs\\_OBEs.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/WGTransCorp/Session3/LegallyBindingInstrumentTNCs_OBEs.pdf)> (zuletzt besucht am 10. September 2020).

Schon im Zusammenhang mit den Überlegungen zu den übergreifenden Prinzipien des möglichen Abkommens (Abschnitt 1.2 der 2017 Elements) findet sich ein Verweis auf die „[r]ecognition of the primacy of human rights obligations over trade and investment agreements“.<sup>72</sup> Überdies enthält der Abschnitt über die Zwecksetzungen des Vertrages (Abschnitt 1.4 der 2017 Elements) unter anderem den Vorschlag „[t]o reaffirm the primacy of human rights law over trade and investment agreements and establish specific State obligations in this regard“.<sup>73</sup> Und schließlich wird im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen (Abschnitt 10 der 2017 Elements) hinsichtlich der „elements that could be considered“ explizit die folgende Bestimmung angeführt: „Clause establishing the primacy of this instrument over other obligations from the trade and investment legal regimes“.<sup>74</sup>

Schon während der sich fast unmittelbar an die Veröffentlichung der 2017 Elements anschließenden dritten Sitzungsperiode der Arbeitsgruppe im Oktober 2017 wurden unter anderem gerade diese vorgeschlagenen Regelungsstrukturen durchaus intensiv und insbesondere auch kontrovers diskutiert. Zur Verdeutlichung seien hier nur einige der relevanten Auszüge aus dem Bericht zu dieser Sitzungsperiode angeführt: „One NGO welcomed a provision in the section on general provisions regarding the primacy of a future instrument over other obligations from trade and investment legal regimes.“<sup>75</sup> „While several NGOs called for the instrument to clearly assert the primacy of human rights over trade and investment agreements, one delegation highlighted that there was no hierarchy among norms in international law, with the exception of *jus cogens* norms.“<sup>76</sup> „Many delegations and NGOs welcomed the recognition of the primacy of human rights obligations over trade and investment agreements. However, one regional organization and other delegations questioned the legal basis for that and wondered how it would apply in law and practice. It was queried whether this would require the renegotiation of existing treaties, and whether that implied that States could disregard provisions of trade and investment treaties, citing human rights. One delegation asked how the primacy of human rights obligations would be considered, taking into account the report on fragmentation of international law of the International Law Commission.“<sup>77</sup>

Aus den im Rahmen der anschließenden Konsultationsphase zu den 2017 Elements eingegangenen Stellungnahmen von Staaten und anderen interessierten Akteuren erscheinen hier im vorliegenden Kontext vor allem die entsprechenden Anmerkungen von Singapur hervorhebenswert: „Singapore also notes that the principle in the sixth bullet point i.e. ‘recognition of the primacy of human rights obligations over trade and investment agreements’, has no basis in current international legal norms. This principle is also found in sections 1.4 (Objectives) and 3.1 (Obligations of State) i.e. ‘primacy of human rights over pecuniary or other interests of corporations’. While we understand that the underlying rationale of this principle is to address the potential limitations imposed by trade and investment agreements on a State’s ability to regulate harmful corporate conduct in its domestic law, which we acknowledge to be a legitimate concern, we have a few concerns with this. It is uncertain what practical implementation of this principle will entail, in the context of states’ existing international legal obligations, especially vis-à-vis non-states parties to the LBI [Legally Binding Instrument]. As such, not only would the principle be difficult to implement in law, the possibility that it could potentially

72 *Ibid.*, S. 3.

73 *Ibid.*, S. 4.

74 *Ibid.*, S. 14.

75 Human Rights Council, Report on the Third Session of the Open-ended Intergovernmental Working Group on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights, UN Doc. A/HRC/37/67 of 24 January 2018, para. 124.

76 *Ibid.*, para. 32.

77 *Ibid.*, para. 44.

conflict with States' existing treaty obligations may also prevent States from becoming party to the LBI. We are also concerned that States could disregard obligations in trade and investment treaties under the guise of protecting human rights."<sup>78</sup>

Schon diese wenigen Diskussionsbeiträge und Stellungnahmen lassen erahnen, dass die Statuierung einer solchen völkervertragsrechtlichen Vorrangklausel, welche eine Hierarchie zwischen den Rechtspflichten der Vertragsparteien aus einem oder mehreren internationalen Menschenrechtsabkommen und den normativen Verhaltensvorgaben aus multilateralen oder bilateralen Handels- und Investitionsverträgen etabliert, zumindest das Potential aufweist, sowohl aus übergreifender rechtsdogmatischer Perspektive als auch im Hinblick auf ihre Umsetzung und Konsequenzen in der Völkerrechtspraxis eine ganze Reihe von Herausforderungen mit sich zu bringen. Und bereits vor diesem Hintergrund erscheint es denn auch angemessen und potentiell gewinnbringend, sich diesem Regelungsansatz etwas näher zuzuwenden. Ein solcher Versuch soll im Folgenden auf der Basis einiger Gedanken und Überlegungen – nicht mehr als das – unternommen werden.

78 Comments by Singapore on the Draft Elements for the Legally Binding Instrument on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights, para. 4, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/WGTransCorp/Session3/Pages/WrittenContributionsDraftElements.aspx>> (zuletzt besucht am 10. September 2020).

## C. Der Kern: Vorrangklauseln und ihre völkerrechtlichen Wirkungskreise

Zwar hält die internationale Rechtsordnung bekanntermaßen auch eine Reihe handlungsanleitender Maxime im Sinne allgemeiner Kollisionsregeln zur Auflösung von Konflikten zwischen konkurrierenden Verpflichtungen aus internationalen Verträgen für die – in der Völkerrechtspraxis immer noch vergleichsweise häufigen – Fälle bereit, dass die Vertragsparteien selbst keine spezifischen Bestimmungen zur Regelung dieser Fragestellung in die entsprechenden Abkommen aufgenommen haben.<sup>79</sup> Hierzu gehören unter anderem die *lex posterior*-Regel, welche auch in Art. 30 Abs. 3 und 4 WVRK ihren Niederschlag gefunden hat,<sup>80</sup> der nicht in der WVRK kodifizierte *lex specialis*-Grundsatz<sup>81</sup> sowie das *lex prior*-Prinzip, welches allerdings in der Völkerrechtspraxis keine nennenswerte Anerkennung gefunden hat.<sup>82</sup>

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der mit der Anwendung dieser allgemeinen Kollisionsregeln in der Rechtspraxis verbundenen Herausforderungen und Unsicherheiten findet sich gleichwohl namentlich im Schrifttum auch immer wieder die Anregung, dass Staaten und andere vertragsschlussfähige Völkerrechtssubjekte im Rahmen ihrer Verhandlungen über die inhaltliche Ausgestaltung von Abkommen von der Option einer Statuierung von Vertragsbestimmungen Gebrauch machen sollten, welche eine ausdrückliche Regelung für das Verhältnis zwischen dem abzuschließenden Abkommen und schon existierenden bzw. zukünftig abzuschließenden Verträgen beinhalten.<sup>83</sup> Zu diesen im Einzelnen in ihrer Regelungsintention

79 Allgemein und eingehender zur Vertragskonkurrenz im Völkerrecht und den hiermit zusammenhängenden Fragestellungen und Herausforderungen vgl. z.B. *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/3, 680 ff.; *Lord McNair*, The Law of Treaties, 218 ff.; *Matz*, Wege zur Koordinierung völkerrechtlicher Verträge, 1 ff.; *Sadat-Akhavi*, Methods of Resolving Conflicts between Treaties, 47 ff.; *Borgen*, in: Hollis (Hrsg.), The Oxford Guide to Treaties, 448 ff.; *Ranganathan*, in: Tams/Tzanakopoulos/Zimmermann (Hrsg.), Research Handbook on the Law of Treaties, 447 ff.

80 Zur Anwendung der *lex posterior*-Regel im vorliegenden Kontext und ihrer Kodifizierung in Art. 30 WVRK siehe u.a. Fragmentation of International Law: Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law, Report of the Study Group of the International Law Commission, finalized by *M. Koskenniemi*, UN Doc. A/CN.4/L.682 v. 13. April 2006, paras. 243 ff.; *Aufrecht*, Cornell Law Quarterly 37 (1952), 655 ff.; *Finke*, in: Tams/Tzanakopoulos/Zimmermann (Hrsg.), Research Handbook on the Law of Treaties, 415 (427 ff.); *Mus*, Netherlands International Law Review 45 (1998), 208 (219 ff.).

81 Hinsichtlich der Relevanz des *lex specialis*-Grundsatzes als Kollisionsregel zur Lösung von Normenkonflikten siehe z.B. *Borgen*, in: Hollis (Hrsg.), The Oxford Guide to Treaties, 448 (466 ff.); *Boyle/Chinkin*, The Making of International Law, 252 ff.; Fragmentation of International Law: Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law, Report of the Study Group of the International Law Commission, finalized by *M. Koskenniemi*, UN Doc. A/CN.4/L.682 v. 13. April 2006, paras. 56 ff.; *Ghouri*, Asian Journal of International Law 2 (2012), 235 (252 ff.); *Michaels/Pauwelyn*, in: Broude/Shany (Hrsg.), Multi-Sourced Equivalent Norms in International Law, 19 (33 ff.).

82 Zur *lex prior*-Regel als Kollisionsprinzip im Völkervertragsrecht und ihrer eher untergeordneten Bedeutung in der Rechtspraxis vgl. exemplarisch *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/3, 696; Fragmentation of International Law: Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law, Report of the Study Group of the International Law Commission, finalized by *M. Koskenniemi*, UN Doc. A/CN.4/L.682 v. 13. April 2006, paras. 236 ff.; *Zuleeg*, German Yearbook of International Law 20 (1977), 246 (262 ff.); *Matz-Lück*, Treaties, Conflicts between, Rn. 17, in: Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. September 2020).

83 Zu dieser Wahrnehmung bereits *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/3, 696; siehe exemplarisch in diesem Zusammenhang *Aust*, Modern Treaty Law and Practice, 194 („When drafting a treaty one should always consider whether there should be a provision on its relationship to other treaties.“); *Wilting*, Vertragskonkurrenz im Völkerrecht, 66 („Vertragsklauseln zählen zweifelsfrei zum wirkungsvollsten Mittel zur Lösung von Vertragskonkurrenzen, da sie am ehesten in der Lage sind, Konkurrenzsituationen zu lösen, [...]“); *Jenks*, British Yearbook of International Law 30 (1953), 401 (431) („A precaution which may frequently be useful [...]“); *Borgen*, George Washington International Law Review 37 (2005), 573 (584) („The best solution to treaty conflicts is to prevent potential problems from occurring in the first place. Thoughtful drafting of treaty provisions is probably the most effective way to avoid or resolve potential treaty conflicts.“); *Matz-Lück*, Treaties, Conflict Clauses, Rn. 15, in: Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. September 2020) („Despite certain shortcomings though, savings clauses are important and may even be the best available mechanism in

und ihrem Inhalt unterschiedlichen Typen von Vorschriften gehören auch die im vorliegenden Kontext relevanten Vorrangklauseln.<sup>84</sup> Hierbei handelt es sich um Vertragsbestimmungen, welche im Fall einer Vertragskonkurrenz die vorrangige Berücksichtigung und Anwendung der normativen Verhaltensvorgaben eines der konkurrierenden völkerrechtlichen Abkommen anordnen<sup>85</sup> und auf diese Weise hierarchische Elemente in das Verhältnis zweier oder mehrerer Abkommen zueinander einführen.<sup>86</sup>

Völkerrechtliche Vorrangregeln, welche – gleichsam als umgekehrter Fall zu den in Art. 30 Abs. 2 WVRK anvisierten „Nachrangigkeitsklauseln“<sup>87</sup> – eine prioritäre, normhierarchisch höherrangige Relevanz und Anwendung des verweisenden Abkommens gegenüber anderen internationalen Verträgen konstituieren, sind zwar kein omnipräsenter, aber gleichwohl ein in der heutigen Rechtspraxis im transnationalen System durchaus gebräuchlicher positivrechtlicher Steuerungsansatz zur Regelung von Vertragskonkurrenzen in der internationalen Rechtsordnung.<sup>88</sup> Seinen prominentesten Ausdruck hat dieser hierarchische Regelungsansatz im Völkervertragsrecht in der Vorschrift des Art. 103 UN-Charta gefunden: „Widersprechen sich die Verpflichtungen von Mitgliedern der Vereinten Nationen aus dieser Charta und ihre Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, so haben die Verpflichtungen aus dieser Charta Vorrang.“<sup>89</sup> Weitere Beispiele – mit jeweils unterschiedlichen Formulierungen und teilweise in Gestalt qualifizierter Vorrangregelungen<sup>90</sup> – bilden Art.

preventing or settling contradictions between various international treaties.“); *Czaplinksi/Danilenko*, Netherlands Yearbook of International Law 21 (1990), 3 (13) („The best way of avoiding conflicts between treaties is to include compatibility clauses in the treaty texts; [...]“); *von der Decken*, in: Dörr/Schmalenbach (Hrsg.), Vienna Convention on the Law of Treaties, Article 30, Rn. 17 („They may be the best mechanism to prevent or solve contradictions between various treaties.“); ILC, Third Report on the Law of Treaties, by *Sir Humphrey Waldock*, Yearbook of the International Law Commission 1964 II, 6 (37) („The practice of inserting a clause in a treaty for the purpose of determining the relation of its provisions to those of other treaties entered into by the contracting States appears to be on the increase, and is clearly to be recommended whenever there is a possibility of a conflict.“); sowie ILC, Fragmentation of International Law: Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law, Conclusions of the Work of the Study Group, Yearbook of the International Law Commission 2006, Bd. II, Part 2, 177 (182) („When States enter into a treaty that might conflict with other treaties, they should aim to settle the relationship between such treaties by adopting appropriate conflict clauses.“).

84 Zu weiteren Typen von Vertragsklauseln zur Lösung von Vertragskonflikten vgl. *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/3, 696 ff.; *Wilting*, Vertragskonkurrenz im Völkerrecht, 67 ff.; *Sadat-Akhavi*, Methods of Resolving Conflicts between Treaties, 85 ff.; *Wolfrum/Matz*, Conflicts in International Environmental Law, 120 ff.; *Matz-Lück*, Treaties, Conflict Clauses, Rn. 7 ff., in: Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. September 2020).

85 So beispielsweise bereits *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/3, 698; *Wilting*, Vertragskonkurrenz im Völkerrecht, 73.

86 *Matz*, Wege zur Koordinierung völkerrechtlicher Verträge, 260.

87 *von der Decken*, in: Dörr/Schmalenbach (Hrsg.), Vienna Convention on the Law of Treaties, Article 30, Rn. 16; *Zuleeg*, German Yearbook of International Law 20 (1977), 246 (252); *Mus*, Netherlands International Law Review 45 (1998), 208 (214 f.).

88 Zu dieser Wahrnehmung auch u.a. bereits *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/3, 691 („Solche sog. Vorrangklauseln sind in der Staatenpraxis nicht selten.“); *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 15, Rn. 18; *Matz-Lück*, Treaties, Conflict Clauses, Rn. 6, in: Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. September 2020) („the inclusion of saving clauses continues to gain practical relevance“); vgl. aber auch *Krajewski*, Völkerrecht, 85 („Diese [Vorrangregeln] sind im Völkerrecht eher selten.“).

89 Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945, abgedruckt in: Documents of the United Nations Conference on International Organization, Bd. 15, 1945, 336; BGBl. 1973 II, 431; mit nachfolgender Änderung, abgedruckt in: BGBl. 1974 II, 769. Zu dem im Einzelnen umstrittenen Regelungsgehalt des Art. 103 UN-Charta vgl. z.B. *Paulus/Leiß*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), Charter of the United Nations, Bd. 2, Art. 103, Rn. 1 ff.; *Liivoja*, International and Comparative Law Quarterly 57 (2008), 583 ff.; *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/3, 688 ff.; *MacDonald*, Canadian Yearbook of International Law 25 (1987), 115 (119 ff.); *Sciso*, Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht 38 (1987), 161 ff.; sowie bereits *Kelsen*, University of Pittsburgh Law Review 10 (1949), 284 ff.

90 Speziell zu qualifizierten Vorrangklauseln in völkerrechtlichen Verträgen siehe *Matz-Lück*, Treaties, Conflict Clauses, Rn. 13, in: Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. September 2020); *dies.*, Wege zur Koordinierung völkerrechtlicher

8 des Nordatlantikvertrages,<sup>91</sup> Art. 311 Abs. 1, 2, 3 und 6 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen,<sup>92</sup> Art. 16 Abs. 2 des Vertrages über die Energiecharta,<sup>93</sup> Art. 18 des Vertrages über das Verbot von Kernwaffen,<sup>94</sup> Art. 11 Abs. 1 des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung,<sup>95</sup> Art. XII des Internationalen Übereinkommens von 1992 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden,<sup>96</sup> Art. 32 Abs. 3 des Investment Agreement for the Common Market for Eastern and Southern Africa (COMESA) Common Investment Area<sup>97</sup> sowie Art. 22 Abs. 1 des Übereinkommens über die biologische Vielfalt.<sup>98</sup>

Dieser Regelungsansatz einer völkervertragsrechtlichen Hierarchisierung im Verhältnis zweier oder mehrerer Abkommen auf der Grundlage von Vorrangklauseln hat namentlich im Vergleich zur Auslegungsmethode nach Art. 31 Abs. 3 lit. c WVRK schon deswegen den Vorteil einer prinzipiell effektiveren Beachtungswirkung der von ihm erfassten positivrechtlichen Verhaltensvorgaben, weil jene systematische integrierende Interpretation unter anderem zunächst einmal das Vorliegen eines auslegungsbedürftigen Rechtssatzes zur Voraussetzung hat,<sup>99</sup> eine Anforderung, die zwar schon angesichts der bekannten und regelmäßig betonten – um nur einige entsprechende Charakterisierungen zu nennen – „Vagheit der Sprache des Rechts“<sup>100</sup> dem „limit, inherent in the nature of language, to the guidance which general language can provide“,<sup>101</sup> den „inherent defects of language“<sup>102</sup> bzw. der „Leistungsgrenze des vom Gesetz-

Verträge, 267 f.

- 91 North Atlantic Treaty v. 4. April 1949, abgedruckt in: 34 UNTS 243. Eine vergleichbare Vorrangklausel fand sich überdies auch in Art. 7 des so genannten „Warschauer Pakts“ [Treaty of Friendship, Co-operation and Mutual Assistance] v. 14. Mai 1955, abgedruckt in: 219 UNTS 3.
- 92 Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen v. 10. Dezember 1982, abgedruckt in: 1833 UNTS 3; BGBl. 1994 II, 1799.
- 93 Vertrag über die Energiecharta vom 17. Dezember 1994, abgedruckt in: 2080 UNTS 100; BGBl. 1997 II, 5; I.L.M. 34 (1995), 381. Vgl. zu den Besonderheiten des Art. 16 Energiechartavertrag auch u.a. *Aust*, *Modern Treaty Law and Practice*, 201 („The best of both worlds“).
- 94 Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, UN Doc. A/CONF.229/2017/8 v. 7. Juli 2017. Speziell zur Vorrangklausel des Art. 18 Atomwaffenverbotsvertrag siehe *Nowrot*, in: Paech/Nowrot (Hrsg.), *Krieg und Frieden im Völkerrecht*, 110 (118 f.), m.w.N.
- 95 Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung v. 22. März 1989, abgedruckt in: 1673 UNTS 57; BGBl. 1994 II, 2704. Allgemein zu Vorrangklauseln in internationalen Umweltabkommen vgl. eingehender *Wolfrum/Matz*, *Conflicts in International Environmental Law*, 122 ff., m.w.N.
- 96 Internationales Übereinkommens von 1992 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden v. 27. November 1992, abgedruckt in: BGBl. 1996 II, 671.
- 97 Investment Agreement for the COMESA Common Investment Area v. 23. Mai 2007, erhältlich im Internet unter: <<https://investmentpolicy.unctad.org/international-investment-agreements/treaties/treaties-with-investment-provisions/3225/comesa-investment-agreement>> (zuletzt besucht am 10. September 2020).
- 98 Übereinkommen über die biologische Vielfalt v. 5. Juni 1992, abgedruckt in: 1760 UNTS 79; BGBl. 1993 II, 1741.
- 99 So auch bereits u.a. *Matz-Lück*, *Treaties, Conflicts between*, Rn. 22 f., in: *Wolfrum* (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. September 2020).
- 100 *Alexy*, *Theorie der juristischen Argumentation*, 17; vgl. hierzu auch *Dworkin*, *Law's Empire*, 104 ff. („The Flexibility of Legal Language“); *Bix*, *Law, Language and Legal Determinacy*, 7 ff.; *Bianchi*, in: *Bekker/Dolzer/Waibel* (Hrsg.), *Essays in Honour of Detlev Vagts*, 34 (36 ff.); sowie bereits *Madison*, *The Federalist No. 37*, in: *The Federalist Papers*, 175 (179) („All new laws, though penned with the greatest technical skill, and passed on the fullest and most mature deliberation, are considered as more or less obscure and equivocal, until their meaning be liquidated and ascertained by a series of particular discussions and adjudications.“).
- 101 *Hart*, *Concept of Law*, 126; vgl. hierzu auch *ders.*, in: *ders.*, *Recht und Moral*, 14 (29 ff.); sowie statt vieler *MacCormick/Summers*, in: *dies.* (Hrsg.), *Interpreting Statutes*, 511 (516 f.); *Fastenrath*, in: *ders.* u.a. (Hrsg.), *Essays in Honour of Judge Bruno Simma*, 58 (64).
- 102 *Merkouris*, in: *Fitzmaurice/Elias/Merkouris* (Hrsg.), *Treaty Interpretation and the Vienna Convention on the Law of Treaties*, 1 (6).

geber benutzten *Steuerungs-codes*“<sup>103</sup> regelmäßig erfüllt sein dürfte,<sup>104</sup> aber eben nicht in jedem Fall – und dies gilt auch für das Verhältnis zwischen Menschenrechtsabkommen und wirtschaftsvölkerrechtlichen Verträgen – als gegeben angesehen werden kann.<sup>105</sup> Überdies basiert der Interpretationsansatz des Art. 31 Abs. 3 lit. c WVRK auf dem Grundgedanken – und dem Erfordernis – der prinzipiellen Gleichrangigkeit der entsprechenden Vertragsregime;<sup>106</sup> zielt also im Unterschied zu Vorrangklauseln nicht auf eine Priorisierung einzelner (menschentlicher) Verhaltensvorgaben ab, sondern – gleichsam eben „nur“ – auf einen angemessenen integrierenden Ausgleich im Sinne der Herstellung einer praktischen Konkordanz zwischen den im Einzelfall in einem Spannungsverhältnis stehenden normhierarchisch gleichrangigen Rechtspflichten der Vertragsparteien.<sup>107</sup>

Im Hinblick auf die effektive Anwendung in der völkerrechtlichen Vertragspraxis wird überdies im Schrifttum zu Recht regelmäßig die Bedeutung einer präzisen Formulierung und inhaltlichen Konkretisierung von Vorrangklauseln in der Phase der Vertragsgestaltung hervorgehoben.<sup>108</sup> Vor diesem Hintergrund bietet sich im vorliegenden Zusammenhang der derzeitigen Verhandlungen über die Ausarbeitung und Verabschiedung eines völkerrechtlichen Abkommens mit dem Ziel einer Regulierung von Unternehmen im Bereich des Menschenrechtsschutzes die Überlegung an, ob zur weiteren regulatorischen Effektivitätssteigerung die anvisierte Vorrangklausel konkretisierende Vorgaben beispielsweise in Gestalt einer präziseren Definition der relevanten Charakteristika der normhierarchisch untergeordneten multilateralen und bilateralen Handels- bzw. Investitionsabkommen statuieren sollte. Weiterhin gilt es zumindest darüber nachzudenken, ob das anvisierte Vertragswerk sich auf eine hierarchische Vorrangstellung der in ihm enthaltenen Verhaltensvorgaben beschränkt oder die dort verankerte Vorrangregel auch vertragsexterne Rechtspflichten aus anderen internationalen Menschenrechtsabkommen bzw. dem Bereich des völkergewohnheitsrechtlichen Menschenrechtsschutzes mitumfasst.<sup>109</sup>

103 *Schünemann*, in: Kohlmann (Hrsg.), Festschrift für Ulrich Klug, Bd. I, 169 (176); zustimmend u.a. *Dreier*, Hierarchische Verwaltung im demokratischen Staat, 167.

104 Vgl. zu diesem Befund überdies statt vieler *Nowrot*, Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft, 96 ff., m.w.N.

105 Hierzu überzeugend mit entsprechenden Beispielen *Krajewski*, Ensuring the Primacy of Human Rights in Trade and Investment Policies, 15.

106 Deutlich zu diesem Erfordernis z.B. *Dörr*, in: ders./Schmalenbach (Hrsg.), Vienna Convention on the Law of Treaties, Article 31, Rn. 102 („another treaty cannot be ‘relevant’ in this sense, if it is intended by its parties to be of lower rank than the treaty under interpretation“); vgl. auch *ibid.*, Rn. 73, sowie aus der Rechtspraxis u.a. WTO, *Chile – Price Band System and Safeguard Measures Relating to Certain Agricultural Products*, Report of the Panel v. 3. Mai 2002, WT/DS207/R, paras. 7.83 ff.

107 So auch unter anderem *van Aaken*, Indiana Journal of Global Legal Studies 16 (2009), 483 (501). Zur Relevanz der Ordnungsidee praktischer Konkordanz im vorliegenden Kontext vgl. auch bereits *supra* unter A. Anders – und damit einen noch eingeschränkteren Anwendungsbereich dieser Auslegungsregel annehmend – jedoch beispielsweise *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 14, Rn. 14 („Art. 31 Abs. 3 lit. c) WVK [ist] kein Auftrag zur Herstellung praktischer Konkordanz zu entnehmen“).

108 Exemplarisch hierzu *Matz-Lück*, Treaties, Conflict Clauses, Rn. 16, in: Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. September 2020) („The drafting of the specific clause is decisive for its effectiveness. When the wording gives rise to difficulties concerning its interpretation and to controversy, a savings clause may fail to achieve its aim and the uncertainty as to which treaty’s provisions prevail in case of conflict may weaken the implementation of an agreement vis-à-vis other international instruments.“); *Matz*, Wege zur Koordinierung völkerrechtlicher Verträge, 262 („Die Tauglichkeit einer Konkurrenzklausele zur Konfliktlösung hängt einerseits unmittelbar von ihrer Klarheit ab.“); und *ibid.*, 263 („Allerdings können Schwierigkeiten bei der Auslegung von Konkurrenzbestimmungen in besonderem Maße zu Unsicherheiten bei der Anwendung der betreffenden Verträge beitragen. Die Klarheit der Formulierung von Konkurrenzklauseln betrifft maßgeblich auch die Funktion der Klauseln, d.h. die Bestimmung, welche vertraglichen Regeln ein Staat anwenden muss.“); *Müller*, Reformhindernisse im internationalen Investitionsrecht, 126; sowie speziell im vorliegenden Kontext *Krajewski*, Ensuring the Primacy of Human Rights in Trade and Investment Policies, 25 („a supremacy clause would need to contain clear language“).

109 Hierzu sowie zu den mit einem erweiterten Regelungsansatz möglicherweise verbundenen Herausforderungen vgl.

Ferner ist durchaus zu erwägen, ob in die Vorrangklausel auch eine spezifische Definition des Begriffs des Normenkonflikts – und damit der Weite ihres Anwendungsbereichs – aufgenommen werden sollte. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass die Vertragsparteien – wiederum mit dem Ziel einer möglichen Verbesserung der Wirksamkeit dieser Bestimmung in der Rechtspraxis – den Anwendungsbereich der Vorrangklausel nicht auf so genannte echte Normenkonflikte bzw. Normenkonflikte im engeren Sinne beschränken wollen, welche eine Situation voraussetzen, in der eine Vertragsbestimmung den Parteien eine Verpflichtung auferlegt, die sich mit einer anderen anwendbaren Norm als unvereinbar darstellt<sup>110</sup> und damit nur Konstellationen erfasst, die im völkerrechtliche Verhältnis zwischen Menschenrechtsverträgen und internationalen Wirtschaftsabkommen wohl nur ausgesprochen selten vorliegen.<sup>111</sup> Namentlich eine intendierte Ausdehnung des Anwendungsbereichs der völkervertragsrechtlichen Vorrangklausel auf so genannte unechte Normenkonflikte, Divergenzen bzw. Normenkonflikte im weiteren Sinne, welche – entgegen der klassischen und wohl auch gegenwärtig noch vorherrschenden Auffassung in Völkerrechtspraxis und Schrifttum<sup>112</sup> – das Vorliegen eines entsprechenden Konfliktes bereits dann bejahen, wenn beispielsweise die Bestimmungen eines Abkommens eine spezifische Vorgehensweise ausdrücklich gestatten bzw. sogar empfehlen, welche durch die Verhaltensvorgaben eines anderen anwendbaren Vertrages verboten sind,<sup>113</sup> würde also durch eine ausdrückliche Klarstellung im Vertragstext in ihrer Umsetzung begünstigt bzw. überhaupt erst ermöglicht.<sup>114</sup>

Was nun die Frage nach den völkerrechtlichen Wirkungskreisen einer solchen vertraglich statuierten Vorrangklausel angeht, so ist zunächst zu konstatieren, dass sie im Hinblick auf zukünftige Handels- und Investitionsabkommen, an denen ausschließlich Vertragsparteien des derzeit verhandelten Abkommens über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen mitwirken, unproblematisch Anwendung findet und insoweit einen im Prinzip effektiven Regelungsansatz darstellt, um das Primat der Menschenrechte in den völkervertragsrechtlichen Ordnungsstrukturen des internationalen Wirtschaftssystems zu verankern. Gleiches gilt für bereits aktuell existierende Handels- und Investitionsabkommen, soweit wiederum deren

auch bereits kurz *Krajewski*, Ensuring the Primacy of Human Rights in Trade and Investment Policies, 25 f.

110 Zu diesem Verständnis von Normenkonflikten im engeren Sinne im Völkerrecht vgl. z.B. WTO, *Indonesia – Certain Measures Affecting the Automobile Industry*, Report of the Panel v. 2. Juli 1998, WT/DS54/R, WT/DS55/R, WT/DS59/R, WT/DS64/R, para. 14.28 Fn. 649 („the provisions must conflict, in the sense that the provisions must impose mutually exclusive obligations“); WTO, *Turkey – Restrictions on Imports of Textile and Clothing Products*, Report of the Panel v. 31. Mai 1999, WT/DS34/R, para. 9.92; *Jenks*, British Yearbook of International Law 30 (1953), 401 (426) („A conflict in the strict sense of direct incompatibility arises only where a party to the two treaties cannot simultaneously comply with its obligations under both treaties.“); *Marceau*, Journal of World Trade 35 (2001), 1081 (1082 ff.); *Matz*, Wege zur Koordinierung völkerrechtlicher Verträge, 11; *Vranes*, European Journal of International Law 17 (2006), 395 (401 ff.); *Krajewski*, Völkerrecht, 84.

111 Zu dieser Wahrnehmung exemplarisch *Krajewski*, Ensuring the Primacy of Human Rights in Trade and Investment Policies, 26 („Conflicts like these are rare in international law and arguably they do not exist in the relationship between trade and investment agreements on the one side, and human rights obligations on the other.“).

112 So z.B. die Wahrnehmung von *Vranes*, European Journal of International Law 17 (2006), 395 (401). Anders allerdings unter anderem *Paulus/Leiß*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), Charter of the United Nations, Bd. 2, Art. 103, Rn. 33 („The prevailing opinion adopts a rather broad view on the definition of conflict that also covers incompatibilities between obligations and permissions.“).

113 Allgemein zu diesen Divergenzen bzw. Normenkonflikten im weiteren Sinne im Völkerrecht siehe unter anderem *Matz*, Wege zur Koordinierung völkerrechtlicher Verträge, 12 ff.; *Matz-Lück*, Treaties, Conflicts between, Rn. 6, in: Wolf- rum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. September 2020); *Krajewski*, Völkerrecht, 84 f.; *Vranes*, European Journal of International Law 17 (2006), 395 (406 ff.); *Jenks*, British Yearbook of International Law 30 (1953), 401 (425 ff.); *Milanovic*, Duke Journal of Comparative and International Law 20 (2009), 69 (72 ff.); Fragmentation of International Law: Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law, Report of the Study Group of the International Law Commission, finalized by *M. Koskeniemi*, UN Doc. A/CN.4/L.682 v. 13. April 2006, paras. 24 f.

114 Vgl. zu dieser Überlegung auch bereits *Krajewski*, Ensuring the Primacy of Human Rights in Trade and Investment Policies, 26.

Vertragsparteien ausnahmslos auch dem Abkommen zu Unternehmen und Menschenrechten beigetreten sind. Selbst wenn eine solche Rückwirkung auf bestehende wirtschaftsvölkerrechtliche Verträge nicht ausdrücklich in der Vorrangklausel statuiert sein sollte, kann sie sich aus einer teleologischen Interpretation einer entsprechend offen formulierten Bestimmung ergeben. In diesem Zusammenhang sei hier beispielsweise auf die Vorschrift des Art. 103 UN-Charta verwiesen, welche jedenfalls nach ganz überwiegend vertretener Auffassung auch rückwirkend auf völkerrechtliche Verträge zwischen UN-Mitgliedstaaten vor Inkrafttreten der UN-Charta Anwendung findet.<sup>115</sup> Überdies lässt sich ein solch rückwirkender Effekt der Vorrangklausel durch Rekurs auf die *lex posterior*-Regel, welche auch in Art. 30 Abs. 3 und 4 WVRK ihren Niederschlag gefunden hat, begründen; jedenfalls soweit man im vorliegenden Kontext das Erfordernis der „Verträge über denselben Gegenstand“ im Sinne des Art. 30 Abs. 1 WVRK als gegeben ansieht.<sup>116</sup>

Gänzlich anders stellt sich allerdings die Rechtslage in Bezug auf gegenwärtige und zukünftige Handels- sowie Investitionsabkommen dar, an denen ausschließlich Nicht-Vertragsparteien des derzeit verhandelten Abkommens über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen beteiligt sind. Schon angesichts der grundsätzlichen Relativität völkervertragsrechtlicher Verpflichtungen, wie sie namentlich auch in der *pacta tertiis*-Regel des Art. 34 WVRK ihren positivrechtlichen Niederschlag erlangt hat,<sup>117</sup> finden vertraglich statuierte Vorrangklauseln im Verhältnis zwischen nicht am jeweiligen Abkommen beteiligten Drittstaaten keine unmittelbare Anwendung.<sup>118</sup> Zwar wird namentlich im Hinblick auf die umfassende Vorrangklausel des Art. 103 UN-Charta insbesondere angesichts eines konstatierten Verfassungscharakters der UN-Charta insgesamt<sup>119</sup> sowie im Lichte der Regelung des Art. 2 Abs. 6 UN-Charta in Teilen des völkerrechtlichen Schrifttums gelegentlich angenommen, dass diese Hierarchieregelung auch in den völkervertragsrechtlichen Beziehungen zwischen Nicht-UN-Mitgliedstaaten Rechtswirkung entfaltet.<sup>120</sup>

Ganz abgesehen von der wohl eher zurückhaltend zu beantwortenden Frage der Vergleichbarkeit von UN-Charta einerseits und dem derzeit verhandelten Abkommens über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen andererseits, ist eine solche Ausnahme von dem in Art. 34 WVRK niedergelegten *pacta tertiis*-Grundsatz<sup>121</sup> jedoch auch schon in Bezug

115 So beispielsweise *Kelsen*, *University of Pittsburgh Law Review* 10 (1949), 284 (285); *ders.*, *The Law of the United Nations*, 112; *Lord McNair*, *The Law of Treaties*, 218; *Aust*, *Modern Treaty Law and Practice*, 195; *Paulus/Leiß*, in: *Simma/Khan/Nolte/Paulus* (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 2, Art. 103, Rn. 49; *Matz*, *Wege zur Koordination völkerrechtlicher Verträge*, 270.

116 Allgemein zu diesem Tatbestandsmerkmal vgl. statt vieler *von der Decken*, in: *Dörr/Schmalenbach* (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties*, Article 30, Rn. 12 m.w.N.

117 Eingehender zur *pacta tertiis*-Regel im Völkervertragsrecht vgl. beispielsweise *Proelß*, in: *Dörr/Schmalenbach* (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties*, Article 34, Rn. 1 ff.; *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/3, 613 ff.; *Jennings/Watts*, *Oppenheim's International Law*, Bd. I, Parts 2 to 4, 1260 ff.; *Aust*, *Modern Treaty Law and Practice*, 227 ff.; *Crawford*, *Brownlie's Principles of Public International Law*, 370 f.; *Verdross/Simma*, *Völkerrecht*, §§ 757 ff.

118 Siehe zu diesem Befund exemplarisch *Mus*, *Netherlands International Law Review* 45 (1998), 208 (216); *Matz-Lück*, *Treaties, Conflict Clauses*, Rn. 4, in: *Wolfrum* (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. September 2020); *von der Decken*, in: *Dörr/Schmalenbach* (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties*, Article 30, Rn. 18; *Wiltung*, *Vertragskonkurrenz im Völkerrecht*, 74; sowie speziell im vorliegenden Kontext auch schon *Krajewski*, *Ensuring the Primacy of Human Rights in Trade and Investment Policies*, 25.

119 Zur Diskussion über den Verfassungscharakter der UN-Charta allgemein vgl. statt vieler *Dupuy*, *Max Planck Yearbook of United Nations Law* 1 (1997), 1 ff.; *Fassbender*, *The United Nations Charter as the Constitution of the International Community*, 2009; *ders.*, *Columbia Journal of Transnational Law* 36 (1998), 529 ff.; *MacDonald*, *Canadian Yearbook of International Law* 25 (1987), 115 (119 f.).

120 So z.B. *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/3, 690 f.; vgl. hierzu auch u.a. *MacDonald*, *Canadian Yearbook of International Law* 25 (1987), 115 (121 ff.), m.w.N.

121 Allgemein zur Diskussion über Ausnahmen von der *pacta tertiis*-Regel im Völkervertragsrecht siehe unter anderem *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/3, 619 ff.; *Proelß*, in: *Dörr/Schmalenbach* (Hrsg.), *Vienna Convention on*

auf Art. 103 UN-Charta selbst – unter anderem im Lichte des Wortlauts dieser Bestimmung – jedenfalls nicht ohne weiteres als naheliegend anzusehen.<sup>122</sup> Im Hinblick auf aktuelle und zukünftige Handels- sowie Investitionsabkommen, an denen ausschließlich Nicht-Vertragsparteien des derzeit verhandelten Abkommens über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen mitwirken, wäre eine rechtliche verbindliche Relevanz der Vorrangklausel somit nur mittelbar unter der Voraussetzung gegeben, dass das anvisierte Vertragsregime einschließlich einer in ihm statuierten Hierarchieregelung als Ausdruck bestehenden Völkergewohnheitsrechts Bindungswirkung auch für die entsprechenden Drittstaaten entfaltet.<sup>123</sup> Dies wird jedoch aus vielerlei Gründen aller Voraussicht nach auf absehbare Zeit nicht der Fall sein.

Noch deutlich komplexer stellt sich die völkerrechtliche Situation in Bezug auf Handels- und Investitionsabkommen dar, an denen sowohl Vertragsparteien des derzeit verhandelten Abkommens über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen als auch solche Staaten mitwirken, welche nicht an dieses anvisierte Vertragsregime gebunden sind. Versucht man zunächst, die tatsächliche und rechtliche Komplexität in diesen Konstellationen im Wege einer Systematisierung jedenfalls ein wenig zu reduzieren,<sup>124</sup> so bietet es sich an, zwei grundlegende Differenzierungen vorzunehmen; nämlich, erstens, zwischen so genannten „Altverträgen“ einerseits und zukünftigen Wirtschaftsabkommen andererseits sowie, zweitens, zwischen bilateralen Wirtschaftsabkommen auf der einen Seite und entsprechenden multilateralen Vertragsregimen auf der anderen Seite.

Im Hinblick auf bilaterale Handels- bzw. Investitionsabkommen, die vor Inkrafttreten des aktuell verhandelten Abkommens über die völkerrechtlichen Konturen einer menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen abgeschlossen worden sind, kann sich die jeweilige Vertragspartei schon vor dem Hintergrund der bereits angeführten, prinzipiellen Relativität völkervertragsrechtlicher Verpflichtungen gegenüber Staaten, die keinen Bindungen an dieses derzeit anvisierte Vertragsregime unterliegen, nicht auf ihre – vorrangigen – Verhaltenspflichten aus dem Abkommens über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen berufen.<sup>125</sup> In Betracht kommt für sie aber eine sich aus der Vorrangklausel des derzeit verhan-

the Law of Treaties, Article 34, Rn. 16 ff., 32 ff.; von *Arnould*, Völkerrecht, Rn. 213; *Klabbers* International Law, 61; *Heintschel von Heinegg*, in: Ipsen (Hrsg.), Völkerrecht, § 15, Rn. 27 ff.; *Witte*, Der pacta-tertiis-Grundsatz im Völkerrecht, 43 ff.

122 Ablehnend daher auch beispielsweise *Paulus/Leiß*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), Charter of the United Nations, Bd. 2, Art. 103, Rn. 54; *Matz*, Wege zur Koordinierung völkerrechtlicher Verträge, 254; *Wiltung*, Vertragskonkurrenz im Völkerrecht, 59; *Liivoja*, International and Comparative Law Quarterly 57 (2008), 583 (595).

123 Zu dieser Möglichkeit im Zusammenhang mit Art. 103 UN-Charta siehe auch unter anderem *Paulus/Leiß*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), Charter of the United Nations, Bd. 2, Art. 103, Rn. 55.

124 Allgemein zu dieser Zwecksetzung von Systematisierungsansätzen *Luhmann*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 19 (1967), 615 (618 ff.); *ders.*, Soziale Systeme, 12, 50 und *passim*; vgl. überdies beispielsweise bereits *Bruner/Goodnow/Austin*, A Study of Thinking, 12 („A first achievement of categorizing has already been discussed. By categorizing as equivalent discriminable different events, the organism *reduces the complexity of its environment.*“) (Hervorhebung im Original).

125 Vgl. allerdings zu anderslautenden Überlegungen im Kontext der Entstehungsgeschichte von Art. 103 UN-Charta insbesondere den Report of Rapporteur of Committee IV/2 to Commission IV, Doc. 933 of 12 June 1945, abgedruckt in: The United Nations Conference on International Organization, Selected Documents, 1946, 875 (878 f.) („The Committee has also considered the desirability of including the third type of provision which is found in Article 20 of the Covenant, namely, the provision that parties are under a duty to take steps to free themselves from ‘inconsistent obligations’ in treaties with non-member states. The Committee has considered that in the event of an actual conflict between such obligations and the obligations of members under the Charter, particularly in matters affecting peace and security, the latter may have to prevail. The Committee is fully aware that as a matter of international law it is not ordinarily possible to provide in any convention for rules binding upon third states. On the other hand, it is of the highest importance for the Organization that the performance of the members’ obligations under the Charter in specific cases should not be hindered by obligations which they may have assumed to non-member states. The Committee has had these considerations in view when drafting the text. The suggested text is accordingly not limited to pre-existing obligations between members.“). Siehe hierzu auch beispielsweise bereits *Kelsen*, University of Pittsburgh Law Review 10 (1949), 284 (288 f.); *Jenks*, British Yearbook of International Law 30 (1953), 401 (438); *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/3,

delten Abkommens über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen ergebende Verpflichtung zur Behebung von Unvereinbarkeiten durch ein Bemühen um Anpassung der bilateralen „Altverträge“ im Wege von Neuverhandlungen bzw. als *ultima ratio* eine Pflicht zur Kündigung derselben.

Entsprechende völkervertragsrechtliche Regelungsansätze haben ihren ausdrücklichen Niederschlag beispielsweise bereits frühzeitig in Art. 20 Abs. 2 der Satzung des Völkerbundes<sup>126</sup> sowie aktuell unter anderem in den – allerdings als Nachrangigkeitsklauseln ausgestalteten – Regelungen des Art. 351 Abs. 2 Satz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)<sup>127</sup> und des Art. 32 Abs. 5 des Investment Agreement for the COMESA Common Investment Area gefunden. Aber selbst soweit eine solche Verpflichtung im Kontext einer Hierarchieregelung keine explizite Normierung erfahren hat, lässt sich ihre positivrechtliche Existenz – wie auch beispielsweise in Bezug auf Art. 103 UN-Charta bereits gelegentlich angenommen<sup>128</sup> – mit einiger Berechtigung auf eine teleologische Interpretation der entsprechenden Vorrangklausel gründen.

Im Hinblick auf multilaterale „Altverträge“ wie beispielsweise den Übereinkommen der WTO-Rechtsordnung gilt zunächst ebenfalls das soeben zu den entsprechenden bilateralen Abkommen Ausgeführte. Hinzu kommt aber überdies gegebenenfalls die Möglichkeit, dass die Regelungen des Abkommens über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen unter Einschluss der Vorrangklausel bereits umgehend nach dem Inkrafttreten im Sinne eines *inter se*-Abkommens zumindest in den jeweiligen Rechtsbeziehungen zwischen den am multilateralen „Altvertrag“ beteiligten Vertragsparteien des aktuell anvisierten Menschenrechtsvertrages Rechtswirkungen entfalten. Im Bereich der multilateralen wirtschaftsvölkerrechtlichen Abkommen finden sich namentlich in Bezug auf das WTO-Abkommen im Schrifttum durchaus einige Stimmen, welche insoweit prinzipiell das notwendige Vorliegen der Voraussetzungen für eine zulässige Vertragsmodifikation im Sinne des Art. 41 Abs. 1 lit. b WVRK<sup>129</sup> als gegeben ansehen.<sup>130</sup>

Schließlich lässt sich in Bezug auf zukünftige bilaterale sowie multilaterale Handels- und

690.

- 126 Art. 20 Abs. 2 Völkerbundssatzung: „Hat ein Mitglied vor seinem Eintritt in den Bund Verpflichtungen übernommen, die mit den Bestimmungen der Satzung unvereinbar sind, so hat es die Pflicht, unverzüglich Maßnahmen zur Lösung dieser Verpflichtungen zu ergreifen.“ Die Satzung des Völkerbundes ist unter anderem erhältlich im Internet unter: <<http://www.versailer-vertrag.de/vv1.htm>> (zuletzt besucht am 10. September 2020). Vgl. zu dieser Regelung auch z.B. *Lauterpacht*, *British Yearbook of International Law* 17 (1936), 54 (59 ff.).
- 127 Art. 351 Abs. 2 Satz 1 AEUV: „Soweit diese Übereinkünfte mit den Verträgen nicht vereinbar sind, wenden der oder die betreffenden Mitgliedstaaten alle geeigneten Mittel an, um die festgestellten Unvereinbarkeiten zu beheben.“ Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist abgedruckt in: ABl. EU 2012, Nr. C 326/47 v. 26. Oktober 2012. Eingehender zur Vorschrift des Art. 351 Abs. 2 Satz 1 AEUV statt vieler *Richter/Giegerich*, in: Pechstein/Nowak/Häde (Hrsg.), *Frankfurter Kommentar zu EUV, GRC und AEUV*, Bd. IV, Art. 351 AEUV, Rn. 54 ff., m.w.N.
- 128 Siehe exemplarisch *Lord McNair*, *The Law of Treaties*, 218 („they [die UN-Mitgliedstaaten] are probably under a duty to use all lawful means to liberate themselves from any obligations which conflict with the Charter“).
- 129 Allgemein zu diesen Voraussetzungen vgl. z.B. *Fragmentation of International Law: Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law*, Report of the Study Group of the International Law Commission, finalized by *M. Koskeniemi*, UN Doc. A/CN.4/L.682 v. 13. April 2006, paras. 295 ff.; *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/3, 667 ff.; *von der Decken*, in: *Dörr/Schmalenbach* (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties*, Article 41, Rn. 13 ff., jeweils m.w.N.
- 130 Vgl. unter anderem *Pauwelyn*, *American Journal of International Law* 95 (2001), 535 (547 ff.); *ders.*, *The Nature of WTO Obligations*, 26 ff.; *ders.*, *European Journal of International Law* 14 (2003), 907 (945 ff.); *von der Decken*, in: *Dörr/Schmalenbach* (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties*, Article 41, Rn. 18. Deutlich kritisch demgegenüber z.B. *Tietje/Lang*, in: *Benvenisti/Nolte* (Hrsg.), *Community Interests Across International Law*, 191 (194 ff., 205 ff.); vgl. in diesem Zusammenhang auch, allerdings zunächst speziell bezogen auf die Zulässigkeit und Ausgestaltung von regionalen Wirtschaftsintegrationsabkommen, WTO, *Peru – Additional Duty on Imports of Certain Agricultural Products*, Report of the Appellate Body v. 20. Juli 2015, WT/DS457/AB/R, para. 5.112 („Nevertheless, we note that the WTO agreements contain specific provisions addressing amendments, waivers, or exceptions for regional trade agreements, which prevail over the general provisions of the Vienna Convention, such as Article 41.“).

Investitionsabkommen, die nach Inkrafttreten des Abkommens über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen zwischen dessen Vertragsparteien und Nichtvertragsparteien abgeschlossen werden, in Übertragung von namentlich im Kontext der Regelung des Art. 103 UN-Charta angestellten Überlegungen<sup>131</sup> mit einiger Berechtigung argumentieren, dass die entsprechenden Nichtvertragsparteien unter Rekurs auf allgemeine Rechtsgrundsätze im Sinne des Art. 38 Abs. 1 lit. c des Statuts des Internationalen Gerichtshofs (IGH-Statut)<sup>132</sup> wie dem Grundsatz von Treu und Glauben bzw. dem Estoppel-Prinzip<sup>133</sup> trotz ihres Status als Drittstaaten an die Beachtung des aktuell anvisierten Menschenrechtsvertrages einschließlich seiner Vorrangklausel im Hinblick auf die Bewertung der Rechtmäßigkeit des Verhaltens von Vertragsparteien gebunden sein können. Dies gilt zumindest für den Fall, dass die Vertragsstaaten des Abkommens über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen bei den Vertragsverhandlungen ihre entsprechenden Verpflichtungen offengelegt haben und die Nichtvertragspartei keinen Protest erhoben hat.

Unabhängig von dem Vorgenannten kann man schon unter Zugrundelegung einer teleologischen Betrachtung – und damit auch für den Fall, dass, im Unterschied beispielsweise zu Art. 20 Abs. 1 der Satzung des Völkerbundes oder Art. 8 des Nordatlantikvertrages, diesbezüglich keine ausdrückliche Normierung erfolgt – aus der Vorrangklausel für die Vertragsparteien des Abkommens über die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen nach dessen Inkrafttreten die Verpflichtung ableiten, zukünftig keine Handels- oder Investitionsabkommen mit Nichtvertragsparteien abzuschließen, welche von ihrer Regelungs- und Verpflichtungsstruktur her die – prioritäre – Einhaltung der Verhaltensvorgaben des aktuell anvisierten Menschenrechtsvertrages gefährden bzw. sogar unmöglich machen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich aus diesem Befund – und der Bindung an völkervertragsrechtliche Vorrangklauseln allgemein – nach heute zu Recht wohl ganz überwiegender Auffassung keine entsprechende Beschränkung der völkerrechtlichen Vertragsschlussfähigkeit der betroffenen Staaten ableiten lässt.<sup>134</sup>

131 Siehe beispielsweise *Paulus/Leiß*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus (Hrsg.), *Charter of the United Nations*, Bd. 2, Art. 103, Rn. 56 („Non-member States are bound by Art. 103 when they conclude an agreement with a member State after that State has become a member of the UN according to the principle of good faith. Any party entering into agreement with a member State is aware that that State is bound by its obligations under the Charter and would act in bad faith invoking the treaty against conflicting Charter law.”); *Jennings/Watts*, *Oppenheim’s International Law*, Bd. I, Parts 2 to 4, 1216; *MacDonald*, *Canadian Yearbook of International Law* 25 (1987), 115 (122 f.) („First, a non-member may be estopped from denying or may have acquiesced in the precedence of the Charter by reason that it knew or should have known that the state with which it had contracted had limited its competence. Second, the enforcement of the subsequent treaty by the non-member is inequitable because it has constructive knowledge of the Charter. Third, the application of the subsequent treaty is contrary to the principle of good faith owed by states to each other.”); *Liivoja*, *International and Comparative Law Quarterly* 57 (2008), 583 (596); im Grundsatz wohl auch u.a. *Lord McNair*, *The Law of Treaties*, 218.

132 Statut des Internationalen Gerichtshofs vom 26. Juni 1945, abgedruckt in: *Documents of the United Nations Conference on International Organization*, Bd. 15, 1945, 336; BGBl. 1973 II, 505.

133 Allgemein zum Grundsatz von Treu und Glauben sowie Estoppel als allgemeine Rechtsgrundsätze im Völkerrecht statt vieler *Jennings/Watts*, *Oppenheim’s International Law*, Bd. I, Introduction and Part 1, 407 f.; *Shaw*, *International Law*, 76 f.; *Kotzur*, *Good Faith (Bona fide)*, Rn. 7 ff., 22 f., in: Wolfrum (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. September 2020); *Cheng*, *General Principles of Law as Applied by International Courts and Tribunals*, 121 ff., 143 ff.

134 Exemplarisch hierzu von *der Decken*, in: Dörr/Schmalenbach (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties*, Article 30, Rn. 20; *Matz-Lück*, *Treaties, Conflict Clauses*, Rn. 15, in: Wolfrum (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. September 2020); und im Grundsatz auch *Jennings/Watts*, *Oppenheim’s International Law*, Bd. I, Parts 2 to 4, 1214 f.; anders aber wohl noch beispielsweise *Lauterpacht*, *British Yearbook of International Law* 17 (1936), 54 (60); *Lord McNair*, *The Law of Treaties*, 218.

## D. Das Umfeld: Institutionelle und prozedurale Rahmenbedingungen

Insbesondere die Erfahrungen aus der Praxis in stark normhierarchisch geprägten und verschiedentlich gleichsam verfassungsrechtsdominierten innerstaatlichen Rechtsordnungen lässt die Vermutung als nicht allzu fernliegend erscheinen, dass die Statuierung einer entsprechenden Vorrangklausel in dem aktuell verhandelte Abkommen über die völkerrechtlichen Konturen einer menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen mit einer mindestens gewissen Wahrscheinlichkeit zur Folge hätte, dass sich in nicht wenigen Fallkonstellationen die entsprechenden Interpretationskonflikte auch in wirtschaftsvölkerrechtlichen Streitigkeiten auf das „richtige“ Verständnis der Verpflichtungen aus diesem anvisierten Menschenrechtsvertrag im Besonderen und – je nach Anwendungsbereich der Hierarchieregelung – aus den international anerkannten Menschenrechten im Allgemeinen ausdehnen bzw. in einigen Streitfällen sogar primär verlagern würden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es schon im Interesse der Förderung von Rechtssicherheit – und damit auch der Vorhersehbarkeit und normativen Stabilität in den internationalen Handels- und Investitionsbeziehungen – angezeigt, im Kontext des Abkommens über Unternehmen und Menschenrechte unter anderem auch institutionelle sowie prozedurale Vorkehrungen und Rahmenbedingungen zu etablieren, welche eine einheitliche, vorhersehbare und gegenstandsangemessene Konkretisierung dieser den Wirtschaftsabkommen dann normhierarchisch übergeordneten Verhaltenspflichten ermöglichen und fördern. Insbesondere gilt es in diesem Zusammenhang der ja auch in der Tat bereits von Staatenvertretern im Laufe der Verhandlungen artikulierten Befürchtung<sup>135</sup> zu begegnen, dass einzelne Vertragsparteien die Verhaltensvorgaben aus dem Abkommen über die völkerrechtlichen Konturen einer menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen – beispielsweise gleichsam im Sinne einer Art von „super-Art. XXI GATT“<sup>136</sup> – als Bestandteile eines insgesamt *self-judging agreement* wahrnehmen<sup>137</sup> und deswegen gegebenenfalls auch als einen bloßen Vorwand für die Nichtbeachtung ihrer völkervertragsrechtlichen Verpflichtungen aus Handels- und Investitionsabkommen heranziehen könnten.

Zu diesem Zweck erscheint hier die Überlegung durchaus sinnvoll, auf der Grundlage des anvisierten Abkommens über Unternehmen und Menschenrechte eine – in der Tat auch bereits im Grundsatz in den 2017 Elements angedachte<sup>138</sup> – internationale gerichtliche bzw. gerichts-

135 Vgl. besonders deutlich beispielsweise Comments by Singapore on the Draft Elements for the Legally Binding Instrument on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights, para. 4, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/WGTransCorp/Session3/Pages/WrittenContributions-DraftElements.aspx>> (zuletzt besucht am 10. September 2020) („We are also concerned that States could disregard obligations in trade and investment treaties under the guise of protecting human rights.”).

136 Allgemein zur Frage der Justiziabilität der Rechtfertigungsklausel des Art. XXI GATT und der hiermit zusammenhängenden Herausforderungen vgl. beispielsweise *Hahn*, Michigan Journal of International Law 12 (1991), 558 ff.; *Van den Bossche/Zdouc*, World Trade Organization, 618 ff.; *Boor/Nowrot*, Die Friedens-Warte 89 (2014), 211 (219 ff.), jeweils m.w.N.; sowie aus Rechtsprechungspraxis nunmehr WTO, *Russia – Measures Concerning Traffic in Transit*, WT/DS512/R, Report of the Panel v. 5 April 2019, paras. 7.53 ff.; sowie, allerdings im Hinblick auf die vergleichbare Bestimmung des Art. 73 TRIPS, WTO, *Saudi Arabia – Measures Concerning the Protection of Intellectual Property Rights*, WT/DS567/R, Report of the Panel v. 16. Juni 2020, paras. 7.241 ff.

137 Eingehender zu den so genannten „self-judging clauses“ in völkerrechtlichen Verträgen siehe unter anderem *Schill/Briese*, Max Planck Yearbook of United Nations Law 13 (2009), 61 ff., m.umf.N.

138 Vgl. Elements for the Draft Legally Binding Instrument on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights v. 29. September 2017, S. 13 (Abschnitt 9 lit. b.1.), erhältlich im Internet unter: <[http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/WGTransCorp/Session3/LegallyBindingInstrumentTNCs\\_OBEs.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/WGTransCorp/Session3/LegallyBindingInstrumentTNCs_OBEs.pdf)> (zuletzt besucht am 10. September 2020) („State Parties may decide that international judicial mechanisms should be established, for instance, an International Court on Transnational Corporations and Human Rights.”); siehe überdies zu diesen Überlegungen und Forderungen z.B. auch *Lopez/Shea*, Business and Human Rights Journal 1 (2015), 111

ähnliche Streitbeilegungsinstitution zu errichten, welcher – unter idealen Bedingungen auf der Basis einer obligatorischen und ausschließlichen Jurisdiktionszuweisung durch die Vertragsparteien – die Aufgabe einer verbindlichen Interpretation der von der Vorrangklausel umfassten Verhaltenspflichten zukommt. Zur weiteren Effektivierung dieses institutionalisierten Konkretisierungs- und Streitbeilegungsmechanismus käme hier überdies als flankierende prozedurale Vorkehrung angesichts der gegenwärtig namentlich im Bereich des internationalen Investitionsrechts ausgesprochen fragmentierten Streitbeilegungsregime<sup>139</sup> die Etablierung eines beispielsweise an die Regelung des Art. 267 AEUV angelehnten Vorlageverfahrens<sup>140</sup> für internationale Investitionsschiedsgerichte, aber potentiell natürlich auch für die Streitbeilegungsgremien der WTO-Rechtsordnung und der regionalen Wirtschaftsintegrationsabkommen auf dem Gebiet des Welthandelsrechts, in Betracht.

(115).

139 Zu dieser Wahrnehmung statt vieler *Reinisch*, International Investment Law, 127 ff.; *Tietje*, Internationales Investitionsschutzrecht, 17 f.; *Subedi*, International Investment Law, 177 ff.; *Nowrot*, International Investment Law and the Republic of Ecuador, 19; *Tams*, An Appealing Option?, 18 ff.

140 Eingehender zum Vorlageverfahren nach Art. 267 AEUV siehe exemplarisch *Streinz*, Europarecht, Rn. 701 ff.; *Schütze*, European Union Law, 386 ff., jeweils m.w.N.

## E. Die Folgen: Meilenstein auf dem Weg zu einem Individualvölkerrecht

Aus einer übergreifenden Perspektive betrachtet hätte die Statuierung einer Vorrangklausel in dem aktuell verhandelten Abkommen über die völkerrechtlichen Konturen einer menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen – insbesondere, sofern sich ihr Anwendungsbereich nicht auf die in diesem Vertrag selbst enthaltenen Verhaltensvorgaben beschränken sollte, sondern überdies vertragsexterne Rechtspflichten aus anderen internationalen Menschenrechtsabkommen bzw. dem Bereich des völkergewohnheitsrechtlichen Menschenrechtsschutzes mitumfasst – und die damit einhergehende völkervertragsrechtliche Anerkennung des prinzipiellen Vorrangs der Menschenrechte gegenüber anderen Staatenpflichten aus bilateralen sowie multilateralen Handels- und Investitionsabkommen durchaus das Potential, zu einer Art von Meilenstein auf dem weiteren Weg hin zur Herausbildung einer verstärkt individualorientierten internationalen Rechtsordnung – und damit dem Entstehen eines Individualvölkerrechts in einem umfassenderen Sinne – zu werden; ein Prozess, dessen Entstehung und fortschreitende Entwicklung bekanntermaßen nicht allein im Schrifttum im Grundsatz bereits seit einiger Zeit zu Recht konstatiert und begrüßt worden ist.<sup>141</sup>

Die Etablierung einer solchen, weit über die bisherigen Ansätze hinausgehenden Normenhierarchie in der internationalen Rechtsordnung in Gestalt eines übergeordneten, primär menschenrechtlich orientierten Individualvölkerrechts würde angesichts des mit einem solchen Entwicklungsschritt verbundenen wesentlichen – ja geradezu paradigmatischen – Strukturwandels<sup>142</sup> des internationalen Rechts überdies aller Wahrscheinlichkeit nach auch der bekanntermaßen keineswegs unkontrovers wahrgenommenen Vorstellung einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts<sup>143</sup> neue Wirkungsmacht und Überzeugungskraft verleihen.

141 Zur Entwicklung eines verstärkt individualorientierten Völkerrechts vgl. z.B. bereits International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia, *Prosecutor v. Dusko Tadic*, Decision of the Appeals Chamber v. 2. Oktober 1995, abgedruckt in: I.L.M. 35 (1996), 32 (63, para. 97) („A State-sovereignty-oriented approach has been gradually supplanted by a human-being-oriented approach. Gradually the maxim of Roman law *hominum causa omne jus constitutum est* (all law is created for the benefit of human beings) has gained a firm foothold in the international community as well.”); sowie aus dem Schrifttum u.a. *Peters*, *Beyond Human Rights – The Status of the Individual in International Law*, 1 ff.; *Tomuschat*, *RdC* 281 (1999), 9 (161 f., 237); *Dörr*, *JuristenZeitung* 60 (2005), 905 ff.; *Teitel*, *Humanity’s Law*, 3 ff.; *Häberle*, in: *Gaitanides/Kadelbach/Iglesias* (Hrsg.), *Festschrift für Manfred Zuleeg*, 80 (83 ff.) („Menschheitsrecht“); *Meron*, *The Humanization of International Law*, 2006; kritisch demgegenüber beispielsweise *Gärditz*, *American Journal of International Law* 108 (2014), 86 (91) („The Constitutional Court has wisely withstood the temptation to adopt modern *theoretical* concepts of individualization of international law to reinterpret the existing *positive* body of international humanitarian law. The Court’s decision might even be a portent that the overstretched concept of the individualization of international law has reached its useful limits.”).

142 Grundlegend zu Begriff und Voraussetzungen eines Paradigmenwechsels im Bereich der Wissenschaften allgemein *Kuhn*, *Structure of Scientific Revolutions*, 66 ff.

143 Aus der kaum mehr überschaubaren Vielzahl an Beiträgen zur Diskussion über die Konstitutionalisierung der internationalen Rechtsordnung und der mit diesem Konzept verbundenen Herausforderungen vgl. exemplarisch *Klabbers/Peters/Ulfstein*, *The Constitutionalization of International Law*, 1 ff.; *Frowein*, *BDGVR* 39 (2000), 427 ff.; *Bryde*, *Der Staat* 42 (2003), 61 ff.; *Oeter*, in: *Justenhoven/O’Connell* (Hrsg.), *Peace Through Law*, 83 ff.; *Fassbender*, in: *Tsagourias* (Hrsg.), *Transnational Constitutionalism*, 307 ff.; *Diggelmann/Altwicker*, *ZaöRV* 68 (2008), 623 ff.; *Paulus*, in: *Dunoff/Trachtman* (Hrsg.), *Ruling the World?*, 69 ff.; *Kadelbach/Kleinlein*, *AVR* 44 (2006), 235 ff.; *Kleinlein*, *Konstitutionalisierung im Völkerrecht*, 5 ff.; *Krieger*, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 75 (2016), 439 ff.; *de Wet*, *International and Comparative Law Quarterly* 55 (2006), 51 ff.; *Nowrot/Sipiowski*, *AVR* 55 (2017), 265 (278 ff.), jeweils m.w.N.

## F. Die Fragen: Wollen wir das und erreichen wir es auf diese Weise?

Ob wir allerdings einen solchen wesentlichen Strukturwandel der internationalen Rechtsordnung auf der Grundlage einer völkervertragsrechtlich verankerten Vorrangstellung der Menschenrechte gegenüber entsprechenden Staatenpflichten aus bilateralen sowie multilateralen Handels- und Investitionsabkommen anstreben, stellt sich – dies sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich in Erinnerung gerufen – im Wesentlichen als eine rechtspolitische Fragestellung dar, welche zunächst einmal jede Leserin und jeder Leser für sich selbst beantworten muss. Insbesondere ist die Antwort auf diese Frage nach ganz überwiegender Auffassung positivrechtlich auch nicht durch die Existenz der völkervertrags- und völkergewohnheitsrechtlich anerkannten Menschenrechte selbst prädeterniert, denen – abgesehen von den wenigen internationalen individualschützenden Rechtsgarantien mit *ius cogens*-Charakter – gegenwärtig kein normhierarchisch höherer Rang gegenüber anderen völkerrechtlichen Regimen zuzumessen ist.<sup>144</sup>

Wenn wir aber einen solchen wesentlichen Strukturwandel gerade auch auf der Grundlage des aktuell anvisierten Abkommens über Unternehmen und Menschenrechte prinzipiell für erstrebenswert erachten sollten, so erscheint die primär von verhandlungsstrategischen Überlegungen motivierte Anschlussfrage erlaubt und in der Tat wohl auch berechtigt, ob ein – im Hinblick auf seine Realisierungschancen insgesamt schon verschiedentlich, und nicht ganz zu Unrecht, eher zurückhaltend eingeschätztes<sup>145</sup> – Vorhaben, welches die in der internationalen Staatengemeinschaft ja durchaus umstrittene Idee eines normhierarchischen Vorrangs der Menschenrechte vor den Verpflichtungen aus Handels- und Investitionsabkommen gemeinsam mit einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von anderen, bekanntermaßen ebenfalls kontrovers wahrgenommenen Regelungsansätzen – wie ausweislich der 2017 Elements unter anderem der Frage extraterritorialer menschenrechtlicher Schutzpflichten der Staaten<sup>146</sup> sowie dem Steuerungskonzept einer unmittelbaren völkerrechtlichen Bindung von Privatunternehmen an die Menschenrechte<sup>147</sup> – in einem einzigen völkerrechtlichen Vertrag einer vom Konsens vieler

144 Siehe allerdings bereits *de lege* zu entsprechenden, vorsichtigen Überlegungen im Zusammenhang mit der möglichen Relevanz der Menschenrechte als zu beachtender Regelungsrahmen bei der Auferlegung völkervertragsrechtlicher Pflichten an Individuen und Privatunternehmen z.B. *Peters*, *Beyond Human Rights – The Status of the Individual in International Law*, 108; *Nowrot*, in: *Krajewski* (Hrsg.), *Staatliche Schutzpflichten und unternehmerische Verantwortung*, 3 (14 f.); *ders.*, *BDGIR 50* (2020), 166 (167).

145 Skeptisch hinsichtlich der Erfolgsaussichten dieses anvisierten Abkommens beispielsweise bereits *Thielbörger/Ackermann*, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 24 (2017), 43 (65 ff.); *Klimke/Lorenzoni Escobar/Tietje*, *Vereinte Nationen* 64 (2016), 243 (247); *Rühl*, *BDGIR 50* (2020), 89 (95); *Krajewski*, *Völkerrecht*, 299; *Dörr*, *BDGIR 50* (2020), 133 (142); *Ford/Methven O'Brien*, *University of New South Wales Law Journal* 40 (2017), 1223 (1246) („the ‘whether to treaty’ question is by no means settled in the BHR [business and human rights] field“). Zurückhaltend überdies u.a. *Schmid*, *Swiss Review of International and European Law* 25 (2015), 563 (587) („adoption of a treaty promises to be a (potentially very) long and bumpy road at best“).

146 Vgl. *Elements for the Draft Legally Binding Instrument on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights v. 29. September 2017*, S. 5 f., erhältlich im Internet unter: <[http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/WGTransCorp/Session3/LegallyBindingInstrumentTNCs\\_OBEs.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/WGTransCorp/Session3/LegallyBindingInstrumentTNCs_OBEs.pdf)> (zuletzt besucht am 10. September 2020). Allgemein und eingehender zur Frage extraterritorialer menschenrechtlicher Schutzpflichten im Zusammenhang mit unternehmerischem Handeln vgl. z.B. *Krajewski*, *Deakin Law Review* 23 (2018), 13 ff.; *Lagoutte*, *Nordic Journal of Human Rights* 33 (2015), 158 (174 ff.); *von Bernstorff*, *AVR* 49 (2011), 34 ff.; *Marauhn*, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 74 (2015), 373 (391 ff.); *De Schutter*, *Business and Human Rights Journal* 1 (2015), 41 (45 ff.); *Pöschl*, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 74 (2015), 405 (430 ff.); *Koenen*, *Wirtschaft und Menschenrechte*, 54 ff.; *Nowrot*, in: *Krajewski* (Hrsg.), *Staatliche Schutzpflichten und unternehmerische Verantwortung*, 3 (35 ff.), jeweils m.w.N.

147 *Ibid.*, S. 6. Zu diesem Steuerungskonzept und seiner Abgrenzung zu anderen Regelungsansätze siehe speziell im vorliegenden Kontext auch beispielsweise *Vazquez*, *Columbia Journal of Transnational Law* 43 (2005), 927 ff.; *López Latorre*, *Business and Human Rights Journal* 5 (2020), 56 ff.; *McConnell*, *International and Comparative Law Quarterly*

Staaten getragenen Normierung zuführen will, sich nicht doch aus vielerlei Gründen bei nüchterner Betrachtung als im Ergebnis zu ambitioniert darstellt, um erfolgreich verwirklicht werden zu können.<sup>148</sup> Diese Möglichkeit lässt sich jedenfalls nicht unter jedem denkbaren Gesichtspunkt ausschließen. Den im Grundsatz vielfach durchaus berechtigten Einzelanliegen der aktuellen Initiative wäre damit kein Gefallen getan.

## G. Die (vorläufige) Antwort: Das weitere Schicksal des Hierarchisierungskonzepts

Im Lichte der in den vorangegangenen Abschnitten angestellten Überlegungen, welche sich im Wesentlichen auf übergreifende völkerrechtliche Aspekte und Konsequenzen des anvisierten Hierarchisierungsansatzes im Kontext der derzeitigen Verhandlungen über die Ausarbeitung und Verabschiedung eines völkerrechtlichen Abkommens mit dem Ziel einer Regulierung von Unternehmen im Bereich des Menschenrechtsschutzes auf der Grundlage der 2017 Elements bezogen haben, stellt sich nunmehr selbstverständlich unter anderem auch noch die Frage nach der Implementierung, und ganz allgemein dem Umgang mit, der angedachten Vorrangklausel im weiteren Verlauf der – natürlich auch aktuell noch keineswegs abgeschlossenen – Vertragsverhandlungen. Und dieser Frage soll hier denn auch abschließend – wiederum nur im Wege einiger Anmerkungen, Gedanken und Überlegungen – nachgegangen werden.

Bereits der den 2017 Elements weniger als ein Jahr später nachfolgende, erste ausformulierte Vertragsentwurf in Gestalt des am 16. Juli 2018 veröffentlichten so genannten „Zero Draft“<sup>149</sup> verdeutlicht in vergleichender Perspektive, dass die an den Verhandlungen beteiligten Staaten die ursprünglich zumindest von einer Reihe von ihnen gezeigten Ambitionen in Bezug auf die anzustrebenden Vertragsziele und -strukturen insofern zurückgefahren haben, als in diesem Dokument ein zentraler konzeptioneller Regelungsansatz aus dem Repertoire der Debatten über die Ausgestaltungsmöglichkeiten einer menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen keinen normativen Niederschlag mehr gefunden hat. Im Unterschied zu den entsprechenden, noch in den 2017 Elements angedachten Steuerungsansätzen,<sup>150</sup> wird bereits im 2018 „Zero Draft“ – wahrscheinlich nicht zuletzt im Sinne eines Kompromisses zur Steigerung der Akzeptanz und damit auch Erhöhung der Realisierungschancen des Gesamtprojekts – auf eine Statuierung unmittelbarer völkerrechtlicher Verhaltenspflichten für Unternehmen verzichtet.

Vielmehr ist der Regelungsfokus des 2018 „Zero Draft“ insofern ausschließlich staatsorientiert, als er sich auf die positivrechtliche Etablierung und Konkretisierung von entsprechenden – territorialen und extraterritorialen – Schutzpflichten der Vertragsparteien im Hinblick auf Gefährdungen menschenrechtlicher Schutzgüter durch private Wirtschaftsakteure

66 (2017), 143 (146 ff.).

148 Siehe in diese Richtung nunmehr auch z.B. *Kirkebo/Langford*, *American Journal of International Law Unbound* 114 (2020), 179 (185) („strong advances in the text may make it difficult to attract state support“).

149 Zero Draft of the Legally Binding Instrument to Regulate, in International Human Rights Law, the Activities of Transnational Corporations and other Business Enterprises v. 16. Juli 2018, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/WGTransCorp/Session4/Pages/Session4.aspx>> (zuletzt besucht am 10. September 2020).

150 Vgl. Elements for the Draft Legally Binding Instrument on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights v. 29. September 2017, S. 6, erhältlich im Internet unter: <[http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/WGTransCorp/Session3/LegallyBindingInstrumentTNCs\\_OBEs.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/WGTransCorp/Session3/LegallyBindingInstrumentTNCs_OBEs.pdf)> (zuletzt besucht am 10. September 2020). Siehe hierzu auch z.B. *Krajewski*, *Business and Human Rights Journal* 5 (2020), 105 (111).

konzentriert;<sup>151</sup> ein aus der Perspektive der relevanten Unternehmen als indirekt zu charakterisierender Steuerungsansatz, welcher nicht zuletzt auch im völkervertragsrechtlichen Kontext der Ausgestaltung internationaler Unternehmensverantwortung im Grundsatz bereits seit längerem bekannt ist und praktiziert wird.<sup>152</sup> Diese Beschränkung auf einen indirekten Regelungsansatz findet sich auch in dem ein Jahr später am 16. Juli 2019 veröffentlichten so genannten „Revised Draft“<sup>153</sup> sowie in dem aktuell letzten „Second Revised Draft“, welcher am 6. August 2020 der breiteren Öffentlichkeit vorgestellt worden ist.<sup>154</sup> Schon vor dem Hintergrund dieser bisherigen regelungskonzeptionellen Kontinuität spricht wahrscheinlich sehr viel für die Annahme, dass sich dieser engere regulatorische Fokus auf staatenorientierte menschenrechtliche Schutzpflichten auch im Hinblick auf die zukünftigen Vertragsverhandlungen als prägend erweisen wird.<sup>155</sup>

Der Verzicht auf die Normierung unmittelbarer völkervertragsrechtlicher Verhaltenspflichten für Unternehmen im Bereich der Menschenrechte ist einerseits in den vergangenen zwei Jahren im Rahmen der Verhandlungen und Diskussionen über das anvisierte Abkommen natürlich nicht ohne Widerspruch geblieben<sup>156</sup> und hat sicherlich die Hoffnungen und Erwartungen

151 Siehe zu diesem Befund auch u.a. bereits *Kirkebo/Langford*, *American Journal of International Law Unbound* 114 (2020), 179 (184); *Bialek*, *Goettingen Journal of International Law* 9 (2019), 501 (518 ff.); *Krajewski*, *Business and Human Rights Journal* 5 (2020), 105 (111); *Peters/Gless/Thomale/Weller*, *Business and Human Rights*, 5.

152 Für entsprechende Beispiele vgl. statt vieler *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 537 ff.; *ders.*, in: *Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch* (Hrsg.), *International Investment Law*, 1154 (1165 ff.); *Dörr*, *BDGIR* 50 (2020), 133 (144 f.); *Kamminga*, in: *International Law Association* (Hrsg.), *Report of the Seventy-First Conference 2004*, 422 (424) („In order to achieve this objectives states parties are required to adopt the appropriate measures, inter alia vis-à-vis companies, but the Convention [ILO Convention No. 29 on Forced Labour] does not directly prohibit companies from employing forced labour.“); *Krajewski*, *Völkerrecht*, 299; *de la Vega*, *University of San Francisco Law Review* 51 (2017), 431 (435 ff.); vgl. auch allgemein zu diesem Steuerungsansatz im vorliegenden Kontext *Vazquez*, *Columbia Journal of Transnational Law* 43 (2005), 927 (930) („International law, as it exists today, includes norms that address the conduct of corporations and other non-state actors but, with very few exceptions, the norms do so by imposing an obligation on states to regulate non-state actors. Thus, for the most part, international law regulates such non-state actors indirectly.“) (Hervorhebung im Original). Für eine kritische Betrachtung eines solchen indirekten Regelungsansatz vgl. jedoch z.B. *Bilchitz*, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 23 (2016), 143 (149 ff.).

153 Revised Draft of the Legally Binding Instrument to Regulate, in *International Human Rights Law, the Activities of Transnational Corporations and other Business Enterprises v.* 16. Juli 2019, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/WGTransCorp/Session5/Pages/Session5.aspx>> (zuletzt besucht am 10. September 2020).

154 Second Revised Draft of the Legally Binding Instrument to Regulate, in *International Human Rights Law, the Activities of Transnational Corporations and other Business Enterprises v.* 6. August 2020, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/WGTransCorp/Session6/Pages/Session6.aspx>> (zuletzt besucht am 10. September 2020).

155 Vgl. zu dieser Einschätzung auch beispielsweise bereits *Krajewski*, *Business and Human Rights Journal* 5 (2020), 105 (107 und 111 f.).

156 Siehe exemplarisch *Human Rights Council*, *Report on the Fourth Session of the Open-ended Intergovernmental Working Group on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights*, UN Doc. A/HRC/40/48 of 2 January 2019, para. 12 („Another delegation and several NGOs considered it unproblematic to impose direct obligations on companies under international law and expressed the hope that the future instrument would establish such obligations.“); *ibid.*, Annex III, para. 5 („The first panellist emphasized the need for TNCs’ obligations to be clearly enshrined in a future instrument.“); *ibid.*, Annex III, para. 14 („The second panellist underscored the weakness of the State-based model that the Draft LBI adopted, arguing that it would be advisable to privilege a system of direct liability of corporations.“); *Human Rights Council*, *Report on the Fifth Session of the Open-ended Intergovernmental Working Group on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights*, UN Doc. A/HRC/43/55 of 9 January 2020, Annex III, para. 10 („The first expert, speaking in her personal capacity, noted that before talking about legal liability, one first has to establish the applicable law; however, in her view, it was unclear what legal standards apply, and to who, in the revised draft legally binding instrument. She argued that certain areas of international law (such as the grave breaches provisions in international humanitarian law) already apply to non-State actors, including companies, and she advocated for the legally binding instrument to clearly impose direct obligations on companies.“); sowie aus dem Schrifttum u.a. *Surya Deva*, *The Zero Draft of the Proposed Business and Human Rights Treaty, Part II: On the Right Track, but Not Ready Yet*, 14 August 2018, erhältlich im Internet unter: <<https://www.business-humanrights.org/en/blog/the-zero-draft-of-the-proposed-business-and-human-rights-treaty-part-ii-on-the-right-track-but-not-ready-yet/>> (zuletzt besucht am 10. September 2020) („The proposed treaty should

einiger staatlicher sowie insbesondere auch nichtstaatlicher Akteure enttäuscht.<sup>157</sup> Andererseits hat aber möglicherweise gerade auch diese frühzeitige, wegweisende und wohl primär kompromissorientierte Beschränkung auf einen indirekten Normierungsansatz in Gestalt von staatenadressierten menschenrechtlichen Schutzpflichten in nicht unwesentlichem Umfang mit dazu beigetragen, dass dafür andere Regelungskonzepte, die ebenfalls bereits in den 2017 Elements angedacht waren, durchaus in den nachfolgend veröffentlichten Vertragsentwürfen bis in die jüngste Zeit hinein beibehalten, implementiert und näher konkretisiert werden konnten.

Dies gilt nicht zuletzt auch für die vorliegend im Zentrum der Analyse stehende Ordnungsidee einer menschenrechtsbezogenen Vorrangklausel. Der erste entsprechende Formulierungs- und Spezifizierungsversuch findet sich in Art. 13 Abs. 6 und Abs. 7 des 2018 „Zero Draft“. Gemäß Art. 13 Abs. 6 kommen die Vertragsparteien überein, dass „any future trade and investment agreements they negotiate, whether amongst themselves or with third parties, shall not contain any provisions that conflict with the implementation of this Convention and shall ensure upholding human rights in the context of business activities by parties benefiting from such agreements“. Art. 13 Abs. 7 sieht in diesem Zusammenhang vor, dass „all existing and future trade and investment agreements shall be interpreted in a way that is least restrictive on their ability to respect and ensure their obligations under this Convention, notwithstanding other conflicting rules of conflict resolution arising from customary international law or from existing trade and investment agreements“.<sup>158</sup>

Die nachfolgenden kontroversen Diskussionen und divergierenden Wahrnehmungen zu diesem Formulierungsentwurf im Rahmen der Vertragsverhandlungen – und außerhalb derselben – verdeutlichen einmal mehr, dass die Frage der Statuierung sowie inhaltlichen Ausgestaltung einer Vorrangklausel sicherlich zu den umstrittensten Regelungsaspekten im Kontext des anvisierten Abkommens über Unternehmen und Menschenrechte gehören. Während einige Verhandlungsdelegationen weiterhin nicht selten sehr grundsätzliche Bedenken gegen die Aufnahme einer solchen Hierarchisierungsregelung in das geplante Vertragsregime äußerten, ging anderen Staatenvertretern und weiteren Akteuren der – im Ergebnis insbesondere in Bezug auf zukünftige Handels- und Investitionsabkommen nach Art. 13 Abs. 6 bei objektiver Betrachtung von seinem Regelungsgehalt her namentlich auch im Vergleich mit existierenden völkervertragsrechtlichen Vorrangklauseln durchaus keineswegs sehr zurückhaltend formulierte<sup>159</sup> – Entwurf des Art. 13 des 2018 „Zero Draft“ in dieser Hinsicht nicht weit genug.<sup>160</sup>

state explicitly the obligation of businesses to respect all internationally recognised human rights. Doing so would be a “logical extension” of the GPs, as businesses already have a responsibility to respect human rights, the breach of which triggers an access to effective remedy. The BHR treaty would also need to specify with some precision the contours of this corporate obligation.”).

157 So auch z.B. *Krajewski*, *Business and Human Rights Journal* 5 (2020), 105 (111 f.).

158 Zero Draft of the Legally Binding Instrument to Regulate, in *International Human Rights Law, the Activities of Transnational Corporations and other Business Enterprises* v. 16. Juli 2018, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/WGTransCorp/Session4/Pages/Session4.aspx>> (zuletzt besucht am 10. September 2020).

159 Einer offensichtlichen Fehleinschätzung hinsichtlich des Regelungsgehalts des Art. 13 Abs. 6 des 2018 „Zero Draft“ unterlag insofern beispielsweise Deutsches Institut für Menschenrechte, *Position Paper – OEIGWG has come in from the cold. Will the EU do the same?*, *Position Paper on the Zero Draft of a binding treaty presented by the Open-Ended Intergovernmental Working Group on Transnational Corporations and Other Business Enterprises*, October 2018, 8 („states are merely encouraged not to enter into any new trade and investment obligations that conflict with a business and human rights treaty“).

160 Siehe zu den entsprechenden Diskussionen beispielsweise Human Rights Council, *Report on the Fourth Session of the Open-ended Intergovernmental Working Group on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights*, UN Doc. A/HRC/40/48 of 2 January 2019, para. 19 („Differing views were also discussed with respect to the relationship between the future instrument and trade and investment agreements. At least one delegation and several organizations stressed the importance of affirming the primacy of human rights over such agreements. However, some delegations were concerned that such an affirmation would prioritize one branch of international law over another and could restrict States’ negotiating positions.”); *ibid.*, para. 51 („Some States and many

Der überarbeitete und deutlich kürzere Formulierungsvorschlag in Art. 12 Abs. 6 des 2019 „Revised Draft“ wurde vom Chair-Rapporteur während der fünften Sitzungsperiode der Arbeitsgruppe im Oktober 2019 als im Vergleich zum Vorgängerentwurf „less prescriptive without undermining the goal of ensuring compatibility between the legally binding instrument and other instruments, both with respect to interpretation and implementation“ präsentiert und charakterisiert.<sup>161</sup> Gemäß dieser Bestimmung kommen die Vertragsparteien überein, dass „any bilateral or multilateral agreements, including regional or sub-regional agreements, on issues relevant to this (Legally Binding Instrument) and its protocols, shall be compatible and shall be interpreted in accordance with their obligations under this (Legally Binding Instrument) and its protocols“.<sup>162</sup> Trotz seiner eigentlich im Prinzip nicht unbeeindruckenden – und rechtspraktisch grundsätzlich durchaus implementierbaren – Schlichtheit, Kürze und Weite, ist der Regelungsvorschlag des Art. 12 Abs. 6 des 2019 „Revised Draft“, aufgrund der mit seiner offenen Formulierung vermeintlich verbundenen Unsicherheiten und seiner angeblichen mangelnden Eindeutigkeit, in den Debattenbeiträgen in der fünften Sitzungsperiode so gut wie ausschließlich kritisch wahrgenommen worden.<sup>163</sup>

organizations insisted that article 13 (6) and (7) be strengthened and explicitly state that human rights enjoyed primacy over trade and investment agreements. One delegation suggested that those provisions take into account ongoing efforts to revise such agreements, and some NGOs said that the provisions should require that human rights impact assessments and consultations be conducted prior to entering such agreements. Two delegations, however, warned that going too far could undermine development. In addition, several delegations reserved their position on those provisions and expressed concern that the provisions could create an unacceptable hierarchy in international law, potentially violating customary international law. One delegation cautioned that there should be careful consideration of the language used as it could have an impact on many States' large networks of agreements.”); *ibid.*, Annex III, para. 5 („The first panellist emphasized the need for TNCs' obligations to be clearly enshrined in a future instrument. Regarding article 13, she noted two key issues: first, the adherence of domestic law with international law should be clearer, and second, the primacy of human rights over trade and investment treaties should be prominently stated.”); *ibid.*, Annex III, para. 7 („Additionally, he suggested simplifying article 13, making it more explicit that international human rights law enjoys primacy over investment and trade agreements.”); *ibid.*, Annex III, para. 8 („The fourth panellist found articles 6 and 7 generally helpful but suggested that certain language be clarified. With respect to article 13, she expressed two key concerns. First, the provisions relating to trade and investment could be made stronger: the primacy of human rights should be clearly stated and there should be a new provision requiring human rights language to be placed in trade and investment agreements.”); siehe überdies z.B. *Surya Deva*, *The Zero Draft of the Proposed Business and Human Rights Treaty, Part II: On the Right Track, but Not Ready Yet*, 14 August 2018, erhältlich im Internet unter: <<https://www.business-humanrights.org/en/blog/the-zero-draft-of-the-proposed-business-and-human-rights-treaty-part-ii-on-the-right-track-but-not-ready-yet/>> (zuletzt besucht am 10. September 2020) („These provisions, which are in line with Principle 9 of the Guiding Principles on Business and Human Rights (GPs), do not go far enough or in precise details as to what is needed to humanise IIAs. Nevertheless, these provisions could push states to reform their IIAs to ensure that investors do not castrate governments from taking necessary steps to protect human rights.”); *Bialek*, *Goettingen Journal of International Law* 9 (2019), 501 (524).

- 161 Human Rights Council, Report on the Fifth Session of the Open-ended Intergovernmental Working Group on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights, UN Doc. A/HRC/43/55 of 9 January 2020, para. 85.
- 162 Revised Draft of the Legally Binding Instrument to Regulate, in International Human Rights Law, the Activities of Transnational Corporations and other Business Enterprises v. 16. Juli 2019, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/WGTransCorp/Session5/Pages/Session5.aspx>> (zuletzt besucht am 10. September 2020).
- 163 Vgl. z.B. Human Rights Council, Report on the Fifth Session of the Open-ended Intergovernmental Working Group on Transnational Corporations and other Business Enterprises with Respect to Human Rights, UN Doc. A/HRC/43/55 of 9 January 2020, para. 17 („Some delegations requested greater clarification in article 12 (6) on the relationship between the legally binding instrument and trade and investment agreements. Many non-governmental organizations insisted that the provision should be expanded to indicate clearly the primacy of human rights over such agreements.”); *ibid.*, para. 90 („Several delegations requested clarification as to how article 12, on consistency with international law, should be interpreted with respect to States that were not parties to the legally binding instrument. That was specifically raised in relation to articles 12 (3) (a) and 12 (6). [...] Many non-governmental organizations called for article 12 (6) to be strengthened and to assert more clearly the supremacy of human rights over trade and investment treaties. Some delegations requested more clarification as to how the provision was to be interpreted, while another delegation proposed reverting back to the text of articles 13 (6) and 13 (7) of the zero draft, arguing that they had been clearer with regard to the relationship between the legally binding instrument and trade and investment agreements.”). Eine Ausnahme findet

Möglicherweise nicht zuletzt vor diesem Hintergrund fällt der jüngste und aktuelle Formulierungs- und Spezifizierungsversuch in Gestalt von Art. 14 Abs. 5 des 2020 „Second Revised Draft“ denn auch sprachlich wieder deutlich umfangreicher aus. In diesem Zusammenhang sollte zunächst hervorgehoben werden, dass der in Art. 14 Abs. 4 Satz 2 enthaltene Verweis auf die entsprechende Kollisionsregel des Art. 30 WVRK<sup>164</sup> hinsichtlich früherer völkerrechtlicher Verträge über denselben Gegenstand („relating to the same subject matter“) wie das anvisierte Abkommen über Unternehmen und Menschenrechte<sup>165</sup> sich bereits bei systematischer Betrachtung unter Heranziehung der Formulierung „on issues relevant to“ in Art. 14 Abs. 5 lit. a des 2020 „Second Revised Draft“ nach dem Willen der Urheber dieses aktuellen Abkommensentwurfs grundsätzlich nicht auf bestehende Handels- und Investitionsabkommen der Vertragsparteien beziehen soll. Diesbezüglich findet vielmehr ausschließlich die letztgenannte Regelung des Art. 14 Abs. 5 lit. a des 2020 „Second Revised Draft“ Anwendung.

Diese Vorschrift statuiert im Hinblick auf so genannte „Altverträge“ eine Verpflichtung der Vertragsparteien („shall ensure“), sicherzustellen, dass „any existing bilateral or multilateral agreements, including regional or sub-regional agreements, on issues relevant to this (Legally Binding Instrument) and its protocols, including trade and investment agreements, shall be interpreted and implemented in a manner that will not undermine or limit their capacity to fulfill their obligations under this (Legally Binding Instrument) and its protocols, as well as other relevant human rights conventions and instruments.“ In Bezug auf zukünftige wirtschaftsvölkerrechtliche Vereinbarungen sieht Art. 14 Abs. 5 lit. b des aktuellen Vertragsentwurfs vor, dass die Vertragsparteien „shall ensure that[...] [a]ny new bilateral or multilateral trade and investment agreements shall be compatible with the State Parties’ human rights obligations under this (Legally Binding Instrument) and its protocols, as well as other relevant human rights conventions and instruments.“<sup>166</sup>

Im Hinblick auf den Regelungsgehalt dieser Vorschrift ist zunächst zu konstatieren, dass Art. 14 Abs. 5 bezüglich seiner beiden Anwendungsdimensionen gemäß lit. a und lit. b, trotz der variierenden Wortwahl in den zwei Bestimmungen, in der Tat insgesamt und umfassend als eine Vorrangklausel zu interpretieren ist. Dies folgt in Bezug auf bestehende Abkommen aus der insoweit ersichtlich um die Statuierung eines sehr weitreichenden Anwendungsbezugs bemühten Formulierung „shall be interpreted and implemented in a manner that will not undermine or limit their capacity to fulfill their obligations“ in Art. 14 Abs. 5 lit. a des 2020 „Second Revised Draft“. Für zukünftige Handels- und Investitionsabkommen ergibt sich dieser Befund vor dem Hintergrund der in Art. 14 Abs. 5 lit. b enthaltenen Formulierung „shall be compatible“.

Dass insofern – im Unterschied zu den wohl in der völkerrechtlichen Vertragspraxis üblicheren Formulierungen wie sie beispielsweise in Art. 103 UN-Charta, Art. 11 Abs. 1 des Basler

sich lediglich im Zusammenhang mit einer Expertenansicht zu einem spezifischen Regelungsaspekt der Vorschrift, vgl. *ibid.*, Annex III, para. 19 („Focusing on article 12, the third expert suggested renaming the title of the article to “Relationship with other international agreements”. He supported the change in article 12 (6) of the revised draft legally binding instrument to cover “any bilateral or multilateral agreements”, which broadened the scope from the zero draft’s reference to only trade and investment agreements.”).

164 Vgl. zum Regelungsgehalt und der Struktur des Art. 30 WVRK bereits punktuell *supra* unter C.; sowie eingehender beispielsweise von *der Decken*, in: Dörr/Schmalenbach (Hrsg.), Vienna Convention on the Law of Treaties, Article 30, Rn. 1 ff., m.w.N.

165 Art. 14 Abs. 4 Satz 2 des 2020 „Second Revised Draft“ lautet: „Earlier treaties relating to the same subject matter as this (Legally Binding Instrument) shall apply only to the extent that their provisions are compatible with this (Legally Binding Instrument), in accordance with Article 30 of the Vienna Convention of the Law of the Treaties.“

166 Second Revised Draft of the Legally Binding Instrument to Regulate, in International Human Rights Law, the Activities of Transnational Corporations and other Business Enterprises v. 6. August 2020, erhältlich im Internet unter: <<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/WGTransCorp/Session6/Pages/Session6.aspx>> (zuletzt besucht am 10. September 2020).

Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung oder Art. 18 des Vertrages über das Verbot von Nuklearwaffen ihren positivrechtlichen Niederschlag gefunden haben – im Falle des Art. 14 Abs. 5 der Vorrang des Vertragsregimes nicht aus der Bestimmung selbst folgt, sondern den Vertragsparteien („shall ensure“) als rechtlich verbindliche Verpflichtung unter anderem bei der Ausgestaltung, Interpretation und Durchführung anderer entsprechender Abkommen zur Sicherstellung und Realisierung gleichsam aufgegeben ist, ändert schon deswegen nichts an der Qualifizierung dieser Vorschrift als Vorrangsklausel, da auch insoweit die in der internationalen Rechtsordnung weitgehend anerkannte Vermutung,<sup>167</sup> derzufolge die Parteien eines völkerrechtlichen Vertrages in Übereinstimmung mit den ihnen hieraus erwachsenden Verpflichtungen handeln,<sup>168</sup> im Hinblick auf diese Vorschrift sowie insbesondere im Kontext der nachfolgenden Auslegung und Anwendung entsprechender Wirtschaftsabkommen der Vertragsparteien zu berücksichtigen ist. Überdies sei hier auch daran erinnert, dass es, unabhängig vom Wortlaut der entsprechenden Hierarchieregelung, im Endeffekt immer die Vertragsparteien – sowie gegebenenfalls von diesen geschaffene bzw. autorisierte Streitbeilegungsgremien – sind, welche durch ihr Verhalten entweder sicherstellen, dass der Regelungsgehalt einer völkervertragsrechtlichen Vorrangsklausel in der internationalen Rechtspraxis verwirklicht wird, oder sich eben dafür entscheiden, beispielsweise im Rahmen der Aushandlung zukünftiger Abkommen keine entsprechenden Bemühungen an den Tag zu legen bzw. einer effektiven Realisierung dieses Regelungsgehalts – unter anderem durch die im Konfliktfall eine neutralisierende Wirkung entfaltende Aufnahme von divergierenden Vorrangsklauseln in andere Abkommen<sup>169</sup> – sogar aktiv entgegenzuwirken.<sup>170</sup> Insofern könnte man – zugegebenermaßen sicherlich etwas überspitzt formuliert – möglicherweise sogar sagen, dass die in Art. 14 Abs. 5 des 2020 „Second Revised Draft“ gewählte Formulierung sich im Ergebnis in Bezug auf die Realisierungsvoraussetzungen einer völkervertragsrechtlichen Vorrangsklausel als gleichsam „ehrlicher“ darstellt, als die in der völkerrechtlichen Vertragspraxis aktuell noch gebräuchlichere sprachliche Ausgestaltung solcher Hierarchieregelungen.

Bemerkenswert an der Vorrangsklausel des aktuellen Vertragsentwurfs ist weiterhin vor allem auch der Umstand, dass Art. 14 Abs. 5 des 2020 „Second Revised Draft“ in seinen beiden Regelungsdimensionen gemäß lit. a und b den Anwendungsbereich der Hierarchieanordnung

167 Allgemein zur Relevanz von Vermutungsregeln in den verschiedenen Regelungsfeldern des Völkerrechts beispielsweise *Bleckmann*, in: Achterberg/Krawietz/Wyduckel (Hrsg.), Festschrift Scupin, 407 ff.; *Pauwelyn*, Conflict of Norms, 240 ff.; *Grando*, Evidence, Proof, and Fact-Finding, 93 ff.; *Mosk*, RdC 304 (2003), 9 (139 f.); *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, 562 ff.; *Cheng*, General Principles of Law as Applied by International Courts and Tribunals, 304 ff.; sowie eingehend bereits frühzeitig *Grossen*, Les Présomptions en Droit International Public, 53 ff., jeweils m.w.N.

168 Siehe hierzu unter anderem WTO, *European Communities – Measures Concerning Meat and Meat Products (Hormones)*, Original Complaint by the United States, Recourse to Arbitration by the European Communities under Article 22.6 of the DSU, Decision by the Arbitrators v. 12. Juli 1999, WT/DS26/ARB, para. 9 („WTO Members, as sovereign entities, can be *presumed* to act in conformity with their WTO obligations.“) (Hervorhebung im Original); WTO, *European Communities – Trade Description of Sardines*, WT/DS231/AB/R, Report of the Appellate Body v. 26. September 2002, para. 278 („We must assume that Members of the WTO will abide by their treaty obligations in good faith, as required by the principle of *pacta sunt servanda* articulated in Article 26 of the *Vienna Convention*. And, always in dispute settlement, every Member of the WTO must assume the good faith of every other Member.“) (Hervorhebungen im Original); *Grossen*, Les Présomptions en Droit International Public, 60 ff.; *Pauwelyn*, Conflict of Norms, 240 ff.; *Nowrot*, in: Delbrück u.a. (Hrsg.), Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Walther-Schücking-Instituts für Internationales Recht, 607 (628 ff.).

169 Zur Konstellation und rechtlichen Bewertung konfligierender völkervertragsrechtlicher Vorrangsklauseln vgl. z.B. *Matz-Lück*, Treaties, Conflict Clauses, Rn. 10, in: Wolfrum (Hrsg.), Max Planck Encyclopedia of Public International Law, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. September 2020); *von der Decken*, in: Dörr/Schmalenbach (Hrsg.), Vienna Convention on the Law of Treaties, Article 30, Rn. 19.

170 Zu diesen letztgenannten beiden Handlungsoptionen siehe unter anderem bereits *von der Decken*, in: Dörr/Schmalenbach (Hrsg.), Vienna Convention on the Law of Treaties, Article 30, Rn. 20.

– im Unterschied zur Vorgängervorschrift des Art. 12 Abs. 6 des 2019 „Revised Draft“ – nicht mehr auf die in dem anvisierten Vertragswerk einschließlich eventueller Zusatzprotokolle enthaltenen Verhaltensvorgaben beschränkt, sondern auch vertragsexterne Rechtspflichten aus „other relevant human rights conventions and instruments“ mitumfasst.<sup>171</sup> Zur Konkretisierung dieser etwas vagen – und mit der Formulierung „instrument“ von ihrem Wortlaut her potentiell auch einschlägige Steuerungsinstrumente aus dem Bereich des soft law einschließenden – Regelungsaussage lässt sich auf der Grundlage einer systematischen Betrachtung die Bestimmung des Art. 3 Abs. 3 des 2020 „Second Revised Draft“ heranziehen, wonach der Anwendungsbereich des geplanten Abkommens im Hinblick auf die zu berücksichtigenden völkerrechtlichen Individualgarantien „shall cover all internationally recognized human rights and fundamental freedoms emanating from the Universal Declaration of Human Rights, any core international human rights treaty and fundamental ILO convention to which a state is a party, and customary international law“. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Formulierung „other relevant human rights conventions and instruments“ i.S.d. Art. 14 Abs. 5 des 2020 „Second Revised Draft“ in der Weise enger zu verstehen ist, als hiervon, erstens, nur völkerrechtlich verbindliche Individualgarantien – und damit nicht auch solche normativen Vorgaben aus dem Bereich des soft law<sup>172</sup> – erfasst sind und, zweitens, auch diese nur insoweit, als die entsprechende Vertragspartei des anvisierten Abkommens über Unternehmen und Menschenrechte selbst hieran gebunden ist. Gleichwohl ist es nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieses nunmehr erweiterten Anwendungsbereichs der Vorrangklausel des Art. 14 Abs. 5 des 2020 „Second Revised Draft“ aus den bereits im Vorgenannten angeführten Erwägungen<sup>173</sup> als bedauerlich zu werten, dass auch der aktuelle Vertragsentwurf in seinem Art. 18 eine lediglich dispositive und vergleichsweise „weich“ formulierte Streitbeilegungsklausel vorsieht.

Trotz dieser kritischen Anmerkung ist jedoch abschließend hervorzuheben, dass der jüngst veröffentlichte 2020 „Second Revised Draft“ – der natürlich mit Sicherheit nicht die letzte Entwurfsfassung im Rahmen der aller Voraussicht nach noch langen Vertragsverhandlungen sein wird – zumindest einmal mehr verdeutlicht, dass das aktuelle Vorhaben der Ausarbeitung und Verabschiedung eines völkerrechtlichen Abkommens mit dem Ziel einer Regulierung von Unternehmen im Bereich des Menschenrechtsschutzes gerade im Hinblick auf die anvisierte Statuierung einer Vorrangklausel und ihre inhaltliche Ausgestaltung insgesamt betrachtet durchaus bislang ein gleichsam „mutiges“ und ambitioniertes Projekt geblieben ist, welches zweifelsohne weiterhin das Potential hat, zu einer Art von mehr oder weniger großem Meilenstein auf dem weiteren Weg hin zur Herausbildung einer verstärkt individualorientierten internationalen Rechtsordnung – und damit dem Entstehen eines Individualvölkerrechts in einem umfassenderen Sinne – zu werden.<sup>174</sup>

Dieser normative und strukturelle Transformationseffekt hat allerdings natürlich zur Voraussetzung, dass das anvisierte Abkommen überhaupt einmal in einer gerade auch in Bezug auf die Vorrangklausel mit den aktuellen Entwürfen vergleichbaren Gestalt in Kraft tritt und von einem möglichst breiten Konsens in der internationalen (Staaten-)Gemeinschaft getragen wird. Und dieses völkerrechtliche Sein oder Nichtsein des Abkommens über Unternehmen und Menschenrechte scheint denn auch hier wieder einmal die wirklich große Frage zu sein.

171 Vgl. zu dieser Option auch bereits kurz *supra* unter C.

172 Zur Relevanz von soft law im Regime des internationalen Menschenrechtsschutzes vgl. beispielsweise *Tomuschat*, Human Rights, 45 f.

173 Siehe hierzu *supra* unter D.

174 Vgl. zu dieser Wahrnehmung bereits *supra* unter E.

## Literaturverzeichnis

- AAKEN, Anne van, Defragmentation of Public International Law Through Interpretation: A Methodological Proposal, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 16 (2009), 483-512.
- ALEXY, Robert, *Theorie der juristischen Argumentation*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1991.
- ALVAREZ, José Enrique, The Public International Law Regime Governing International Investment, *Recueil des Cours* 344 (2009), 193-541.
- ARNAULD, Andreas von, *Völkerrecht*, 4. Auflage, Heidelberg 2019.
- ARNOLD, Denis G., Corporations and Human Rights Obligations, *Business and Human Rights Journal* 1 (2016), 255-275.
- AUFRICHT, Hans, Supersession of Treaties in International Law, *Cornell Law Quarterly* 37 (1952), 655-700.
- AUST, Anthony, *Modern Treaty Law and Practice*, 3. Auflage, Cambridge 2013.
- BENEDEK, Wolfgang, GATT – The Uruguay Round – WTO, in: Wolfrum, Rüdiger/Philipp, Christiane (Hrsg.), *United Nations: Law, Policies and Practice*, Band 1, Dordrecht/London/Boston 1995, 532-547.
- BERNSTORFF, Jochen von, Extraterritoriale menschenrechtliche Staatenpflichten und Corporate Social Responsibility, *Archiv des Völkerrechts* 49 (2011), 34-63.
- BESSON, Samantha, Community Interests in International Law: Whose Interests Are They and How Should We Best Identify Them?, in: Benvenisti, Eyal/Nolte, Georg (Hrsg.), *Community Interests Across International Law*, Oxford 2018, 36-49.
- BIALEK, Julia, Evaluating the Zero Draft on a UN Treaty on Business and Human Rights: What Does it Regulate and how Likely is its Adoption by States?, *Goettingen Journal of International Law* 9 (2019), 501-536.
- BIANCHI, Andrea, Textual Interpretation and (International) Law Reading: The Myth of (In)determinacy and the Genealogy of Meaning, in: Bekker, Pieter H.F./Dolzer, Rudolf/Waibel, Michael (Hrsg.), *Making Transnational Law Work in the Global Economy – Essays in Honour of Detlev Vagts*, Cambridge 2010, 34-55.
- BILCHITZ, David, Corporations and the Limits of State-Based Models for Protecting Fundamental Rights in International Law, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 23 (2016), 143-170.
- The Necessity for a Business and Human Rights Treaty, *Business and Human Rights Journal* 1 (2016), 203-227.
- BIRCHALL, David, Between Apology and Utopia: The Indeterminacies of the Zero Draft Treaty on Business and Human Rights, *Suffok Transnational Law Review* 42 (2019), 289-325.
- BIX, Brian, *Law, Language and Legal Determinacy*, Oxford 1993.
- BLECKMANN, Albert, Die Völkerrechtsordnung als System von Rechtsvermutungen, in: Achterberg, Norbert/Krawietz, Werner/Wyduckel, Dieter (Hrsg.), *Recht und Staat im sozialen Wandel – Festschrift für Hans Ulrich Scupin zum 80. Geburtstag*, Berlin 1983, 407-427.
- BODENDIEK, Frank, *Walther Schückings Konzeption der internationalen Ordnung*, Berlin 2001.
- BONNITCHA, Jonathan, *Substantive Protection under Investment Treaties*, Cambridge 2014.
- BOOR, Felix/NOWROT, Karsten, Die Konkretisierung völkervertragsrechtlicher Investitionsschutzstandards: „Schlossallee“ oder „Badstraße“ auf dem Weg zu mehr Rechtssicherheit?, *Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht* 7 (2016), 91-105.
- Von Wirtschaftssanktionen und Energieversorgungssicherheit: Völkerrechtliche Betrachtungen zu staatlichen Handlungsoptionen in der Ukraine-Krise, *Die Friedens-Warte* 89 (2014), 211-248.
- BORGEN, Christopher J., Treaty Conflicts and Normative Fragmentation, in: Hollis, Duncan B. (Hrsg.), *The Oxford Guide to Treaties*, Oxford 2012, 448-471.
- Resolving Treaty Conflicts, *George Washington International Law Review* 37 (2005), 573-648.
- BORN, Gary/FORREST, Stephanie, Amicus Curiae Participation in Investment Arbitration, *ICSID Review – Foreign Investment Law Journal* 34 (2019), 626-665.
- BOYLE, Alan/CHINKIN, Christine, *The Making of International Law*, Oxford 2007.
- BRAUN, Tillmann Rudolf, Ausprägungen der Globalisierung: Der Investor als partielles Subjekt im Internationalen Investitionsrecht, Baden-Baden 2012.
- The Effects of Globalization on the Development of International Investment Law, in: Hobe, Stephan (Hrsg.), *Globalisation – The State and International Law*, Stuttgart 2009, 51-60.
- BROUDE, Tomer/HAFTEL, Yoram Z./THOMPSON, Alexander, Who Cares about Regulatory Space in BITS? A Comparative International Approach, in: Roberts, Anthea/Stephan, Paul B./Verdier, Pierre-Hugues/Versteeg, Mila (Hrsg.), *Comparative International Law*, Oxford 2018, 527-545.
- BRUNE, Julia, *Menschenrechte und transnationale Unternehmen - Grenzen und Potentiale des UN Framework for Business and Human Rights*, Baden-Baden 2020.
- BRUNER, Jerome S./GOODNOW, Jacqueline J./AUSTIN, George A., *A Study of Thinking*, New York 1956.
- BRYDE, Brun-Otto, Konstitutionalisierung des Völkerrechts und Internationalisierung des Verfassungsrechts, *Der Staat* 42 (2003), 61-75.

- CALAMITA, N. Jansen, *International Human Rights Law and the Interpretation of International Investment Treaties: Constitutional Considerations*, in: Baetens, Freya (Hrsg.), *Investment Law within International Law – Integrationist Perspectives*, Cambridge 2013, 164-184.
- CANTÚ RIVERA, Humberto, *Negotiating a Treaty on Business and Human Rights: The Early Stages*, *University of New South Wales Law Journal* 40 (2017), 1200-1222.
- CARRILLO SALCEDO, Juan Antonio, *Reflections on the Existence of a Hierarchy of Norms in International Law*, *European Journal of International Law* 8 (1997), 583-595.
- CASSELL, Douglass/RAMASASTRY, Anita, *White Paper: Options for a Treaty on Business and Human Rights*, *Notre Dame Journal of International and Comparative Law* 6 (2016), 1-50.
- CATÁ BACKER, Larry, *Principled Pragmatism in the Elaboration of a Comprehensive Treaty on Business and Human Rights*, in: Deva, Surya/Bilchitz, David (Hrsg.), *Building a Treaty on Business and Human Rights – Context and Contours*, Cambridge 2017, 105-130.
- *Shaping a Global Law for Business Enterprises: Framing Principles and the Promise of a Comprehensive Treaty on Business and Human Rights*, *North Carolina Journal of International Law* 42 (2017), 417-504.
- CHENG, Bin, *General Principles of Law as applied by International Courts and Tribunals*, Cambridge 1953.
- CHOUDHURY, Barnali, *Exception Provisions as a Gateway to Incorporating Human Rights Issues into International Investment Agreements*, *Columbia Journal of Transnational Law* 49 (2011), 670-716.
- COLLINS, David, *An Introduction to International Investment Law*, Cambridge 2017.
- CORTEN, Olivier/KLEIN, Pierre (Hrsg.), *The Vienna Conventions on the Law of Treaties, A Commentary*, Band I, Oxford/New York 2011.
- COTTIER, Thomas, *Trade and Human Rights: A Relationship to Discover*, *Journal of International Economic Law* 5 (2002), 111-132.
- COTULA, Lorenzo, *(Dis)integration in Global Resource Governance: Extractivism, Human Rights, and Investment Treaties*, *Journal of International Economic Law* 23 (2020), 431-454.
- COX, Johanne M., *Expropriation in Investment Treaty Arbitration*, Oxford 2019.
- CRAWFORD, James, *Brownlie's Principles of Public International Law*, 9. Auflage, Oxford 2019.
- CZAPLINKSI, W./DANILENKO, G., *Conflicts of Norms in International Law*, *Netherlands Yearbook of International Law* 21 (1990), 3-42.
- DAHM, Georg/DELBRÜCK, Jost/WOLFRUM, Rüdiger, *Völkerrecht*, Band I/3, 2. Auflage, Berlin 2002.
- *Völkerrecht*, Band I/1, 2. Auflage, Berlin/New York 1989.
- DE BRABANDERE, Eric, *Human Rights and International Investment Law*, in: Krajewski, Markus/Hoffmann, Rhea Tamara (Hrsg.), *Research Handbook on Foreign Direct Investment*, Cheltenham 2019, 619-645.
- DE LUCA, Anna/SACERDOTI, Giorgio, *Investment Dispute Settlement*, in: Krajewski, Markus/Hoffmann, Rhea Tamara (Hrsg.), *Research Handbook on Foreign Direct Investment*, Cheltenham 2019, 193-240.
- DE SCHUTTER, Olivier, *Towards a New Treaty on Business and Human Rights*, *Business and Human Rights Journal* 1 (2015), 41-67.
- *Sovereignty-plus in the Era of Interdependence: Toward an International Convention on Combating Human Rights Violations by Transnational Corporations*, in: Bekker, Pieter H.F./Dolzer, Rudolf/Waibel, Michael (Hrsg.), *Making Transnational Law Work in the Global Economy – Essays in Honour of Detlev Vagts*, Cambridge 2010, 245-284.
- DELBRÜCK, Jost, *Prospects for a “World (Internal) Law?”: Legal Developments in a Changing International System*, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 9 (2002), 401-431.
- DEVA, Surya, *The Zero Draft of the Proposed Business and Human Rights Treaty, Part II: On the Right Track, but Not Ready Yet*, 14 August 2018, erhältlich im Internet unter: <<https://www.business-humanrights.org/en/blog/the-zero-draft-of-the-proposed-business-and-human-rights-treaty-part-ii-on-the-right-track-but-not-ready-yet/>> (zuletzt besucht am 10. September 2020).
- *Scope of the Proposed Business and Human Rights Treaty – Navigating through Normativity, Law and Politics*, in: Deva, Surya/Bilchitz, David (Hrsg.), *Building a Treaty on Business and Human Rights – Context and Contours*, Cambridge 2017, 154-182.
- DIGGELMANN, Oliver/ALTWICKER, Tilmann, *Is there Something like a Constitution of International Law?*, *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 68 (2008), 623-650.
- DÖRR, Oliver, *Unternehmensverantwortung im Völkerrecht*, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht* 50 (2020), 133-164.
- *Quellenübergreifendes*, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), *Völkerrecht*, 7. Auflage, München 2018, 580-588.
  - *„Privatisierung“ des Völkerrechts*, *JuristenZeitung* 60 (2005), 905-916.
- DÖRR, Oliver/SCHMALENBACH, Kirsten (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties – A Commentary*, 2. Auflage, Heidelberg 2018.

- DOLZER, Rudolf, Menschenrechte im internationalen Wirtschaftsrecht, in: Herdegen, Matthias/Klein, Hans Hugo/Papier, Hans-Jürgen/Scholz, Rupert (Hrsg.), Staatsrecht und Politik – Festschrift für Roman Herzog zum 75. Geburtstag, München 2009, 55-66.
- Der Staat aus der Sicht des internationalen Wirtschaftsrechts, in: Deppenheuer, Otto/Heintzen, Markus/Jestaedt, Matthias/Axer, Peter (Hrsg.), Staat im Wort – Festschrift für Josef Isensee, Heidelberg 2007, 61-72.
  - The Impact of International Investment Treaties on Domestic Administrative Law, New York University Journal of International Law and Politics 37 (2005), 953-972.
- DOLZER, Rudolf/SCHREUER, Christoph, Principles of International Investment Law, 2. Auflage, Oxford 2012.
- DREIER, Horst, Hierarchische Verwaltung im demokratischen Staat, Tübingen 1991.
- DROUBI, Sufyan, Transnational Corporations and International Human Rights Law, Notre Dame Journal of International and Comparative Law 6 (2016), 119-144.
- DÜNNWALD, Sonja, Bilateral and Multilateral Investment Treaties und Their Relationship with Environmental Norms and Measures, Berlin 2015.
- DUMBERRY, Patrick/DUMAS-AUBIN, Gabrielle, When and How Allegations of Human Rights Violations can be Raised in Investor-State Arbitration, Journal of World Investment & Trade 13 (2012), 349-372.
- DUPUY, Pierre-Marie, Unification Rather than Fragmentation of International Law? The Case of International Investment Law and Human Rights Law, in: ders./Francioni, Francesco/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, Oxford/New York 2009, 45-62.
- The Constitutional Dimension of the Charter of the United Nations Revisited, Max Planck Yearbook of United Nations Law 1 (1997), 1-33.
- DUPUY, Pierre-Marie/VINUALES, Jorge E., Human Rights and Investment Disciplines: Integration in Progress, in: Bungenberg, Marc/Griebel, Jörn/Hobe, Stephan/Reinisch, August (Hrsg.), International Investment Law, Baden-Baden 2015, 1739-1767.
- DWORKIN, Ronald, Law's Empire, Cambridge 1986.
- FACH GÓMEZ, Katia, Rethinking the Role of Amicus Curiae in International Investment Arbitration: How to Draw the Line Favorably for the Public Interest, Fordham International Law Journal 35 (2012), 510-564.
- FASSBENDER, Bardo, The United Nations Charter as the Constitution of the International Community, Leiden/Boston 2009.
- The Meaning of International Constitutional Law, in: Tsagourias, Nicholas (Hrsg.), Transnational Constitutionalism, Cambridge 2007, 307-328.
  - The United Nations Charter as Constitution of the International Community, Columbia Journal of Transnational Law 36 (1998), 529-619.
- FASTENRATH, Ulrich, A Political Theory of Law: Escaping the Aporia of the Debate on the Validity of Legal Argument in Public International Law, in: ders./Geiger, Rudolf/Khan, Daniel-Erasmus u.a. (Hrsg.), From Bilateralism to Community Interest – Essays in Honour of Judge Bruno Simma, Oxford/New York 2011, 58-78.
- FINKE, Jasper, Regime-Collisions: Tensions between Treaties (and How to Solve Them), in: Tams, Christian J./Tzanakopoulos, Antonios/Zimmermann, Andreas (Hrsg.), Research Handbook on the Law of Treaties, Cheltenham 2014, 415-446.
- FORD, Jolyon/METHVEN O'BRIEN, Claire, Empty Rituals or Workable Models? Towards a Business and Human Rights Treaty, University of New South Wales Law Journal 40 (2017), 1223-1248.
- FROWEIN, Jochen Abr., Konstitutionalisierung des Völkerrechts, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht 39 (2000), 427-447.
- Das Staatengemeinschaftsinteresse – Probleme bei Formulierung und Durchsetzung, in: Hailbronner, Kay/Ress, Georg/Stein, Torsten (Hrsg.), Staat und Völkerrechtsordnung – Festschrift für Karl Doehring, Berlin/Heidelberg/New York u.a. 1989, 219-228.
- GÄRDITZ, Klaus Ferdinand, Bridge of Varvarin, American Journal of International Law 108 (2014), 86-93.
- GARCÍA-BOLÍVAR, Omar E., Sovereignty v. Investment Protection: Back to Calvo?, ICSID Review – Foreign Investment Law Journal 24 (2009), 464-488.
- GARDINER, Richard K., Treaty Interpretation, 2. Auflage, Oxford 2015.
- GAZZINI, Tarcisio, Interpretation of International Investment Treaties, Oxford/Portland 2016.
- GHOURI, Ahmad Ali, Determining Hierarchy Between Conflicting Treaties: Are There Vertical Rules in the Horizontal System?, Asian Journal of International Law 2 (2012), 235-266.
- GLÖCKLE, Caroline, Die ungewisse Zukunft des WTO Appellate Body, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 31 (2020), 356-364.
- GRANDO, Michelle T., Evidence, Proof, and Fact-Finding in WTO Dispute Settlement, Oxford 2009.
- GROSSEN, Jacques-Michel, Les Présomptions en Droit International Public, Neuchatel 1954.
- HÄBERLE, Peter, Nationales Verfassungsrecht, regionale „Staatenverbände“ und das Völkerrecht als universales Menschheitsrecht: Konvergenzen und Divergenzen, in: Gaitanides, Charlotte/Kadelbach, Stefan/Iglesias, Gil Carlos Rodriguez (Hrsg.), Europa und seine Verfassung – Festschrift für Manfred Zuleeg zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 2005, 80-91.

- HAHN, Michael J., Vital Interests and the Law of GATT: An Analysis of GATT's Security Exception, *Michigan Journal of International Law* 12 (1991), 558-620.
- HANNIKAINEN, Lauri, Peremptory Norms (Jus Cogens) in International Law: Historical Developments, Criteria, Present Status, Helsinki 1988.
- HAPP, Richard, Schiedsverfahren zwischen Staaten und Investoren nach Artikel 26 Energiechartavertrag, Frankfurt am Main 2000.
- HART, Herbert L.A., *The Concept of Law*, 2. Aufl. mit einem von Penelope A. Bulloch und Joseph Raz editierten Nachwort, Oxford/New York 1997.
- Der Positivismus und die Trennung von Recht und Moral, in: ders., *Recht und Moral – Drei Aufsätze*, aus dem Englischen übersetzt und mit einer Einleitung herausgegeben von Norbert Hoerster, Göttingen 1971, 14-57.
- HEINEMANN, Andreas, Business Enterprises in Public International Law: The Case for an International Code on Corporate Responsibility, in: Fastenrath, Ulrich/Geiger, Rudolf/Khan, Daniel-Erasmus/Paulus, Andreas/Schorlemer, Sabine von/Vedder, Christoph (Hrsg.), *From Bilateralism to Community Interest – Essays in Honour of Judge Bruno Simma*, Oxford/New York 2011, 718-735.
- HEINTSCHEL VON HEINEGG, Wolff, Auslegung völkerrechtlicher Verträge, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), *Völkerrecht*, 7. Auflage, München 2018, 472-481.
- Der Geltungsbereich von Verträgen, in: Ipsen, Knut (Hrsg.), *Völkerrecht*, 7. Auflage, München 2018, 481-493.
- HENRIKSEN, Anders, *International Law*, Oxford 2017.
- HERNÁNDEZ, Gleider, *International Law*, Oxford 2019.
- HERRMANN, Christoph/WEISS, Wolfgang/OHLER, Christoph, *Welthandelsrecht*, 2. Auflage, München 2007.
- HESSE, Konrad, *Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, 20. Auflage, Heidelberg 1995.
- HIGGINS, Rosalyn/WEBB, Philippa/AKANDE, Dapo/SIVAKUMARAN, Sandesh/SLOAN, James, *Oppenheim's International Law*, United Nations, Band II, Oxford 2017.
- HILF, Meinhard/HÖRMANN, Saskia, Die WTO – Eine Gefahr für die Verwirklichung der Menschenrechte, *Archiv des Völkerrechts* 43 (2005), 397-463.
- HILF, Meinhard/OETER, Stefan, Perspektiven der Welthandelsordnung, in: dies. (Hrsg.), *WTO-Recht – Rechtsordnung des Welthandels*, 2. Auflage, Baden-Baden 2010, 706-719.
- HILF, Meinhard/SALOMON, Tim René, Das Streitbeilegungssystem der WTO, in: Hilf, Meinhard/Oeter, Stefan (Hrsg.), *WTO-Recht – Rechtsordnung des Welthandels*, 2. Auflage, Baden-Baden 2010, 165-202.
- HILPOLD, Peter, Human Rights and WTO Law: From Conflict to Coordination, *Archiv des Völkerrechts* 45 (2007), 484-516.
- HINGST, Ulla, *Auswirkungen der Globalisierung auf das Recht der völkerrechtlichen Verträge*, Berlin 2001.
- HIRSCH, Moshe, Investment Tribunals and Human Rights Treaties: A Sociological Perspective, in: Baetens, Freya (Hrsg.), *Investment Law within International Law – Integrationist Perspectives*, Cambridge 2013, 85-105.
- Investment Tribunals and Human Rights: Divergent Paths, in: Dupuy, Pierre-Marie/Francioni, Francesco/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), *Human Rights in International Investment Law and Arbitration*, Oxford/New York 2009, 97-117.
  - Interactions between Investment and Non-Investment Obligations, in: Muchlinski, Peter/Ortino, Federico/Schreuer, Christoph (Hrsg.), *International Investment Law*, Oxford/New York 2008, 154-181.
- HOBE, Stephan, *Einführung in das Völkerrecht*, 11. Auflage, Tübingen 2020.
- HÖLKEN, Christoph, *Systemische Integration von Investitionsschutzabkommen*, Baden-Baden 2017.
- HÖRMANN, Saskia, WTO und Menschenrechte, in: Hilf, Meinhard/Oeter, Stefan (Hrsg.), *WTO-Recht – Rechtsordnung des Welthandels*, 2. Auflage, Baden-Baden 2010, 596-615.
- HOFFMANN-RIEM, Wolfgang, Praktische Konkordanz im Verfassungsrechtsdenken von Konrad Hesse, *Archiv des öffentlichen Rechts* 144 (2019), 467-485.
- JACOB, Marc/SCHILL, Stephan W., Fair and Equitable Treatment: Content, Practice, Method, in: Bungenberg, Marc/Griebel, Jörn/Hobe, Stephan/Reinisch, August (Hrsg.), *International Investment Law*, Baden-Baden 2015, 700-763.
- JENKS, C. Wilfred, The Conflict of Law-Making Treaties, *British Yearbook of International Law* 30 (1953), 401-453.
- JENNINGS, Sir Robert/WATTS, Sir Arthur, *Oppenheim's International Law*, Band I, Parts 2 to 4, 9. Auflage, London 1992.
- *Oppenheim's International Law*, Band I, Introduction and Part 1, 9. Auflage, London 1992.
- KADELBACH, Stefan, *Zwingendes Völkerrecht*, Berlin 1992.
- KADELBACH, Stefan/KLEINLEIN, Thomas, Überstaatliches Verfassungsrecht, *Archiv des Völkerrechts* 44 (2006), 235-266.
- KAMMINGA, Menno T., Corporate Social Responsibility and International Law, in: *International Law Association (Hrsg.), Report of the Seventy-First Session held in Berlin 16-21 August 2004*, London 2004, 422-427.

- KANALAN, Ibrahim, Die universelle Durchsetzung des Rechts auf Nahrung gegen transnationale Unternehmen, Tübingen 2015.
- KAUSHAL, Asha, Revisiting History: How the Past Matters for the Present Backlash Against the Foreign Investment Regime, *Harvard International Law Journal* 50 (2009), 491-534.
- KELSEN, Hans, *The Law of the United Nations – A Critical Analysis of its Fundamental Problems*, London 1950.
- Conflicts between Obligations under the Charter of the United Nations and Obligations under other International Agreements, *University of Pittsburgh Law Review* 10 (1949), 284-294.
- KIRKEBO, Tori Loven/LANGFORD, Malcolm, Ground-Breaking? An Empirical Assessment of the Draft Business and Human Rights Treaty, *American Journal of International Law Unbound* 114 (2020), 179-185.
- KLABBERS, Jan, *International Law*, 2. Auflage, Cambridge 2017.
- KLABBERS, Jan/PETERS, Anne/ULFSTEIN, Geir, *The Constitutionalization of International Law*, Oxford/New York 2009.
- KLEIN, Nicolas, Das Investitionsschutzrecht als völkerrechtliches Individualschutzrecht im Mehrebenensystem, Baden-Baden 2018.
- Human Rights and International Investment Law: Investment Protection as Human Right?, *Goettingen Journal of International Law* 4 (2012), 199-215.
- KLEINLEIN, Thomas, *Konstitutionalisierung im Völkerrecht*, Heidelberg/Dordrecht/London u.a. 2012.
- KLIMKE, Romy/LORENZONI ESCOBAR, Lina/TIETJE, Christian, Fünf Jahre UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, *Vereinte Nationen* 64 (2016), 243-247.
- KLUTTIG, Bernhard, *Welthandelsrecht und Umweltschutz – Kohärenz statt Konkurrenz*, Halle/Saale 2003.
- KOENEN, Thomas, *Wirtschaft und Menschenrechte – Staatliche Schutzpflichten auf der Basis regionaler und internationaler Menschenrechtsverträge*, Berlin 2012.
- KOLB, Robert, *Théorie du Ius Cogens International*, *Revue belge de droit international* 36 (2003), 5-55.
- KOLIEB, Jonathan, Advancing the Business and Human Rights Treaty Project Through International Criminal Law: Assessing the Options for Legally-Binding Corporate Human Rights Obligations, *Georgetown Journal of International Law* 50 (2019), 789-838.
- KOSKENNIEMI, Martti, Hierarchy in International Law: A Sketch, *European Journal of International Law* 8 (1997), 566-582.
- KOTZUR, Markus, Good Faith (Bona fide) (January 2009), in: Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <www.mpepil.com/> (zuletzt besucht am 10. September 2020).
- KRAJEWSKI, Markus, A Nightmare or a Noble Dream? Establishing Investor Obligations Through Treaty-Making and Treaty-Application, *Business and Human Rights Journal* 5 (2020), 105-129.
- *Völkerrecht*, 2. Auflage, Baden-Baden 2020.
  - The State Duty to Protect Against Human Rights Violations through Transnational Business Activities, *Deakin Law Review* 23 (2018), 13-39.
  - Ensuring the Primacy of Human Rights in Trade and Investment Policies: Model Clauses for a UN Treaty on Transnational Corporations, other Businesses and Human Rights, Brüssel 2017.
  - *Wirtschaftsvölkerrecht*, 4. Auflage, Heidelberg 2017.
  - Rechtliche Steuerung transnationaler Unternehmen, in: Giegerich, Thomas (Hrsg.), *Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht in der Krise*, Berlin 2011, 35-70.
- KRAJEWSKI, Markus/CEYSSENS, Jan, Internationaler Investitionsschutz und innerstaatliche Regulierung, *Archiv des Völkerrechts* 45 (2007), 180-216.
- KRIEBAUM, Ursula, Expropriation, in: Bungenberg, Marc/Griebel, Jörn/Hobe, Stephan/Reinisch, August (Hrsg.), *International Investment Law*, Baden-Baden 2015, 959-1030.
- KRIEGER, Heike, Verfassung im Völkerrecht – Konstitutionelle Elemente jenseits des Staates?, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 75 (2016), 439-472.
- KUHN, Thomas S., *The Structure of Scientific Revolutions*, 3. Auflage, Chicago/London 1996.
- KULICK, Andreas, *Global Public Interest in International Investment Law*, Cambridge 2012.
- LAGOUTTE, Stéphanie, New Challenges Facing States within the Field of Human Rights and Business, *Nordic Journal of Human Rights* 33 (2015), 158-180.
- LAUTERPACHT, Elihu, *International Law and Private Foreign Investment*, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 4 (1997), 259-276.
- LAUTERPACHT, Hersch, The Covenant as the “Higher Law”, *British Yearbook of International Law* 17 (1936), 54-65.
- LEE, Jaemin, Taming Investor-State Arbitration?, in: Chaisse, Julien/Lin, Tsai-Yu (Hrsg.), *International Economic Law and Governance – Essays in Honour of Mitsuo Matsushita*, Oxford 2016, 131-152.
- LEVINE, Eugenia, Amicus Curiae in International Investment Arbitration: The Implications of an Increase in Third-Party Participation, *Berkeley Journal of International Law* 29 (2011), 200-224.

- LIBERTI, Lahra, The Relevance of Non-Investment Treaty Obligations in Assessing Compensation, in: Dupuy, Pierre-Marie/Francioni, Francesco/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), *Human Rights in International Investment Law and Arbitration*, Oxford/New York 2009, 557-564.
- LIIVOJA, Rain, The Scope of the Supremacy Clause of the United Nations Charter, *International and Comparative Law Quarterly* 57 (2008), 583-612.
- LIM, Chin Leng/HO, Jean/PAPARINSKIS, Martins, *International Investment Law and Arbitration*, Cambridge 2018.
- LOEWEWITZ, Marc, *Das WTO Dispute Settlement System in der Krise*, Halle/Saale 2019.
- LOPEZ, Carlos, Struggling to Take Off?: The Second Session of Intergovernmental Negotiations on a Treaty on Business and Human Rights, *Business and Human Rights Journal* 2 (2017), 365-370.
- LOPEZ, Carlos/SHEA, Ben, Negotiating a Treaty on Business and Human Rights: A Review of the First Intergovernmental Session, *Business and Human Rights Journal* 1 (2015), 111-116.
- LÓPEZ LATORRE, Andrés Felipe, In Defence of Direct Obligations for Businesses under International Human Rights Law, *Business and Human Rights Journal* 5 (2020), 56-83.
- LUHMANN, Niklas, *Soziale Systeme – Grundriß einer allgemeinen Theorie*, 4. Auflage, Frankfurt am Main 1993.
- *Soziologie als Theorie sozialer Systeme*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 19 (1967), 615-644.
- MACCORMICK, D. Neil/SUMMERS, Robert S., Interpretation and Justification, in: dies. (Hrsg.), *Interpreting Statutes*, Aldershot/Brookfield/Hong Kong u.a. 1991, 511-544.
- MACDONALD, R. St. J., Fundamental Norms in Contemporary International Law, *Canadian Yearbook of International Law* 25 (1987), 115-149.
- MADISON, James, The Federalist No. 37, in: *The Federalist Papers by Alexander Hamilton, James Madison and John Jay*, edited and with an Introduction by Garry Wills, New York/Toronto/London u.a. 1982, 175-182.
- MARAUHN, Thilo, Sicherung grund- und menschenrechtlicher Standards gegenüber neuen Gefährdungen durch private und ausländische Akteure, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 74 (2015), 373-403.
- MARCEAU, Gabrielle, Conflicts of Norms and Conflicts of Jurisdiction: The Relationship between the WTO Agreement and MEAs and other Treaties, *Journal of World Trade* 35 (2001), 1081-1131.
- MARKIEWICZ, Graham, The Logical Next Step: Motivations on the Formation of a Business and Human Rights Treaty, *Minnesota Journal of International Law* 26 (2017), 63-80.
- MASSOUD, Sofia, *Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aktivitäten von transnationalen Unternehmen*, Berlin 2018.
- „Unternehmen und Menschenrechte“ – Überzeugende progressive Ansätze mit begrenzter Reichweite im Kontext der Weltwirtschaftsordnung, in: Nikol, Ralph/Bernhard, Thomas/Schniederjahn, Nina (Hrsg.), *Transnationale Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen im Völkerrecht*, Baden-Baden 2013, 37-68.
- MATSUSHITA, Mitsuo/SCHOENBAUM, Thomas J./MAVROIDIS, Petros C./HAHN, Michael, *The World Trade Organization – Law, Practice, and Policy*, 3. Auflage, Oxford 2015.
- MATZ, Nele, *Wege zur Koordinierung völkerrechtlicher Verträge – Völkervertragsrechtliche und institutionelle Ansätze*, Berlin/Heidelberg/New York 2005.
- MATZ-LÜCK, Nele, Treaties, Conflicts between (December 2010), in: Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. September 2020).
- Treaties, Conflict Clauses (April 2006), in: Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.), *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, erhältlich im Internet unter: <[www.mpepil.com/](http://www.mpepil.com/)> (zuletzt besucht am 10. September 2020).
- MCCONNELL, Lee, Assessing the Feasibility of a Business and Human Rights Treaty, *International and Comparative Law Quarterly* 66 (2017), 143-180.
- MCCORQUODALE, Robert, International Human Rights Law and Transnational Corporations: Responsibilities and Cooperation, in: Hestermeyer, Holger P./König, Doris/Matz-Lück, Nele u.a. (Hrsg.), *Coexistence, Cooperation and Solidarity – Liber Amicorum Rüdiger Wolfrum*, Band I, Leiden/Boston 2012, 453-475.
- LORD MCNAIR, Arnold D., *The Law of Treaties*, Oxford 1961.
- MENG, Werner, Wirtschaftssanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen – Probleme im WTO-Recht, in: Bröhmer, Jürgen/Bieber, Roland/Calliess, Christian/Langenfeld, Christine/Weber, Stefan/Wolf, Joachim (Hrsg.), *Internationale Gemeinschaft und Menschenrechte – Festschrift für Georg Ress zum 70. Geburtstag* am 21. Januar 2005, Köln/Berlin/München 2005, 165-190.
- MERKOURIS, Panos, Introduction: Interpretation is a Science, is an Art, is a Science, in: Fitzmaurice, Malgosia/Elias, Olufemi/Merkouris, Panos (Hrsg.), *Treaty Interpretation and the Vienna Convention on the Law of Treaties: 30 Years on*, Leiden/Boston 2010, 1-13.
- MERON, Theodor, *The Humanization of International Law*, Leiden 2006.

- METHYMAKI, Eleni/TZANAKOPOULOS, Antonios, Masters of Puppets? Reassertion of Control through Joint Investment Treaty Interpretation, in: Kulick, Andreas (Hrsg.), Reassertion of Control over the Investment Treaty Regime, Cambridge 2017, 155-181.
- MICHAELS, Ralf/PAUWELYN, Joost, Conflict of Norms or Conflict of Laws? Different Techniques in the Fragmentation of International Law, in: Broude, Torner/Shany, Yuval (Hrsg.), Multi-Sourced Equivalent Norms in International Law, Oxford 2011, 19-44.
- MILANOVIC, Marko, Norm Conflict in International Law: Whither Human Rights?, Duke Journal of Comparative and International Law 20 (2009), 69-131.
- MOSK, Richard M., The Role of Facts in International Dispute Resolution, Recueil des Cours 304 (2003), 9-179.
- MOUYAL, Lone W., International Investment Law and the Right to Regulate: A Human Rights Perspective, London 2016.
- MUCHLINSKI, Peter, The Diplomatic Protection of Foreign Investors: A Tale of Judicial Caution, in: Binder, Christina/Kriebaum, Ursula/Reinisch, August/Wittich, Stephan (Hrsg.), International Investment Law for the 21st Century – Essays in Honour of Christoph Schreuer, Oxford/New York 2009, 341-362.
- MÜLLER, Joscha, Reformhindernisse im internationalen Investitionsrecht, Tübingen 2020.
- MUS, Jan B., Conflicts between Treaties in International Law, Netherlands International Law Review 45 (1998), 208-232.
- NANTEUIL, Arnaud de, International Investment Law, Cheltenham 2020.
- NELSON, Timothy G., Human Rights Law and BIT Protection: Areas of Convergence, Journal of World Investment & Trade 12 (2011), 27-47.
- NETTESHEIM, Martin, Von der Verhandlungsdiplomatie zur internationalen Verfassungsordnung – Zur Entwicklung der Ordnungsformen des internationalen Wirtschaftsrechts, in: Classen, Claus Dieter/Dittmann, Armin/Fechner, Frank/Gassner, Ulrich M./Kilian, Michael (Hrsg.), „In einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...“ Liber amicorum Thomas Oppermann, Berlin 2001, 381-409.
- NEUMANN, Jan, Die Koordination des WTO-Rechts mit anderen völkerrechtlichen Ordnungen, Berlin 2002.
- NOWROT, Karsten, Corporate Legal and Social Responsibility as an Issue of International Investment Agreements – A Suitable Role Model for the WTO Legal Order?, Hamburg 2020.
- Diskussionsbeitrag, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht 50 (2020), 166-167.
  - Heilsbringer oder Hybris? Der UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen vom 7. Juli 1978, in: Paech, Norman/Nowrot, Karsten (Hrsg.), Krieg und Frieden im Völkerrecht, Köln 2019, 110-135.
  - Wirtschaft und Menschenrechte: Aktuelle Entwicklungen und prinzipielle Überlegungen, in: Krajewski, Markus (Hrsg.), Staatliche Schutzpflichten und unternehmerische Verantwortung für Menschenrechte in globalen Lieferketten, Erlangen 2018, 3-41.
  - Environmental Dispute Settlement Mechanisms in EU Free Trade Agreements, Zeitschrift für Europarechtliche Studien 20 (2017), 493-511.
  - Interactions between Investment Chapters in Mega-Regionals and Bilateral Investment Treaties, in: Rensmann, Thilo (Hrsg.), Mega-Regional Trade Agreements, Cham 2017, 155-187.
  - Global Public Authority in Today's International Economic Legal Order: Towards Substantive and Institutional Convergence à la *Pacem in Terris*?, in: Justenhoven, Heinz-Gerhard/O'Connell, Mary Ellen (Hrsg.), Peace Through Law – Reflections on *Pacem in Terris* from Philosophy, Law, Theology, and Political Science, Baden-Baden 2016, 187-214.
  - Regulatorische Zusammenarbeit als normatives Steuerungskonzept moderner Freihandelsabkommen: Betrachtungen zu einer umstrittenen Ordnungsidee der internationalen Gesetzgebungslehre, Zeitschrift für Gesetzgebung 31 (2016), 1-23.
  - Termination and Renegotiation of International Investment Agreements, in: Hindelang, Steffen/Krajewski, Markus (Hrsg.), Shifting Paradigms in International Investment Law, Oxford 2016, 227-265.
  - Obligations of Investors, in: Bungenberg, Marc/Griebel, Jörn/Hobe, Stephan/Reinisch, August (Hrsg.), International Investment Law, Baden-Baden 2015, 1154-1185.
  - Steuerungssubjekte und -mechanismen im Internationalen Wirtschaftsrecht (einschließlich regionale Wirtschaftsintegration), in: Tietje, Christian (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, 2. Auflage, Berlin/Boston 2015, 67-157.
  - How to Include Environmental Protection, Human Rights and Sustainability in International Investment Law?, Journal of World Investment and Trade 15 (2014), 612-644.
  - Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft, Tübingen 2014.

- Standard of Review as a Procedural Issue in WTO Dispute Settlement: Of Balancing Acts and Presumptions of Legality, in: Delbrück, Jost/Heinz, Ursula/Odendahl, Kerstin/Matz-Lück, Nele/Arnould, Andreas von (Hrsg.), *Aus Kiel in die Welt: Kiel's Contribution to International Law – Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Walther-Schücking-Instituts für Internationales Recht*, Berlin 2014, 607-633.
- Ein notwendiger „Blick über den Tellerrand“: Zur Ausstrahlungswirkung der Menschenrechte im internationalen Investitionsrecht, Halle/Saale 2012.
- Transnational Corporations as Steering Subjects in International Economic Law: Two Competing Visions of the Future?, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 18 (2011), 803-842.
- International Investment Law and the Republic of Ecuador: From Arbitral Bilateralism to Judicial Regionalism, Halle/Saale 2010.
- Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, Berlin 2006.
- Reconceptualising International Legal Personality of Influential Non-State Actors: Towards a Rebuttable Presumption of Normative Responsibilities, *Philippine Law Journal* 80 (2006), 563-586.
- NOWROT, Karsten/SIPIORSKI, Emily, *Competing Narratives of Global (De-)Constitutionalization in International Investment Law: Identifying Narrators and the Stories They Tell*, *Archiv des Völkerrechts* 55 (2017), 265-302.
- OETER, Stefan, *Global Constitutionalism: Fundamental Norms, Contestation and the Emergence of Constitutional Quality*, in: Justenhoven, Heinz-Gerhard/O'Connell, Mary Ellen (Hrsg.), *Peace Through Law – Reflections on Pacem in Terris from Philosophy, Law, Theology, and Political Science*, Baden-Baden 2016, 83-107.
- ORAKHELASHVILI, Alexander, *Akehurst's Modern Introduction to International Law*, 8. Auflage, London/New York 2019.
- *Peremptory Norms in International Law*, Oxford 2006.
- PAPALIA, Giorgia, *Doing Business Right: The Case for a Business and Human Rights Treaty*, *Perth International Law Journal* 3 (2018), 96-113.
- PAULUS, Andreas L., *The International Legal System as a Constitution*, in: Dunoff, Jeffrey L./Trachtman, Joel P. (Hrsg.), *Ruling the World? Constitutionalism, International Law, and Global Governance*, Cambridge 2009, 69-109.
- PAUWELYN, Joost, *Conflict of Norms in Public International Law*, Cambridge 2003.
- *A Typology of Multilateral Treaty Obligations: Are WTO Obligations Bilateral or Collective in Nature?*, *European Journal of International Law* 14 (2003), 907-951.
- *The Nature of WTO Obligations*, Jean Monnet Working Paper 1/02, New York 2002.
- *The Role of Public International Law in the WTO: How Far Can We Go?*, *American Journal of International Law* 95 (2001), 535-578.
- PECHSTEIN, Matthias/NOWAK, Carsten/HÄDE, Ulrich (Hrsg.), *Frankfurter Kommentar zu EUV, GRC und AEUV*, Band IV, Tübingen 2017.
- PERKAMS, Markus, *Internationale Investitionsschutzabkommen im Spannungsfeld zwischen effektivem Investitionsschutz und staatlichem Gemeinwohl*, Baden-Baden 2011.
- PETERS, Anne, *Beyond Human Rights – The Status of the Individual in International Law*, Cambridge 2016.
- PETERS, Anne/GLESS, Sabine/THOMALE, Chris/WELLER, Marc-Philippe, *Business and Human Rights: Making the Legally Binding Instrument Work in Public, Private and Criminal Law*, MPIL Research Paper Series No. 2020-06.
- PETERSMANN, Ernst-Ulrich, *Human Rights and the Law of the World Trade Organization*, *Journal of World Trade* 37 (2003), 241-281.
- PÖSCHL, Magdalena, *Sicherung grund- und menschenrechtlicher Standards gegenüber neuen Gefährdungen durch private und ausländische Akteure*, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 74 (2015), 405-452.
- QURESHI, Asif H./ZIEGLER, Andreas R., *International Economic Law*, 4. Auflage, London 2019.
- RADI, Yannick, *Realizing Human Rights in Investment Treaty Arbitration: A Perspective from within the International Investment Law Toolbox*, *North Carolina Journal of International Law and Commercial Regulation* 37 (2012), 1107-1185.
- RANGANATHAN, Surabhi, *Responding to Deliberately Created Treaty Conflicts*, in: Tams, Christian J./Tzanakopoulos, Antonios/Zimmermann, Andreas (Hrsg.), *Research Handbook on the Law of Treaties*, Cheltenham 2014, 447-475.
- REINER, Clara/SCHREUER, Christoph, *Human Rights and International Investment Arbitration*, in: Dupuy, Pierre-Marie/Francioni, Francesco/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), *Human Rights in International Investment Law and Arbitration*, Oxford/New York 2009, 82-96.
- REINISCH, August, *Advanced Introduction to International Investment Law*, Cheltenham 2020.
- *Die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten*, in: Tietje, Christian (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 2. Auflage, Berlin/Boston 2015, 925-946.
- ROBERTS, Anthea, *Incremental, Systemic, and Paradigmatic Reform of Investor-State Arbitration*, *American Journal of International Law* 112 (2018), 410-432.

- RÜHL, Giesela, Unternehmensverantwortung und (Internationales) Privatrecht, Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht 50 (2020), 89-132.
- RUFFERT, Matthias/WALTER, Christian, Institutionalisiertes Völkerrecht, 2. Auflage, München 2015.
- RUGGIE, John, Just Business – Multinational Corporations and Human Rights, New York 2013.
- SABAHI, Borzu/RUBINS, Noah/WALLACE, Don, Investor-State Arbitration, 2. Auflage, Oxford 2019.
- SABANOULLARI, Levent, General Exception Clauses in International Investment Law, Baden-Baden 2018.
- SADAT-AKHAVI, Seyed Ali, Methods of Resolving Conflicts between Treaties, Leiden/Boston 2003.
- SALACUSE, Jeswald W., The Law of Investment Treaties, 2. Auflage, Oxford 2015.
- SALACUSE, Jeswald W./SULLIVAN, Nicholas P., Do BITs Really Work? An Evaluation of Bilateral Investment Treaties and their Grand Bargain, Harvard International Law Journal 46 (2005), 67-130.
- SCHEU, Julian, Systematische Berücksichtigung von Menschenrechten in Investitionsschiedsverfahren, Baden-Baden 2017.
- SCHeyLI, Martin, Konstitutionelle Gemeinwohlorientierung im Völkerrecht, Berlin 2008.
- SCHILL, Stephan W./BRIESE, Robyn, "If the State Considers": Self-Judging Clauses in International Dispute Settlement, Max Planck Yearbook of United Nations Law 13 (2009), 61-140.
- SCHILL, Stephan W./DJANIC, Vladislav, International Investment Law and Community Interests, in: Benvenisti, Eyal/Nolte, Georg (Hrsg.), Community Interests Across International Law, Oxford 2018, 221-248.
- SCHMID, Evelyne, The Identification and Role of International Legislative Duties in a Contested Area: Must Switzerland Legislate in Relation to "Business and Human Rights"?, Swiss Review of International and European Law 25 (2015), 563-589.
- SCHÖBENER, Burkhard/HERBST, Jochen/PERKAMS, Markus, Internationales Wirtschaftsrecht, Heidelberg u.a. 2010.
- SCHORKOPF, Frank, Das Verhältnis von Umwelt- und Menschenrechtsschutz im Investitionsrecht, in: Ehlers, Dirk/Wolffgang, Hans-Michael/Schröder, Ulrich Jan (Hrsg.), Rechtsfragen internationaler Investitionen, Frankfurt am Main 2009, 137-149.
- SCHÜNEMANN, Bernd, Die Gesetzesinterpretation im Schnittfeld von Sprachphilosophie, Staatsverfassung und juristischer Methodenlehre, in: Kohlmann, Günter (Hrsg.), Festschrift für Ulrich Klug zum 70. Geburtstag, Köln 1983, 169-186.
- SCHÜTZE, Robert, European Union Law, 2. Auflage, Cambridge 2018.
- SCHWARTMANN, Rolf, Private im Wirtschaftsvölkerrecht, Tübingen 2005.
- SCISO, Elena, On Article 103 of the Charter of the United Nations in the Light of the Vienna Convention on the Law of Treaties, Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht 38 (1987), 161-179.
- SEGGER, Sören, Der Amicus Curiae im Internationalen Wirtschaftsrecht, Tübingen 2017.
- SHAW, Malcolm N., International Law, 8. Auflage, Cambridge 2017.
- SHELTON, Dinah, Normative Hierarchy in International Law, American Journal of International Law 100 (2006), 291-323.
- SIMMA, Bruno, Foreign Investment Arbitration: A Place for Human Rights?, International and Comparative Law Quarterly 60 (2011), 573-596.
- From Bilateralism to Community Interest in International Law, Recueil des Cours 250 (1994), 217-384.
- SIMMA, Bruno/KHAN, Daniel-Erasmus/NOLTE, Georg/PAULUS, Andreas (Hrsg.), The Charter of the United Nations – A Commentary, Bd. 2, 3. Auflage, Oxford 2012.
- SIMMA, Bruno/KILL, Theodore, Harmonizing Investment Protection and International Human Rights: First Steps towards a Methodology, in: Binder, Christina/Kriebaum, Ursula/Reinisch, August/Wittich, Stephan (Hrsg.), International Investment Law for the 21st Century – Essays in Honour of Christoph Schreuer, Oxford/New York 2009, 678-707.
- SIMONS, Penelope, The Value-Added of a Treaty to Regulate Transnational Corporations and Other Business Enterprises, in: Deva, Surya/Bilchitz, David (Hrsg.), Building a Treaty on Business and Human Rights – Context and Contours, Cambridge 2017, 48-78.
- SORNARAJAH, Muthucumaraswamy, Disintegration and Change in the International Law on Foreign Investment, Journal of International Economic Law 23 (2020), 413-429.
- The International Law on Foreign Investment, 4. Auflage, Cambridge 2017.
- SPIERMANN, Ole, Individual Rights, State Interests and the Power to Waive ICSID Jurisdiction under Bilateral Investment Treaties, Arbitration International 20 (2004), 179-211.
- STOLL, Peter-Tobias, How to Overcome the Dichotomy Between WTO Rules and MEAs?, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 63 (2003), 439-458.
- STREINZ, Rudolf, Europarecht, 11. Auflage, Heidelberg 2019.
- SUBEDI, Surya P., International Investment Law – Reconciling Policy and Principle, 4. Auflage, Oxford/London/New York u.a. 2020.
- TAMS, Christian J., An Appealing Option? The Debate about an ICSID Appellate Structure, Halle/Saale 2006.

- TAMS, Christian J./ZOELLNER, Carl-Sebastian, *Amici Curiae im internationalen Investitionsschutzrecht*, *Archiv des Völkerrechts* 45 (2007), 217-243.
- TEITEL, Ruti G., *Humanity's Law*, Oxford/New York 2011.
- THIELBÖRGER, Pierre/ACKERMANN, Tobias, *A Treaty on Enforcing Human Rights Against Business: Closing the Loophole or Getting Stuck in the Loop?*, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 24 (2017), 43-79.
- TIETJE, Christian, Einführung, in: ders. (Hrsg.), *Welthandelsorganisation*, Textausgabe mit Einführung, 6. Auflage, München 2020, IX-XXIII.
- (Hrsg.), *Welthandelsorganisation*, Textausgabe mit Einführung, 6. Auflage, München 2020.
- Begriff, Geschichte und Grundlagen des Internationalen Wirtschaftssystems und Wirtschaftsrechts, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 2. Auflage, Berlin/Boston 2015, 1-66.
- WTO und Recht des Weltwarenhandels, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 2. Auflage, Berlin/Boston 2015, 158-236.
- Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich – Kohärenz von Staaten- und Unternehmensverantwortung?, Halle/Saale 2012.
- Grundstrukturen, Rechtsstand und aktuelle Herausforderungen des internationalen Investitionsschutzrechts, in: Giegerich, Thomas (Hrsg.), *Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht in der Krise*, Berlin 2011, 11-33.
- Internationales Investitionsschutzrecht im Spannungsverhältnis von staatlicher Regelungsfreiheit und Schutz wirtschaftlicher Individualinteressen, Halle/Saale 2010.
- The Future of International Investment Protection: Stress in the System?, *ICSID Review – Foreign Investment Law Journal* 24 (2009), 457-463.
- Internationaler Investitionsrechtsschutz, in: Ehlers, Dirk/Schoch, Friedrich (Hrsg.), *Rechtsschutz im Öffentlichen Recht*, Berlin 2009, 63-97.
- Rechtsschutz und Streitbeilegung in der Welthandelsorganisation (WTO), in: Ehlers, Dirk/Schoch, Friedrich (Hrsg.), *Rechtsschutz im Öffentlichen Recht*, Berlin 2009, 37-61.
- Grundlagen und Perspektiven der WTO-Rechtsordnung, in: Prieß, Hans-Joachim/Berrisch, Georg M. (Hrsg.), *WTO-Handbuch – World Trade Organisation*, München 2003, Abschnitt A.II., 17-37.
- Grundstrukturen und aktuelle Entwicklungen des Rechts der Beilegung internationaler Investitionsstreitigkeiten, Halle/Saale 2003.
- Normative Grundstrukturen der Behandlung nichttarifärer Handelshemmnisse in der WTO/GATT-Rechtsordnung, Berlin 1998.
- TIETJE, Christian/LANG, Andrej, *Community Interests in World Trade Law*, in: Benvenuti, Eyal/Nolte, Georg (Hrsg.), *Community Interests Across International Law*, Oxford 2018, 191-220.
- TITI, Aikaterini, *The Right to Regulate in International Investment Law*, Baden-Baden 2014.
- TOMUSCHAT, Christian, *Human Rights – Between Idealism and Realism*, 3. Auflage, Oxford 2014.
- *International Law: Ensuring the Survival of Mankind on the Eve of a New Century*, *Recueil des Cours* 281 (1999), 9-438.
- TREBILCOCK, Michael J./HOWSE, Robert, *Trade Policy & Labor Standards*, *Minnesota Journal of Global Trade* 14 (2005), 261-300.
- VAN DEN BOSSCHE, Peter/ZDOUC, Werner, *The Law and Policy of the World Trade Organization*, 4. Auflage, Cambridge 2017.
- VAZQUEZ, Carlos M., *Direct vs. Indirect Obligations of Corporations under International Law*, *Columbia Journal of Transnational Law* 43 (2005), 927-959.
- VEGA, Connie de la, *International Standards on Business and Human Rights: Is Drafting a New Treaty Worth It?*, *University of San Francisco Law Review* 51 (2017), 431-468.
- VERDROSS, Alfred/SIMMA, Bruno, *Universelles Völkerrecht*, 3. Auflage, Berlin 1984.
- VILLIGER, Mark E., *Commentary on the 1969 Vienna Convention on the Law of Treaties*, Leiden/Boston 2009.
- VRANES, Erich, *The Definition of 'Norm Conflict' in International Law and Legal Theory*, *European Journal of International Law* 17 (2006), 395-418.
- WÄLDE, Thomas W., *Interpreting Investment Treaties: Experiences and Examples*, in: Binder, Christina/Kriebaum, Ursula/Reinisch, August/Wittich, Stephan (Hrsg.), *International Investment Law for the 21st Century – Essays in Honour of Christoph Schreuer*, Oxford/New York 2009, 724-781.
- WEBER, Albrecht, *Marktfreiheit oder kooperative Gemeinwohlverwirklichung im internationalen Wirtschaftsrecht?*, in: Leible, Stefan/Ruffert, Matthias (Hrsg.), *Völkerrecht und IPR*, Jena 2006, 71-88.
- WEERAMANTRY, J. Romesh, *Treaty Interpretation in Investment Arbitration*, Oxford 2012.
- WEILER, Joseph H.H./PAULUS, Andreas L., *The Structure of Change in International Law or Is There a Hierarchy of Norms in International Law?*, *European Journal of International Law* 8 (1997), 545-565.
- WEISSBRODT, David, *Human Rights Standards Concerning Transnational Corporations and other Business Entities*, *Minnesota Journal of International Law* 23 (2014), 135-171.

- WET, Erika de, *The International Constitutional Order*, *International and Comparative Law Quarterly* 55 (2006), 51-76.
- WIK, Astrid, *Amicus Curiae before International Courts and Tribunals*, Baden-Baden 2018.
- WILTING, Wilhelm Heinrich, *Vertragskonkurrenz im Völkerrecht*, Köln/Berlin/Bonn u.a. 1996.
- WITTE, Andreas, *Der pacta-tertiis-Grundsatz im Völkerrecht – Scheinbare und tatsächliche Ausnahmen*, Tübingen 2019.
- WOLFRUM, Rüdiger/MATZ, Nele, *Conflicts in International Environmental Law*, Berlin/Heidelberg/New York 2003.
- YOTOVA, Rumiana, *Systemic Integration – An Instrument for Reasserting the State’s Control in Investment Arbitration?*, in: Kulick, Andreas (Hrsg.), *Reassertion of Control over the Investment Treaty Regime*, Cambridge 2017, 182-208.
- ZACHARIASIEWICZ, Maciej, *Amicus Curiae in International Investment Arbitration: Can it Enhance the Transparency of Investment Dispute Resolution?*, *Journal of International Arbitration* 29 (2012), 205-224.
- ZEMANEK, Karl, *The Legal Foundations of the International System*, *Recueil des Cours* 266 (1997), 9-336.
- ZERK, Jennifer A., *Multinationals and Corporate Social Responsibility – Limits and Opportunities in International Law*, Cambridge 2006.
- ZULEEG, Manfred, *Vertragskonkurrenz im Völkerrecht – Teil I: Verträge zwischen souveränen Staaten*, *German Yearbook of International Law* 20 (1977), 246-276.

# Rechtswissenschaftliche Beiträge der Hamburger Sozialökonomie

ISSN 2366-0260 (print) / ISSN 2365-4112 (online)

Bislang erschienene Hefte

## Heft 1

*Felix Boor*, Die Yukos-Enteignung. Auswirkungen auf das Anerkennungs- und Vollstreckungssystem aufgehobener ausländischer Handelsschiedssprüche

## Heft 2

*Karsten Nowrot*, Sozialökonomie als disziplinäre Wissenschaft. Alternative Gedanken zur sozialökonomischen Forschung, Lehre und (Eliten-) Bildung

## Heft 3

*Florian Hipp*, Die kommerzielle Verwendung von frei zugänglichen Inhalten im Internet

## Heft 4

*Karsten Nowrot*, Vom steten Streben nach einer immer wieder neuen Weltwirtschaftsordnung. Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung des Internationalen Wirtschaftsrechts

## Heft 5

*Karsten Nowrot*, Jenseits eines abwehrrechtlichen Ausnahmecharakters. Zur multidimensionalen Rechtswirkung des Widerstandsrechts nach Art. 20 Abs. 4 GG

## Heft 6

*Karsten Nowrot*, Grundstrukturen eines Beratungsverwaltungsrechts

## Heft 7

*Karsten Nowrot*, Environmental Governance as a Subject of Dispute Settlement Mechanisms in Regional Trade Agreements

## Heft 8

*Margaret Thornton*, The Flexible Cyborg: Work-Life Balance in Legal Practice

## Heft 9

*Antonia Fandrich*, Sustainability and Investment Protection Law. A Study on the Meaning of the Term *Investment* within the ICSID Convention

## Heft 10

*Karsten Nowrot*, Of “Plain” Analytical Approaches and “Savior” Perspectives: Measuring the Structural Dialogues between Bilateral Investment Treaties and Investment Chapters in Mega-Regionals

## Heft 11

*Maryna Rabinovych*, The EU Response to the Ukrainian Crisis: Testing the Union’s Comprehensive Approach to Peacebuilding

## Heft 12

*Marita Körner*, Die Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union: Struktur und Ordnungsprinzipien

## Heft 13

*Christin Krusenbaum*, Das deutsche Krankenversicherungssystem auf dem Prüfstand – Ist die Bürgerversicherung die ultimative Alternative?

## Heft 14

*Marita Körner*, Age Discrimination in the Context of Employment

## Heft 15

*Avinash Govindjee/ Judith Brockmann/ Manfred Walser*, Atypical Employment in an International Perspective

## Heft 16

*Cara Paulina Gries*, Gesetzliche Barrieren bei der Integration von geduldeten Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt

## Heft 17

*Karsten Nowrot*, Aiding and Abetting in Theorizing the Increasing Softification of the International Normative Order - A Darker Legacy of Jessup’s *Transnational Law*?

## Heft 18

*Matti Riedlinger*, Das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz: Implementierung von Corporate Social Responsibility Berichtspflichten in nationales Recht

## Heft 19

*Karsten Nowrot*, “Competing Regionalism” vs. “Cooperative Regionalism”: On the Possible Relations between Different Regional Economic Integration Agreements

## Heft 20

*Karsten Nowrot*, The 2017 EU Conflict Minerals Regulation: An Effective European Instrument to Globally Promote Good Raw Materials Governance?

**Heft 21**

*Karsten Nowrot*, The Other Side of Rights in the Processes of Constitutionalizing International Investment Law: Addressing Investors' Obligations as a New Regulatory Experiment

**Heft 22**

*Karsten Nowrot/Emily Sipiorski*, Arbitrator Intimidation and the Rule of Law: Aspects of Constitutionalization in International Investment Law

**Heft 23**

*Karsten Nowrot*, European Republicanism in (Legitimation) Action: Public Participation in the Negotiation and Implementation of EU Free Trade Agreements

**Heft 24**

*Karsten Nowrot*, Non-Recognized Territorial Entities in the Post-Soviet Space from the Perspective of WTO Law: Outreach to Outcasts?

**Heft 25**

*Marita Körner*, Beschäftigtendatenschutz im Geltungsbereich der DSGVO

**Heft 26**

*Vladena Lisenko/Karsten Nowrot*, The 2018 Pridnestrovian Law on State Support for Investment Activities: Some Thoughts on an Investment Statute in a Frozen Conflict Situation

**Heft 27**

*Marita Körner*, Die Rolle des Betriebsrats im Beschäftigtendatenschutz

**Heft 28**

*Nadia Kornioti/Karsten Nowrot*, Looking Back to Learn for the Future?: The Work of the ILA on the Issue of Human Rights in Times of Emergency in the 1980s

**Heft 29**

*Marita Körner*, Der Betriebsrat als datenschutzrechtlich verantwortliche Stelle

**Heft 30**

*Karsten Nowrot/Emily Sipiorski*, (De-) Constitutionalization of International Investment Law?: Narratives from Africa

**Heft 31**

*Felix Boor*, Die beschleunigte Landreform Mugabes vor deutschen Gerichten - der „Hamburger Kaffeestreit“

**Heft 32**

*Karsten Nowrot*, Corporate Legal and Social Responsibility as an Issue of International Investment Agreements: A Suitable Role Model for the WTO Legal Order?

**Heft 33**

*Julius Adler*, Der Grundsatz der „Full Protection and Security“ im internationalen Investitionsschutzrecht - Bedeutung in Theorie und Praxis

**Heft 34**

*Sebastian Barth*, Gefangenearbeit: Meilen- oder Stolperstein der Resozialisierung? Eine rechtliche Betrachtung von Gefangenearbeit in Bezug auf das Resozialisierungsziel

**Heft 35**

*Karsten Nowrot*, Das gesellschaftliche Transformationspotential der Sustainable Development Goals: Völkerrechtliche Rahmenbedingungen und außerrechtliche Nachhaltigkeitsvoraussetzungen

**Heft 36**

*Karsten Nowrot*, Illegal Trade in Wild Animals and Derived Products during Armed Conflicts: What Role for International Wildlife Agreements?

**Heft 37**

*Emily Sipiorski*, The Seabed and Scientific Legitimization of International Law: Transforming Narratives of Global Justice

**Heft 38**

*Matti Riedlinger*, Mitwirkung des Betriebsrats im Insolvenzplanverfahren

**Heft 39**

*Karsten Nowrot*, „Long Live Deglobalization“ vs. „Free Trade Saves Lives“: Die Rolle des Internationalen Wirtschaftsrechts in Zeiten der Corona-Krise

**Heft 40**

*Emily Sipiorski*, Cocoa and International Law: Some Remarks on the Contradictions and Symmetry in the Role of Private Actors in Elevating and Unifying Standards